

Karl Steinhauser

EG

Die Super-UdSSR von morgen

TATSACHENBERICHT

über die totalitäre Machtergreifung der Geheimpartei der
Freimaurerei in Europa

1. KAPITEL

Mit einem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft würde Österreich aufhören, das zu sein, was es heute ist und weswegen es von vielen Völkern dieser Erde zurecht beneidet wird: Ein freies Land in eigener Hand.

Als Mitglied der EG müßte Österreich nämlich nicht nur die elementarsten Teile seiner Souveränität aufgeben, sondern sich auch bedingungslos der Gesetzgebung, Vollziehung und Gerichtsbarkeit der Europäischen Gemeinschaft unterwerfen. Denn in dieser Staaten-Union gilt ohne Ausnahme der Grundsatz: EG-Recht geht vor Landesrecht.

Dies hieße in der Praxis: Wieweit Österreichs Bürger im eigenen Land dann noch schalten und walten könnten, würden nicht ihre gewählten Volksvertreter in Wien, sondern die Machthaber der EG in Brüssel bestimmen. Es ist daher irreführend, den Eindruck zu erwecken, als ginge Österreich in die EG. In Wirklichkeit käme nämlich die EG nach Österreich. Und zwar nicht als willkommener Besucher des Landes, sondern als dessen neuer Besitzer.

Mit einem Wort: Ein Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft böte wie weiland Adolf Hitler der EG alle Möglichkeiten, die Macht in Österreich zu übernehmen. Eine schockierende Tatsache, die zwar nicht der Bevölkerung, aber sehr wohl den Politikern des Landes bekannt und bewußt ist. Man sollte daher meinen, daß diese alles daransetzen, damit Österreich eine Auslieferung an die Fremdherrschaft der EG erspart bleibt.

Von einem Widerstand gegen einen EG-Beitritt Österreichs ist seitens der Politiker jedoch weit und breit nichts zu sehen. Ganz

im Gegenteil. Es gibt nicht wenige politische Repräsentanten im Lande, bei denen man das Gefühl hat, daß sie den Tag kaum noch erwarten können, an dem sie ihre Unterschrift unter den Unterwerfungsvertrag setzen dürfen.

Allen voran der Bundeskanzler der Republik Österreich Franz Vranitzky. Er läßt keine Gelegenheit aus, in aller Öffentlichkeit nachdrücklichst zu betonen, daß Österreich nichts unversucht lassen sollte, um möglichst noch vor den anderen EG-Aspiranten, den EFTA-Staaten Schweiz und Schweden, mit der Europäischen Gemeinschaft wegen eines Beitritts handelseins zu werden.

Dabei hatte Österreichs derzeitiger Regierungschef das geringste Motiv, sich dermaßen ins Zeug zu legen, um unter die EG-Fuchtel zu kommen. Er ist nämlich ausgesprochen kompetenzehrgeizig, ja man könnte fast sagen kompetenzgeil.

So war er längere Zeit auf den Außenminister ganz und gar nicht gut zu sprechen, weil sich dieser erlaubt hatte, öffentliche Erklärungen über Bereiche abzugeben, die in die tatsächliche oder nur vermeintliche Ressortzuständigkeit des Bundeskanzlers fielen. Die Angelegenheit war im Grunde genommen so banal, daß es sich gar nicht lohnt, darauf näher einzugehen.

Das heißt: Der Bundeskanzler der Republik Österreich präsentiert sich der Öffentlichkeit als ein Politiker, der auf der einen Seite wegen verletzter Kompetenzteitelkeit einen geradezu kindischen Streit vom Zaun bricht, auf der anderen Seite jedoch überhaupt nichts einzuwenden hätte, wenn er als unvermeidliche Folge eines EG-Beitrittes seine entscheidenden Machtbefugnisse zur Gänze einbüßen würde.

Mehr noch: Mit seinem massiven Eintreten für eine Entmachtung des eigenen Staates zugunsten der Europäischen Gemeinschaft bettelt er förmlich darum, vom souveränen Regierungschef der eigenständigen Alpenrepublik zum abhängigen Gauleiter einer EG-Provinz Österreich degradiert zu werden. Das ist doch bitte nicht normal!

Seiner Euphorie für die EG fehlt allein schon deshalb jegliche Normalität, weil Franz Vranitzky nicht nur Bundeskanzler ist, sondern als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs auch die Interessen des gesamten sozialistischen Lagers im Lande zu vertreten hat.

Zum Unterschied von Österreich ist die Europäische Gemeinschaft nämlich keineswegs von dem Geiste geprägt, den man sich gemeinhin unter einer sozialistischen Gesinnung vorstellt. Ganz im Gegenteil. In der EG herrscht Kapitalismus in Reinkultur. In diesem System extremer Geldabhängigkeit fällt nur derjenige auf die Butterseite des Lebens, der finanziell entsprechend gepolstert ist.

Ein idealer Profitwettbewerb also für Großbanken und superreiche Konzerne. Die eigentliche Klientel des Sozialismus, die sozial Schwachen, sitzen hingegen auf dem eindeutig kürzeren Machthebel. Diese müssen schon froh sein, wenn sie bei einer derartigen Unterlegenheit nicht ins Proletariat der „Neuen Armut“ abrutschen.

Das heißt: Franz Vranitzky sieht seine zur Zeit dringlichste Aufgabe als Vorsitzender der SPÖ offensichtlich darin, den kapitalistischen Wolf der EG auf die sozialistischen Schafe in Österreich loszulassen.

Oder sachlicher formuliert: Der Führer der sozialistischen Bewegung Österreichs scheint nichts Eiligeres zu tun zu haben, als die ihm zum Schutz anvertrauten Genossen ihrem angeblich ärgsten Feind, dem sogenannten Klassenfeind, bedenkenlos zu überantworten. Das ist doch bitte nicht normal!

Der Bundeskanzler ist jedoch keineswegs der einzige Politiker im Lande, der sich im Zusammenhang mit einem möglichen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft dermaßen auffallend motivwidrig verhält.

So gibt es zum Beispiel auch für den ungeheuren Eifer, mit dem der parteipolitische Gegenspieler und Koalitionspartner Vranitzkys in der Regierung, Vizekanzler und Wissenschaftsminister Erhard Busek, die Werbetrommel für die EG rührt, keine vernünftige Erklärung. Denn dieser Mann hätte allen Grund, einen Beitritt Österreichs zur EG nicht voranzutreiben, sondern zu hintertreiben.

Als Bundesparteiobermann der Österreichischen Volkspartei ist Erhard Busek nämlich einer der Nachfolger der legendären Nachkriegspolitiker Leopold Figl und Julius Raab, die maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des Staatsvertrages hatten, dem die Bevölkerung in erster Linie die Tatsache verdankt, daß sie heute in einem freien Land leben kann.

Erhard Busek müßte daher dieses politische Erbe wie seinen Augapfel hüten und für die Erhaltung der Selbständigkeit Österreichs mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfen. Was tut der heutige Bundesparteiobermann der Österreichischen Volkspartei jedoch wirklich?

Er macht sich sogar zum Wortführer derer, die ohne jegliche Skrupel bereit sind, die Souveränität Österreichs, welche seine Vorgänger unter höchstem persönlichen Einsatz in fürwahr nicht ungefährlichen Zeiten den Kreml-Herrschern in Moskau in zähesten Verhandlungen buchstäblich abgerungen haben, mit einem Federstrich an die EG-Zentrale in Brüssel zu verschenken. Das ist doch bitte nicht normal!

Dieses geradezu blindfanatische Eintreten des Politikers Erhard Busek für einen Anschluß Österreichs an die EG ist auch deshalb nicht normal, weil es im krassen Widerspruch mit der Lebensphilosophie des Menschen Erhard Busek steht. Ich vermag das zu beurteilen, denn ich habe Busek aus nächster Nähe kennengelernt. Ich hatte nämlich öfter Gelegenheit, mit ihm in sogenannten Programmausschüssen zusammenzuarbeiten, als er noch Generalsekretär der ÖVP gewesen ist und damit beauftragt war, für mehr Kreativität in seiner Partei zu sorgen.

Dabei fiel mir immer wieder auf, daß bei Busek eine Eigenschaft besonders hervorsticht: Er ist der Paradetyp eines intellektuellen Gemütsmenschen, also einer Person, die sich nicht nur vom Verstand, sondern mindestens ebenso vom Gefühl leiten läßt. Sein Bedürfnis nach psychischer Wärme ist sogar so groß, daß er eiskalte Vernunft nicht ausstehen kann.

Ihm ist daher die seelenlose Rationalität, welche die EG-Bürokraten mit ihrer zügellosen Wirtschaftswachstumsmanie fortwährend unter Beweis stellen, ein Greuel. Wie sehr dem Kulturmenschen Busek eine solche ökonomische Gigantomiesucht psychisch gegen den Strich geht, war auch für die Öffentlichkeit klar erkennbar, als er noch Vizebürgermeister der Bundeshauptstadt Wien gewesen ist.

Damals konnte er es sich nämlich nicht verkneifen, die sozialistische Rathausprominenz wegen ihrer neurotischen Vorliebe für protzige Großprojekte permanent und genüßlich als Dinosaurier zu verspotten.

Man kann sich daher lebhaft vorstellen, was die gemütssterilen Machtmanager der EG in den Augen Buseks sein müssen, wenn ihm die noch relativ harmlosen kommunalpolitischen Wachstumsfetischisten der Gemeinde Wien bereits als vorsintflutliche Ungeheuer erschienen sind: Nicht nur Dinosaurier, sondern Superdinosaurier, um nicht zu sagen Megadinosaurier.

Von dieser abgrundtiefen Aversion gegen das gemütsstörende Monster EG abgesehen, hat der Vizekanzler der Republik Österreich noch aus einem anderen Grund eine psychische Sperre gegen alles, was mit der Europäischen Gemeinschaft zusammenhängt. Er mag nämlich die Deutschen nicht.

Er möchte daher nicht, daß sich Österreich einem Staatenblock anschließt, dem auch Deutschland angehört, obwohl die Verwirklichung eines Vielvölkerstaates sogar ein Herzensanliegen von ihm ist und immer schon war.

Wovon Busek träumt, ist allerdings keine Eingliederung Österreichs in die EG, sondern eine Ankoppelung der Alpenrepublik an den Osten. Etwa durch einen Dreistaatenbund mit den mitteleuropäischen Kernländern Österreich, Ungarn und der ungeteilten Tschechoslowakei. Die verhaßte EG kann ihm hingegen gestohlen bleiben. Trotzdem wird Busek als Führer der zweitstärksten Partei des Landes nicht müde, sich mit aller Vehemenz und Eloquenz für einen Anschluß Österreichs an die Europäische Gemeinschaft einzusetzen.

Ein Widerspruch, der seinesgleichen sucht, denn in Wirklichkeit schaut das Engagement des Erhard Busek für die EG folgendermaßen aus: Da schreit ein Mann so laut er kann „Hurra EG!“, dem die ganze EG im Innersten seines Herzens zutiefst zuwider ist. Das ist doch bitte nicht normal!

Das heißt: Nicht nur der Bundeskanzler, sondern auch der Vizekanzler der Republik Österreich betreiben eine EG-Politik, deren Motivation - gelinde gesagt - ganz und gar abnormal ist. Viel normaler als die EG-Schizophrenie dieser beiden Regierungsmitglieder ist jedoch auch die EG-Einstellung der anderen Minister Österreichs nicht.

Zum Beispiel der fast schon krankhafte Ehrgeiz von Außenminister Alois Mock, aus dem selbständigen Österreich auf Biegen und Brechen ein Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu machen. Ein politisches Ziel, das nie und nimmer zur wahren Gesinnung dieses Mannes paßt. Ich glaube, mir dieses Urteil deshalb erlauben zu können, weil ich mehrmals die Möglichkeit hatte, an ihn menschlich näher heranzukommen.

So erinnere ich mich noch ziemlich genau an den Tag, an dem ich mit ihm allein per Auto in Niederösterreich unterwegs war. Er als Nationalratsabgeordneter, der in verschiedenen Orten seines Wahlkreises Sprechstunden abzuhalten hatte, ich als innenpolitischer Redakteur der Tageszeitung „Kurier“, die von mir einen Lokalaugenschein-Bericht darüber erwartete.

Ich konnte mich auch während der Fahrt mit Alois Mock ungestört unterhalten, weil er ein ungemein sicherer Autolenker war. Wir kamen dabei auf Themen zu sprechen, die weit über die Politik hinausgingen, unter anderem auch auf religiöse Fragen, wobei

mir auffiel, daß Alois Mock zu den Katholiken zu zählen ist, die ihren Glauben ernst nehmen.

Dieser Eindruck verstärkte sich noch, als wir am späten Nachmittag im Stift Seitenstetten vorbeikamen, wo wir ein längeres Gespräch mit dem damaligen Abt führten. Dabei erfuhr ich, daß der heutige Außenminister Absolvent des Gymnasiums dieses Stiftes gewesen ist und nicht nur in bezug auf den weltlichen Lehrstoff, sondern auch in christlicher Hinsicht ein vorbildlicher Schüler war.

Auch bei späteren Zusammenkünften in kleineren Kreisen konnte ich mich persönlich davon überzeugen, daß Alois Mock trotz steiler Karriere bei aller politischen Wendigkeit und Anpassungsfähigkeit seinem Glauben und seiner Kirche treu geblieben ist.

Allerdings mit einer Ausnahme: Sein leidenschaftliches Plädoyer für einen Beitritt Österreichs zur EG ist nämlich für einen glaubenstreuen Katholiken das gerade Gegenteil von einem praktizierten Christentum. Denn das Herrschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft ist alles eher denn christlich.

Wie wenig die durch und durch materialistische EG christlich konservativen Wertvorstellungen entspricht, läßt sich am besten aus dem Interview erkennen, das der Wiener Kardinal Hans Hermann Groer im September 1991 der katholischen Zeitschrift „30 Tage“ gegeben hat. Das Oberhaupt der Katholischen Kirche Österreichs warnte darin eindringlich vor einer Ausweitung der EG und sagte unter anderem folgendes:

„Dieser große Traum von der europäischen Einheit droht in einen Alptraum umzuschlagen, wenn dieser Einheit jedes christliche

Merkmal fehlt. Wir bewegen uns auf eine riesige Zusammenballung von Macht zu und wissen nicht, wer sie in den Händen halten wird. Die Vereinigung Europas könnte auch einem großen Führer den Weg bahnen, wie ihn Hugh Benson und Solowjew beschrieben haben. Die Gefahr ist konkreter als man glaubt..."

Zum besseren Verständnis der von Groer genannten Autoren nur die wichtigsten Daten: Robert Hugh Benson war Sohn eines anglikanischen Erzbischofs, trat zum katholischen Glauben über und beschrieb in seinem Roman „Der Herr der Welt" das Wirken des Antichristen. Wladimir Solowjew war ein russischer Philosoph, der im vorigen Jahrhundert seine apokalyptischen Gedanken in der „Erzählung vom Antichrist" zusammenfaßte.

Mit dem Hinweis auf diese beiden Autoren wollte der Kardinal seine Befürchtung zum Ausdruck bringen, daß die alle religiösen Grundsätze über Bord werfende EG nur zu leicht zu einem Machtmonster im Dienste antichristlicher Kräfte ausarten und damit „ein infernalisches Reich" werden könnte. Eine dramatische Warnung vor der EG also, wie sie dramatischer wohl kaum sein kann.

Offensichtlich jedoch noch nicht dramatisch genug, um auch auf den in die Europäische Gemeinschaft vernarrten christlichen Politiker Alois Mock Eindruck zu machen. Dieser setzt nämlich - ungeachtet der bischöflichen Schreckensvision mit einem geradezu missionarischen Enthusiasmus seinen politischen Amoklauf in Richtung EG trotz angeschlagener Gesundheit in unvermindertem Tempo fort.

Das heißt: Österreichs Außenminister, der durch seine starke Bindung an den Klerus auch auf den leisesten Wink eines

kirchlichen Würdenträgers zu reagieren pflegt, schenkt selbst einer hochpolitischen Warnung des obersten Bischofs im Lande nicht einmal Beachtung, geschweige denn Gehör.

Oder pointierter formuliert: Der kreuzbrave Katholik Alois Mock läßt sich nicht einmal von der höchsten kirchlichen Autorität im Lande davon abhalten, das christliche Österreich einem Regime in die Hände zu spielen, das zu Gott ein ähnlich gestörtes Verhältnis hat wie der Teufel zum Weihwasser. Das ist doch bitte nicht normal!

2. KAPITEL

Aus einer gänzlich anderen Sicht ist auch das scheinbar unwiderstehliche Bedürfnis der Kolleginnen und Kollegen von Minister Mock im Kabinett Vranitzky nach einem Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft mit einem normalen Verstand nicht zu begreifen.

Was veranlaßt beispielsweise den Innenminister dieser Regierung dazu, sich dafür einzusetzen, daß Österreich so schnell wie nur irgendwie möglich EG-Mitglied wird? Nichts, rein gar nichts. Ganz im Gegenteil. Der für die Sicherheit im Lande zuständige Innenminister hätte allen Grund, sich mit Händen und Füßen gegen einen Anschluß der Alpenrepublik an das Riesenreich der EG zu wehren.

Nach einer Austrifizierung des EG-Rechts käme nämlich mit der Paragraphenflut von Verordnungen unter legaler Berufung auf die Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auch noch eine andere Flut nach Österreich: Die Flut von Zuwanderern. Zwar nicht aus allen Herren Ländern, sondern nur aus den EG-Ländern. Das würde jedoch reichen, dem Innenminister die Schweißperlen ins Gesicht zu treiben.

Denn dieser hat jetzt schon alle Hände voll zu tun, um mit der gegenwärtigen Dimension der Administration der ständig wachsenden Zahl von Kriegsflüchtlingen, politischen Flüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen wenigstens einigermaßen fertig zu werden.

Darüber hinaus hätte er noch das gewaltige Problem des international organisierten Verbrechens am Hals, das unbehindert ins

Land eindringen und sich dort dementsprechend leicht ausbreiten könnte, sobald es zwischen Österreich und den EG-Staaten keine Grenzkontrollen mehr gäbe.

Nicht viel besser als dem Innenminister ginge es bei einer Integration Österreichs in die EG dem Justizminister in seinem Kampf gegen die Kriminalität. Sein Strafvollzug ist nämlich heute schon mehr ein voller Zug als ein Vollzug. Was heißt voller Zug, er ist ein rammelvoller Zug, da die Gefängnisse trotz drastischer Humanisierung des Strafrechts bereits zum Bersten voll sind.

Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Ausländerkriminalität in den letzten Jahren beängstigend gestiegen ist. Und wenn Österreich jetzt auch noch die negativen Auswirkungen der Niederlassungsfreiheit der EG mit voller Wucht zu spüren bekäme, dann wäre es durchaus möglich, daß bald mehr Ausländer als Inländer die Gefängniszellen des Landes füllten.

Eine Situation, die den Justizminister unweigerlich gleich in zweifacher Hinsicht gehörig ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik brächte. Denn: Drückt er zur Vermeidung eines überproportionalen Ausländeranteils bei den Häftlingen im Bereich der strafrechtlichen Verfolgung von Fremden ein Auge zu, fällt die empörte Bevölkerung über ihn her. Läßt er hingegen ohne Rücksicht auf das zahlenmäßige Mißverhältnis zwischen ansässigen und zugewanderten Straftätern das Gesetz in voller Härte zur Anwendung bringen, läuft er unvermeidlich Gefahr, von der ausländerfreundlichen Presse als Fremdenhasser diffamiert zu werden.

Auf ähnliche Weise wie der Justizminister käme bei einer Eingliederung Österreichs in die EG auch der Unterrichtsminister in eine schier ausweglose Zwickmühle. Er müßte nämlich dafür Sorge

tragen, daß die sicherlich nicht unbeträchtliche Anzahl der Kinder von EG-Ausländern in Österreich in den hiesigen Schulen ordentlich untergebracht und in das Unterrichtsgeschehen störungsfrei integriert werden.

In Schulen, in denen bereits jetzt arge Raumnot und akuter Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal besteht. Und in Klassen, in denen - wie etwa in Wien - oft schon mehr fremdländische als einheimische Schüler sitzen, deren vielvölkische Zusammensetzung allein schon wegen der sprachlichen Verschiedenartigkeit selbst den durchorganisiertesten Lehrbetrieb unvermeidlich gehörig durcheinander bringt.

Ein öffentliches Ärgernis erregender Zustand, der den Unterrichtsminister zwangsläufig immer mehr in Konflikt mit den Interessenvertretungen jener Gruppen in der Gesellschaft geraten läßt, die dadurch am meisten in Mitleidenschaft gezogen sind: Die Lehrer und die Eltern.

Dieser Konflikt würde sich natürlich noch wesentlich verschärfen, wenn in den vielen multikulturellen Schulen des Landes - wie manchenorts in den Vereinigten Staaten von Amerika - das multikulturelle Chaos ausbräche, was bei einer Europäisierung Österreichs im Sinne der totalen Niederlassungsfreiheit aller EG-Bürger nur zu leicht passieren könnte.

Das bedeutet: Nicht nur der Innenminister und der Justizminister, sondern auch der Unterrichtsminister werden im Falle eines Beitritts Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft mit einer derartigen Fülle von politischen Schwierigkeiten persönlich konfrontiert, daß ihnen allein schon bei dem Gedanken an die EG angst und bange werden müßte.

Trotzdem fällt es nicht einmal einen dieser drei Minister ein, vor die Öffentlichkeit zu treten und die für ihr Ressort zur Zeit mit Abstand dringlichste Forderung zu stellen, nämlich: „Hände weg von der EG!“ Ganz im Gegenteil. Alle drei eilen im Gleichschritt mit ausgestreckten Armen der Europäischen Gemeinschaft freudestrahlend entgegen, so als ob sie es gar nicht mehr erwarten könnten, von der auf sie zukommenden Lawine von EG-Problemen erdrückt zu werden. Das ist doch bitte nicht normal!

Diese Minister hätten doch ein entschieden angenehmeres und vor allem geruhsameres politisches Dasein, wenn Österreich von der EG verschont bliebe. Eine Feststellung, die uneingeschränkt auch für die meisten anderen Mitglieder der österreichischen Bundesregierung zutrifft. Zum Beispiel für den Verkehrsminister.

Man braucht sich nämlich nur einmal vorzustellen, was im Lande los wäre, wenn der Verkehrsmoloch der Europäischen Gemeinschaft auch von Österreich restlos Besitz ergriffe und die luftverpestende, erdreichvergiftende und grundwassergefährdende Autokarawane der EG mehr denn je endlos lärmend ihre tödliche Transitspur kreuz und quer durch die Alpenrepublik zöge.

Dann hätte der Verkehrsminister wahrscheinlich keinen friedlichen Arbeitstag mehr, und es wäre aus mit der beschaulichen Regierungstätigkeit in seinem Ministerium. Denn die empörten Opfer der zügellosen Verkehrspolitik der EG in Österreich würden sicherlich nicht nach Brüssel fahren, um dort zu demonstrieren, sondern ihre Wut an der mitverantwortlichen Person auslassen, die ihnen örtlich am nächsten stünde: Der Verkehrsminister.

Das hieße in der Praxis: Wo immer dieser Politiker im Lande auftauchte, er müßte stets darauf gefaßt sein, außer frischen Worten aus dem wüstesten Schimpfvokabular des Volkes auch faule Eier aus dem öffentlichkeitswirksamsten Protestarsenal aufgebrachter Bürger auf den ministeriellen Kopf geworfen zu bekommen. Nicht viel anders als dem Bundesminister für Verkehr erginge es dem für den Schutz der Umwelt zuständigen Minister, wenn auch in der Republik Österreich die Europäische Gemeinschaft das Sagen hätte.

Die extrem auf industrielles Wirtschaftswachstum ausgerichtete EG betreibt nämlich noch in einem unvergleichlich höherem Maße verantwortungslosen Raubbau an der Natur und der Gesundheit des Menschen als das Fremdenverkehrsland Österreich, welches auch aus ökonomischen Gründen an der Werterhaltung seiner Landschaft interessiert sein muß.

Ein Absacken des österreichischen Umweltstandards auf das wesentlich niedrige Ökologie-Niveau der Europäischen Gemeinschaft würde daher unweigerlich schon in kürzester Zeit die aggressiven Grünen aller politischen Schattierungen auf den Plan rufen und nicht mehr davon abhalten lassen, den Umweltminister massivst unter Dauerbeschuß zu nehmen.

Den wachsenden Unwillen des Volkes bekäme in einem EG-Österreich auch ein anderes Regierungsmitglied um vieles hautnaher zu spüren als heute: Der Sozialminister. Dafür würde allein schon das voraussichtlich beängstigende Ausmaß der Arbeitslosigkeit sorgen, die in der Europäischen Gemeinschaft durchschnittlich um mehr als 50 Prozent höher liegt als in Österreich.

Die mit Abstand am meisten Volksattacken ausgesetzte Person in der Regierung eines Österreich, das der EG angehörte, wäre jedoch zweifelsfrei der Landwirtschaftsminister.

Ihn träfe nämlich mit der ganzen Wucht bodenständiger Kraft der heilige Zorn der unzähligen Bauern, die ihre Höfe aufgeben müßten, weil sie im ruinösen Wettbewerb mit den Agrar-superfabriken der EG nicht die Spur einer Überlebenschance hätten.

Aus der Sicht dieser Minister sieht ihre Aufgabe in einem von der EG okkupierten Österreich daher so aus: Sie kommen nicht umhin, sich einer wütenden Volksmenge zu stellen und ihren Kopf für eine Politik hinzuhalten, für die genau genommen nicht sie, sondern die EG-Funktionäre verantwortlich sind, die weit weg vom Schuß in Brüssel sitzen und dort eine in jeder Hinsicht ruhige Kugel schieben.

Und mit einer derartigen, geradezu haarsträubend einseitigen Funktionsteilung wären diese Minister sogar einverstanden. Was heißt einverstanden? Wie aus ihrem begeisterten Ja zum Anschluß Österreichs an die EG eindeutig erkennbar ist, sehnen sie diese direkt herbei.

Mit anderen Worten: Der Verkehrsminister, der Umweltminister, der Sozialminister und der Landwirtschaftsminister erwarten sehnsüchtig die EG, obwohl sie sich an den fünf Fingern ihrer Hand leicht ausrechnen können, daß ihnen in der Europäischen Gemeinschaft nur noch die undankbarste Aufgabe in der Politik, die Rolle des politischen Watschenmannes bliebe. Das ist doch bitte nicht normal!

Es steht daher eines fest: Aus welchem Blickwinkel man das unbändige Verlangen der einzelnen Regierungsmitglieder nach einer Machtübernahme der EG in Österreich auch immer betrachtet, es ist dafür keine vernünftige Erklärung zu finden. Erstaunlicherweise ist diese Beobachtung auch im politischen Bereich außerhalb der Regierung zu machen. Zum Beispiel im Parlament, konkret im Nationalrat, wobei dessen Präsident Heinz Fischer in diesem Zusammenhang unsere ganz besondere Aufmerksamkeit verdient.

Dieser Mann ist nämlich etwas, was in der Politik von heute nur noch selten anzutreffen ist: Ein Parlamentarier mit Leib und Seele. Ihm störte es daher immer schon, daß die wichtigsten Entscheidungen des Staates in der Regierung fallen und in der eigentlichen Volksvertretung, dem Parlament, mehr oder weniger nur noch formell bestätigt werden.

Dieser demokratische Schönheitsfehler bestünde sicherlich längst nicht mehr, wenn es nach ihm ginge, denn Heinz Fischer ist nicht nur ein glühender Anhänger des Parlamentarismus, sondern auch ein Demokrat vom Scheitel bis zur Sohle.

Der Präsident des österreichischen Nationalrats ist daher gegen jedes Herrschaftssystem allergisch, das auch nur in die Nähe einer diktatorischen Ordnung kommt. Das ist auch der Grund, warum für ihn das Jahr 1934 zu den dunkelsten Kapiteln in der Geschichte der Republik Österreich gehört.

Damals haben nämlich christlichsoziale Politiker unter der Führung des Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß das Parlament ausgeschaltet und Österreich auf der obrigkeitsstaatlichen Basis von Notstandsverordnungen regiert.

Diese Ausschaltung der Demokratie ist im demokratiesensiblen Bewußtsein des Heinz Fischer derart fest verankert, daß es ihm auch heute noch fast körperlich weh tut, wenn er die Jahreszahl 1934 nur hört. Es regt ihn deshalb auch maßlos auf, daß in den Parlamentsklubräumen der Nachfolgepartei der Christlichsozialen, der Österreichischen Volkspartei, noch immer ein Bild des verhaßten Dollfuß hängt.

Seine Aversion gegen diesen Mann ist dermaßen groß, daß man fast versucht ist zu glauben, Heinz Fischer würde am liebsten nachts heimlich in die Klubräume der ÖVP eindringen, um dieses Feindbild im wahrsten Sinn des Wortes eigenhändig von der Wand reißen zu können. In den Augen des derzeitigen Nationalratspräsidenten ist nämlich die tragische Figur des Engelbert Dollfuß der personifizierte Austrofaschismus.

Ein Faschismus, welcher - wie jeder Faschismus - von der demokratiemißachtenden Vorstellung ausgeht, daß auch mündige Bürger politisch nicht reif genug sind, als Gemeinschaft die für sie richtigen Entscheidungen zu treffen und deshalb die Führung des Staates in die Hände einer Elite gelegt werden müsse, die frei von jeglicher Einmischung des Volkes nach eigenem Gutdünken schalten und walten könne.

Dieses volksentmündigende Führerprinzip beruht auf einer Philosophie, die auch den Gründern der Europäischen Gemeinschaft durchaus nicht fremd gewesen sein dürfte. Das gesamte Machtinstrumentarium der EG ist nämlich in diesem Geiste aufgebaut, also typisch faschistisch organisiert.

So gibt es in der Europäischen Gemeinschaft nicht einmal das demokratische Mindestfordernis eines Volksbegehrens, ge-

schweige denn die Möglichkeit einer Volksabstimmung. Sogar das Parlament der EG ist außerstande, den Willen des Volkes, welches es repräsentiert, durchzusetzen. Und zwar deshalb, weil es lediglich eine Beratungsfunktion ausübt, aber keinerlei Entscheidungsbefugnis besitzt.

Im Klartext: Die Abgeordneten im EG-Parlament dürfen wohl reden, sie haben jedoch nichts zu reden. Denn die eigentlichen Macher in der Europäischen Gemeinschaft sind die Kommissare, die von den Hunderten Millionen EG-Bürgern weder gewählt noch abgewählt werden können.

Seltsamerweise empfindet der überaus demokratiefeinfühlige Heinz Fischer vor der EG trotz ihrer eindeutig faschistischen Organisationsstruktur nicht die geringste Abscheu. Ganz im Gegenteil. Er gehört zu den prominenten Politikern im Lande, die eine baldige Machtergreifung der autoritären EG-Führung in Österreich besonders befürworten.

Das heißt: Der Parlamentarier aus Leidenschaft und Superdemokrat Heinz Fischer, dem allein schon bei der Erinnerung an das austrofaschistische Regime übel wird, weil dieses im Jahre 1934 das österreichische Parlament ausgeschaltet hat, fühlt sich hingegen pudelwohl bei dem Gedanken, persönlich dazu beitragen zu können, das demokratische Österreich von heute an die eurofaschistischen EG-Machthaber in Brüssel auszuliefern, die ihr Parlament nicht einmal noch eingeschaltet haben. Das ist doch bitte nicht normal!

3.KAPITEL

Noch weniger normal als dieser eklatante Widerspruch ist jedoch die Tatsache, daß sich im ganzen „Hohen Haus“ kein einziger Abgeordneter findet, der den Präsidenten des Nationalrats wegen dessen jeder demokratischen Gesinnung geradezu hohnsprechenden Vorliebe für die diktatorische EG zur Rede stellt.

Das Ausbleiben einer solchen Konfrontation muß allein schon deshalb verwundern, weil in den Reihen der parlamentarischen Opposition ein Mann sitzt, der selbst aus dem kleinsten Fehler seiner Gegner politisches Kapital herauszuschlagen versteht und von dieser Fähigkeit auch beinhart Gebrauch macht: Der wortgewaltige Bundeschef und Klubobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs Jörg Haider.

Dieser gleichermaßen extrem ehrgeizige wie hochbegabte Politiker, der noch dazu dank seiner Jugend in bester körperlicher Verfassung ist, giert förmlich danach, die Regierung aus dem Sattel zu heben, um selbst Bundeskanzler zu werden.

Ein derart anspornendes Ziel vor Augen, reitet er mit Begeisterung eine scharfe Attacke nach der anderen gegen die derzeitigen Machträger im Lande und nimmt genüßlich jede sich ihm bietende Gelegenheit wahr, seine politischen Widersacher in ärgste Verlegenheit zu bringen. Es ist daher völlig unverständlich, daß dieser Paradetyp eines angriffslustigen Populisten sich die Chance entgehen läßt, den Präsidenten des Nationalrats Heinz Fischer, der die Reputation eines Musterdemokraten besitzt und sich selbst voller Stolz „Sozialdemokrat“ nennt, als verkappten EG-Faschisten entlarven zu können.

Jörg Haider wäre, wenn er wollte, sogar in der Lage, aus einer solchen Traumkonstellation für eine publicityträchtige Provokation noch wesentlich mehr herauszuholen als die persönliche Bloßstellung von nur einem Spitzenfunktionär des politischen Gegners. So könnte er den „Fall Fischer“ zum Anlaß nehmen, der ganzen Bundesregierung spektakulär die EG-Maske vom Gesicht zu reißen.

Er brauchte dazu lediglich die Tatsache in aller Öffentlichkeit aufzudecken, daß ein Anschluß Österreichs an die Europäische Gemeinschaft in Wirklichkeit eine Auslieferung des eigenen Volkes an die Fremdherrschaft der EG-Kommissare in Brüssel wäre, und somit die sich darum intensiv bemühenden österreichischen Regierungspolitiker genau genommen allesamt Landesverräter sind.

Eine schonungslose Entblößung in dieser Art und in diesem Ausmaß würde die Regierungsparteien in den Augen der Bevölkerung ganz gewiß noch um vieles unansehnlicher erscheinen lassen, als sie es ohnehin bereits sind, was zwangsläufig eine noch größere Wählerabsetzbewegung bei den Hauptkonkurrenten der Freiheitlichen Partei Österreichs zur Folge hätte.

Und der größte Nutznießer dieser Wählerabwanderung wäre sicherlich der Politiker, der Österreich vor den Landesverrättern demonstrativ in Schutz nähme und sich als unerschrockener Verteidiger von Volk und Heimat mediengerecht in Szene zu setzen wüßte: Der Bundesparteiboss der FPÖ Jörg Haider.

Es erhebt sich daher die Frage: Warum macht dieser geradezu aufdeckungssüchtige Oppositionspolitiker eine solche Total-Demaskierung seiner schwersten Gegner im Kampf um die

Macht im Lande nicht? Warum ist dieser in seiner Aggressivität ansonsten kaum zu bremsende Mann sichtlich bemüht, seine gefährlichsten Feinde ausgerechnet an der Schwachstelle nicht zu treffen, an der sie am verwundbarsten sind?

Die Antwort darauf ist ganz einfach: Jörg Haider ist nicht daran interessiert, den Landesverrat publik zu machen, den die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP mit ihrer antiösterreichischen EG-Politik begehen, weil er und seine FPÖ an diesem Landesverrat nicht unmaßgeblich beteiligt sind.

Der sich betont national gebende Oppositionspolitiker ist nämlich mindestens mit der gleichen Hingabe dabei, die Souveränität Österreichs an die überstaatliche Macht der EG zu verschenken wie die engagiertesten Internationalisten in den Reihen der Regierungsparteien.

Natürlich hütet er sich, das in dieser unverblünten Formulierung zu sagen. Genau betrachtet sagt er es nicht einmal verblümt. Denn er läßt bei aller Betonung der Notwendigkeit einer europäischen Integration nicht unerwähnt, daß es in der EG einiges gibt, was ihm ganz und gar nicht paßt. Zum Beispiel die zentralistische Mentalität der EG-Bürokraten und deren mangelndes Verständnis für den legitimen Anspruch der einzelnen europäischen Volksgruppen auf Erhaltung ihrer kulturellen Identität.

Um diesen kritischen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen, ohne sich auf eine endgültige Stellungnahme zu einem Anschluß Österreichs an die Europäische Gemeinschaft festlegen zu müssen, machen Jörg Haider und seine Partei gelegentlich auch von einer diplomatischen Redewendung Gebrauch, indem sie die

verschlüsselte Erklärung abgeben: „Wir sagen nein zu dieser EG!“

Damit soll offensichtlich der Eindruck erweckt werden, daß die FPÖ nicht für diese, also die jetzige, sehr wohl aber für eine andere EG zu haben sei. Eine solche andere EG gibt es jedoch nicht, und es wird sie auch in absehbarer Zukunft nicht geben. Denn es ist kaum anzunehmen, daß die großspurigen Machthaber der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel dem kleinen „Führer“ einer kleinen Partei im kleinen Österreich zuliebe eine andere EG aus dem Boden stampfen werden, die eher den Idealvorstellungen des Jörg Haider entspräche.

Er und seine Partei werden vielmehr nolens volens auch zu dieser EG letztlich ja sagen. Davon kann man allein schon deshalb ausgehen, weil die FPÖ auf eine Vollmitgliedschaft Österreichs bei der EG sogar noch mehr fixiert ist, als es die beiden Regierungsparteien sind. So haben die Freiheitlichen geschlossen die Bundesregierung zu einem EG-Beitritt Österreichs gedrängt, als die SPÖ und die ÖVP noch gar nicht recht wußten, wie sie sich in dieser heiklen Frage verhalten sollten.

Es ist auch leicht nachprüfbar, daß die Vertreter der FPÖ bei allen bedeutenden EG-Debatten innerhalb und außerhalb des Parlaments eine Integration Österreichs mit der Europäischen Gemeinschaft nicht nur voll unterstützten, sondern in diesem Sinne auch stets die treibenden Kräfte waren.

Wie sehr für Jörg Haider der österreichische Zug in Richtung EG bereits abgefahren ist, weiß ich auch aus einer persönlichen Erfahrung, die ich am 1. Juli 1992 anlässlich einer Bauemdemon-

stration der FPÖ vor dem Bundeskanzleramt in Wien gemacht habe.

Vor baß erstaunten Landtags- und Nationalratsabgeordneten der veranstaltenden Partei verteilte ich nämlich dort als Sprecher des parteiunabhängigen „Bürgerschutzkomitee“, das eine bundesweite Informationskampagne über die fatalen Auswirkungen einer Machtübernahme der EG in Österreich organisiert, unter den bäuerlichen Demonstranten einen „Steckbrief“, auf dem ein Foto von Jörg Haider zu sehen und folgender Text zu lesen war:

„WARNUNG: Auch er hält Österreichs Bauern nur zum Narren! Dr.Jörg Haider tut nur so, als schützte er unsere Bauern vor einem Beitritt Österreichs zur EG. In Wirklichkeit ist jedoch auch er für eine Auslieferung unseres Landes an den bauernhofvernichtenden Marktmoloch der EG, in dem nur noch aufpflanzliche und tierische Genmanipulation spezialisierte Agrarsuperfabriken eine realistische Überlebenschance haben.“

Obwohl sich der Mann, dem dieser „Steckbrief“ galt, mitten unter der relativ kleinen Schar protestierender Bauern befand, die mit ihren Traktoren vor dem Regierungsgebäude Aufstellung genommen hatten, machte er trotz des Aufsehens, welches das provokante Flugblatt erregte, keinen Versuch, mich wegen der schwerwiegenden Vorwürfe gegen ihn zur Rede zu stellen.

Ganz im Gegenteil. Auffallend bemüht, mit dem Verbreiter dieser massiven Anschuldigungen - also mit mir - nicht in Berührung zu kommen, wich er nicht von der Stelle, von der aus er das Geschehen beobachtete.

Nachdem er offensichtlich nicht bereit war, den ersten Schritt zu tun, um die Konfrontation herbeizuführen, die der eigentliche Zweck meiner Anwesenheit bei dieser Protestkundgebung gewesen ist, ergriff ich die Initiative.

Ich ging schnurstracks auf ihn zu, hielt ihm den „Steckbrief“ mit seinem Konterfei wie einen Spiegel vors Gesicht und sagte so laut und deutlich, daß es alle Umstehenden gut hören konnten, sinngemäß:

Ihre ganze Bauerndemonstration hier vor dem Bundeskanzleramt ist eine einzige Heuchelei, weil die EG der Todfeind der Bauern ist, Sie und Ihre Partei aber genauso für die EG sind wie der Bundeskanzler und seine Regierung, gegen die sie demonstrieren!

Zu meiner Überraschung reagierte der von Politikern und Journalisten wegen seiner Kaltschnäuzigkeit und Schlagfertigkeit gleichermaßen gefürchtete Jörg Haider auf meine gravierenden Vorhaltungen nicht mit der für ihn typischen theatralischen Entrüstung, sondern mit einer Verlegenheit, die man von ihm gar nicht gewöhnt ist.

Seine Verlegenheit wurde sogar noch größer, als ich ihn zu einem öffentlichen „EG-Duell“ herausforderte, und er einer solchen Auseinandersetzung fast verschreckt mit der spontanen Antwort auswich: „Mit Ihnen diskutiere ich nie!“

Eine Antwort, die jedem anderen Parteifunktionär zu Gesicht stünde, aber nie zum Image dieses Mannes paßt. Denn Jörg Haider ist der Politikertyp, der auch im ärgsten Kampfgetümmel nicht kneift und den Mumm hat, sich selbst der härtesten Diskus-

sion zu stellen, wenn es darum geht, rufschädigende Angriffe auf ihn oder seine Partei nicht ohne Widerrede im Raum stehen zu lassen.

Umso unverständlicher war es daher, daß er sich so augenfällig vor einer öffentlichen EG-Diskussion mit dem Sprecher einer Bürgerschutzorganisation drückte und damit in Kauf nahm, wie ein Feigling dazustehen, der sich die ärgsten Anschuldigungen an den Kopf werfen und unwidersprochen auf sich sitzen läßt.

Dem Polit-Star der FPÖ muß diese Situation vor allem deshalb ungemein peinlich gewesen sein, weil dadurch außer den anwesenden Spitzenfunktionären seiner Partei auch einige seiner begeisterten Fans unfreiwillige Zeugen einer Szene wurden, bei der ihr strahlender Held, der seinen Mut sogar schon als tollkühner Brückenspringer unter Beweis gestellt hat, nicht als verwegener Draufgänger in Erscheinung trat, sondern eher den erbärmlichen Eindruck eines politischen Hasenfußes hinterließ.

Jörg Haider hätte sich diese höchst unangenehme Blamage vor eigenem Publikum leicht ersparen können, denn es bedurfte lediglich der richtigen Worte, um mich bei dieser Konfrontation schachmatt zu setzen. So hätte er zu mir nur zu sagen brauchen: „Was wollen Sie eigentlich von uns? Wir von der Freiheitlichen Partei sind ja gar nicht für die EG!“ Damit wäre jede weitere Debatte völlig überflüssig gewesen.

Der Bundesparteiboss der FPÖ brachte jedoch diese wenigen Worte nicht über seine Lippen. Und zwar deshalb, weil er genau wußte, daß eine solche Behauptung zu weit von der Wahrheit entfernt ist, um auch von politisch weniger informierten Bürgern nicht als plumpe Lüge erkannt zu werden.

Es gibt nämlich schon sehr viele Leute im Lande, denen trotz geschickter Verschleierungstaktik des Jörg Haider das Faktum nicht entging, daß die FPÖ eine Partei ist, die nichts unternimmt, um einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft zu verhindern, sondern mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, diesen auf schnellstem Wege in die Tat umzusetzen.

Eine Anstrengung, für die jegliches eigennützige Motiv fehlt, denn von einem EG-Staat Österreich profitiert weder Jörg Haider noch seine Partei auch nur im geringsten. Ganz im Gegenteil. Ein Inkrafttreten der Gesetze der Europäischen Gemeinschaft - insbesondere des EG-Rechtes der Niederlassungsfreiheit - in Österreich könnte für die FPÖ und ihren derzeitigen Chef sogar katastrophale Folgen haben.

Die FPÖ verdankt nämlich den geradezu kometenhaften Aufstieg, den sie in jüngerer Zeit hatte, in erster Linie der Tatsache, daß ihr Wahlzugpferd Jörg Haider der einzige prominente Politiker im Lande ist, der sich trotz massiver Anfeindungen seitens der Medien getraut, gegen die drohende Überfremdung Österreichs durch den Massenzulauf von Heimatflüchtlings aus dem Ausland populärenergisch aufzutreten.

Es ist daher auch kein Zufall, daß Jörg Haider seine größten Wahlerfolge in den Bundesländern erzielte, in denen die Bevölkerung aus verschiedensten Gründen für das Ausländerproblem besonders sensibel ist. Wie zum Beispiel in Kärnten, wo es ihm sogar gelang, mit Hilfe der von ihm überholten ÖVP den Landeshauptmannsessel vorübergehend zu erobern. Oder bei der vorjährigen Landtagswahl in Wien, wo Jörg Haiders Wahlkampfmannschaft mit ihrer resoluten Forderung nach einem „Einwan-

derungsstop" ebenfalls das Kunststück schaffte, die Österreichische Volkspartei vom zweiten Platz zu verdrängen.

Diese Erfolgsserie würde die FPÖ jedoch sicherlich nicht mehr fortsetzen können, wenn Österreich Mitglied der Europäischen Gemeinschaft wäre und es eindeutig feststünde, daß auch Jörg Haider die verhängnisvolle Öffnung sämtlicher Grenzen des Landes zu allen EG-Staaten durch seine massiven Beitrittsbemühungen mitzuverantworten hätte. Und zwar aus einem sehr einleuchtenden Grund.

Es wäre nämlich ziemlich unwahrscheinlich, daß Österreich das einzige Land bliebe, welches der jetzigen, nur zwölf Staaten umfassenden Gemeinschaft der EG beiträte, denn früher oder später kämen sicherlich auch die osteuropäischen Länder Ungarn, die heutige Tschechoslowakei und Polen sowie Kroatien, Slowenien und vor allem die schon ungeduldig darauf wartende Türkei dazu.

In die politische Realität umgesetzt, würde dies bedeuten, daß sich zum Beispiel in Wien türkische EG-Bürger samt ihren Familien in unbegrenzter Zahl und auf unbestimmte Zeit niederlassen könnten, auch wenn es in dieser Stadt - der FPÖ-Forderung entsprechend formell einen rigorosen „Einwanderungsstop“ gäbe.

Das gleiche gälte natürlich auch für das Bundesland Kärnten in bezug auf alle eventuellen Zuwanderer aus einem EG-Staat Slowenien. Konkret hieße das: Es könnten 10.000, 20.000, aber auch 50.000 und mehr Slowenen nicht nur insgesamt in einem Jahr, sondern sogar an einem einzigen Tag sich auf dem Weg

machen, die Grenze nach Österreich ohne jegliche Formalitäten überschreiten und sich im wunderschönen Kärnten für immer niederlassen.

Worauf sich Jörg Haider und seine Partei als politischer Hausherr dieses österreichischen Bundeslandes bei einer solchen slowenischen Einwanderungsflut gefaßt machen müßten, kann sich jeder lebhaft vorstellen, dem noch der Volksaufstand in Erinnerung ist, welcher durch den seinerzeitigen Konflikt um die Zweisprachigkeit der Kärntner Ortstafeln ausgelöst wurde.

Damals ging es nicht um die Massenansiedlung zugewanderter Slowenen, sondern um die im Vergleich dazu beinahe harmlose Frage, ob auf den Ortstafeln im Lande außer der deutschen auch die slowenische Bezeichnung aufscheinen sollte.

Trotzdem nahm der Volkszorn derartige Ausmaße an, daß die Kärntner Landes-SPÖ in ihrer damaligen Regierungsverantwortung die zweisprachigen Ortstafeln wieder reumütig einziehen und ihren Langzeitparteiboss und Dauerbrenner als Landeshauptmann Hans Sima verschämt zurückziehen mußte.

Man kann sich daher ein plastisches Bild davon machen, was auf diesem heißen Politpflaster der Alpenrepublik los wäre, wenn die einheimische Bevölkerung zu der für sie erschütternden Erkenntnis käme, daß ihr nationaler Vertrauensmann Jörg Haider, dem sie blind folgte, sich mit der populären Forderung nach einem „Einwanderungsstop“ nur zur Wahrung eines patriotischen Scheins schützend vor seine Landsleute stellte, in Wirklichkeit jedoch mithalf, über die Hintertür einer EG-Mitgliedschaft Österreichs Slowenen in Massen nach Kärnten einzuschleusen.

Eine dermaßen schockierende Ernüchterung seiner Wähler und vor allem seiner treuesten Anhänger wäre für Jörg Haider nicht nur der Anfang vom Ende seiner politischen Traumkarriere, sondern vermutlich sogar schon das Ende. Denn bei aller Unsicherheit einer Prognose ist bereits jetzt eines absehbar: Im außergewöhnlich heimatbewußten Kärnten dürfte sich dann der als Landesverräter abgestempelte Parteiführer nicht einmal mehr blicken lassen, geschweige denn einer Wahl stellen.

Und in den anderen Bundesländern würde höchstwahrscheinlich auch kein nationaler Hahn mehr nach ihm krähen. Eine Situation also, in der selbst den besten Freunden in seiner Partei nichts anderes übrig bliebe, als ihn fallen zu lassen und sich um einen neue Wahllokomotive umzusehen.

Das heißt, Jörg Haider macht heute genau das Gegenteil von dem, was er machen müßte, nämlich: Statt seine mächtigen Feinde über ihren selbstmörderischen EG-Kurs stolpern zu lassen, stellt er sich wissentlich mit der gleichen Politik selbst ein Bein. Dümmer geht es wirklich nimmer.

Wie wenig ein derart törichtes Verhalten zu diesem blitzgescheiten Menschen und seinen hochgesteckten Zielen paßt, wird im ganzen Ausmaß erst erkennbar, wenn man sich folgendes, von Widersprüchen strotzende Bild plastisch vorstellt: Da hat ein ungemein gefinkelter Oppositionspolitiker, dem jedes legale Mittel recht ist, um an die Macht zu kommen, im Zusammenhang mit der drohenden Auslieferung Österreichs an die Fremdherrschaft der EG die einmalige Chance, die gesamte Regierung sogar in den Augen ihrer Wähler als Verräter am eigenen Volk erscheinen zu lassen, er macht jedoch davon nicht den geringsten Gebrauch, weil auch er bei solchen landesverräterischen

Aktivitäten emsig mitwirkt, von denen er genau weiß, daß sie ihm nichts als den Nachteil bringen, vom „Jörg im Glück“ zum Buhmann der Nation zu werden. Das ist doch bitte nicht normal!

4. KAPITEL

Mit normalen Maßstäben nicht zu messen ist auch die EG-Strategie der zweiten Oppositionspartei im österreichischen Nationalrat, der Grünalternativen Liste, kurz GAL genannt. Denn diese politische Gruppe führt ebenfalls nur Scheingefechte gegen die EG-Beitrittsbefürworter, obwohl sie sogar größtes Interesse daran haben müßte, eine Einverleibung Österreichs in die Europäische Gemeinschaft unter allen Umständen zu vereiteln.

Die Zielsetzung der EG steht nämlich zur Ideologie der parlamentarischen Grünen in einem noch größeren Gegensatz als zu den nationalliberalen Prinzipien der FPÖ. So lautet das Programm der GAL, auf eine einfache Formel gebracht, „Zurück zur Natur!“, während der Kurs der Europäischen Gemeinschaft ein noch größerer Schritt fort von der Natur, also aus grüner Sicht ein typischer Negativ-Fortschritt ist.

Oder anders formuliert: Auf die ziemlich roteingefärbten Grünalternativen Österreichs, deren Idealbild eine Art sozialistisches Schrebergärtner-Paradies ist, muß die Realwelt der EG die Schockwirkung einer kapitalistischen Blech- und Konsumtrottel-Gesellschaft ausüben. Es ist daher klar, daß ein von der EG-Technokratie noch nicht beherrschbares Österreich den Vorstellungen der GAL von echter Lebensqualität um vieles mehr entspricht als eine von der Europäischen Gemeinschaft wirtschaftlich und politisch völlig in Beschlag genommene Alpenrepublik, die nur noch ein verlängerter Arm der ökologieblinden Machthaber in Brüssel wäre.

Das gilt ganz besonders für den Nahrungsbereich, der in Österreich nach wesentlich strengeren Bestimmungen reglementiert

wird als in den meisten Staaten der EG, wo es erlaubt ist, auch Lebensmittel herzustellen und auf den Markt zu bringen, die genau genommen nur an Schweine und ähnlich anspruchslose Haustiere verfüttert werden dürften.

Wie zum Beispiel Abfälle, die in chemischen Fabriken zu Eßwaren verarbeitet werden. Oder mit besonderem Raffinement geschmackspräparierte Erzeugnisse aus der künstlichsten Zauberküche der Chemie, der Retorte. Oder höchst unappetitliche Schlachthaus-Nebenprodukte, die mit fragwürdigen Zusatzstoffen für das Auge und den Magen genießbar gemacht werden können.

Zum Unterschied von heute hätte Österreich als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft auch im Falle einer Beibehaltung seines rigorosen Lebensmittelgesetzes keine rechtliche Handhabe mehr, die Einfuhr solcher minderwertigen Produkte aus EG-Staaten zu unterbinden.

Allein dieses drohende Qualitätsdefizit im mit Abstand populärsten Bereich des menschlichen Lebens, dem Essen und dem Trinken, mußte für die publicitysüchtige Kampftruppe der Grünalternativen Motiv genug sein, die Bundesregierung wegen deren verantwortungsloser EG-Politik ähnlich massiv unter Dauerbeschuß zu nehmen, wie das bei der erfolgreichen Verhinderung einer großräumigen Verbauung der Hainburger Au geschehen ist.

Damals besetzten beherzte Umweltschützer wochenlang die zur Verbetonierung behördlich bereits freigegebene Grünlandschaft und ließen sich auch von den Räumungskommandos der Exeku-

tive nicht davon abhalten, den Bau des schon fix und fertig geplanten Kraftwerkes im letzten Moment doch noch zu stoppen.

Von einem solchen heroischen Widerstand ist im Zusammenhang mit dem Regierungsvorhaben der Auslieferung Österreichs an die Öko-Superschädlinge der EG im gesamten Führungsteam der Grünalternativen Liste nichts zu bemerken. Ganz im Gegenteil. Die kritischen Stimmen der GAL-Volksvertreter im Parlament gegen einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft werden nicht nur immer weniger, sondern von Tag zu Tag auch immer leiser.

Und bei manchen Spitzenfunktionären dieser Oppositionspartei muß man sogar den Eindruck gewinnen, daß sie ihr ursprünglich unwiderrufliches Nein zur EG bereits zu bereuen beginnen und am liebsten so schnell wie nur irgendwie möglich in ein differenziertes Jein umfunktionieren würden, um daraus bei passender Gelegenheit ohne nennenswerten Gesichtsverlust gegenüber ihrer Basis und der Öffentlichkeit ein klares unwiderrufliche Ja machen zu können.

Wie sehr es die Vordenker der parlamentarischen Grünalternativen in Österreich bereits drängt, ihren Ruf als Anti-EG-Partei loszuwerden, ließ ihr Klubobmann Johannes Voggenhuber in einer Pressekonferenz deutlich durchblicken, die er im Frühjahr 1992 zum Thema EG und die Grünen gab.

Zur Verblüffung der Anwesenden und derjenigen, welche die wichtigsten Passagen seiner Ausführungen via Radio und Fernsehen hörten, vertrat er dabei einen Standpunkt, der ebenso gut die Meinung eines Pro-EG-Politikers sein könnte.

So erklärte der GAL-Fraktionschef, daß auch aus grünalternativer Perspektive gegen die Europäische Gemeinschaft grundsätzlich nichts einzuwenden sei und er sich unter gewissen Umständen sogar eine Zustimmung seiner Partei zu einem EG-Beitritt Österreichs durchaus vorzustellen vermöge.

Noch ungewöhnlicher als der Inhalt dieser von niemandem erwarteten Erklärung war jedoch der Termin, den sich der Klubobmann der Grünalternativen Liste zur Veröffentlichung seiner brisanten Information ausgesucht hatte.

Denn es war genau die Zeit, in der sich der Kandidat der GAL bei der Bundespräsidentenwahl, der internationale Schriftsteller Robert Jungk, mitten im Wahlkampf befand und trotz seines relativ geringen Bekanntheitsgrades noch der Hoffnung hingeben durfte, zumindest die Stimmen der nicht wenigen EG-Beitrittsgegner im Lande zu gewinnen.

Diese Hoffnung war deshalb nicht unbegründet, weil er von allen vier Bewerbern um das höchste Amt im Staate der einzige Kandidat war, der seiner abgrundtiefen Aversion gegen das Machtkartell der Europäischen Gemeinschaft offen Ausdruck verlieh und bei jeder sich bietenden Gelegenheit unmißverständlich und kompromißlos gegen einen Anschluß Österreichs an die faschistische EG auftrat.

Johannes Voggenhubers öffentliche Ankündigung, daß er und seine Partei im Begriffe seien, ihre Abneigung gegenüber der Europäischen Gemeinschaft zu überwinden und sich mit dem Gedanken einer EG-Mitgliedschaft Österreichs anzufreunden, brachte daher den grünalternativen Präsidentschaftskandidaten nicht nur in einen äußerst peinlichen Argumentationsnotstand,

sondern machte mit einem Schlag auch den einzigen Vorteil zunichte, den er gegenüber seinen Konkurrenten hatte: Den alleinigen Besitz der Sympathien sämtlicher Anti-EG-Wähler.

Dieses politische Eigentor wäre leicht zu verhindern gewesen, wenn der parlamentarische Chef der GAL die allgemeine Bekanntgabe des neuen EG-Kurses seiner Partei noch die kurze Zeit bis zur Wahl aufgeschoben und erst danach die Katze öffentlich aus dem Sack gelassen hätte.

Der schlaue Taktiker Johannes Voggenhuber steht lange genug an vorderster politischer Front, um über die fatalen Folgen der Voreiligkeit einer solchen Kundmachung nicht schon im voraus Bescheid gewußt zu haben.

Das heißt: Wissend, was er damit auslöste, gab der Klubobmann der Grünalternativen Liste im Parlament, die einen eigenen Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl nominiert hatte, nur um die paar Tage bis zur Wahl nicht warten zu müssen, noch vor dem entscheidenden Urnengang die allen seinen früheren Aussagen widersprechende Erklärung ab, daß die Europäische Gemeinschaft so übel nicht sei, obwohl die einzig realistische Chance des Kandidaten seiner Partei ausschließlich darin bestand, die Stimmen der Landsleute zu bekommen, nach deren Meinung vor den Übeln der EG nicht eindringlich genug gewarnt werden konnte. Das ist doch bitte nicht normal!

Zum Unterschied von Robert Jungk kam der überlegene Sieger dieser Bundespräsidentenwahl, der Kandidat der Österreichischen Volkspartei Thomas Klestil, während des ganzen Wahlkampfes kein einziges Mal auch nur annähernd in eine ähnliche

Kalamität. Dieser heftete nämlich von Anfang an einen konsequenten Pro-EG-Kurs auf seine Fahnen.

Eine Tatsache, die in der Wahlauseinandersetzung jedoch keine ausschlaggebende Rolle spielte, denn die Wähler waren in erster Linie vom energischen und zielstrebigem Auftreten dieses Präsidentschaftskandidaten beeindruckt, der sich auffallend und wohlthuend von den Politikern unterschied, denen bei allen öffentlichen Erklärungen deutlich anzumerken ist, daß es ihnen nur darum geht, sich vor jeglicher Festlegung zu drücken.

Was wesentlich zum erstaunlichen Erfolg dieses vor der Wahl noch weitgehend unbekannten Mannes beitrug, war sicherlich auch die von ihm ausgegebene Parole „Macht braucht Kontrolle“. Er sprach damit nämlich allen Bürgern aus der leidgeprüften Seele, die sich der wachsenden Macht des Staates wehrlos und schutzlos ausgeliefert fühlen.

Darüber hinaus vermochte er beim Wählervolk auch den idealistischen Eindruck zu erwecken, daß dieser wahre Ausspruch für ihn nicht nur ein zugkräftiger Werbeslogan im Wahlkampf war, sondern ein echtes Herzensanliegen von ihm ist.

Thomas Klestil scheint auch durchaus der dynamische Typ zu sein, dem man zutraut, daß er als Bundespräsident bestrebt sein wird, den Staat sowohl mit aller Würde zu repräsentieren als auch mit allem Nachdruck zu kontrollieren. Mit geschicktem Einsatz der Autorität eines vom Volk mit überwältigender Mehrheit gewählten Staatsoberhauptes könnte ihm dieses Kunststück sogar gelingen. Allerdings nur in dem kleinen und deshalb noch überschaubaren Österreich.

Bei einer Machtkontrolle, die über die Grenzen des Landes weit hinausginge, stünde jedoch auch ein Thomas Klestil sicherlich auf verlorenem Posten. Vor allem dann, wenn dieses Fremdgebiet beispielsweise der territorialen Größenordnung der Europäischen Gemeinschaft entspräche und unter der Herrschaft einer Zentralgewalt mit der ungeheuren Machtfülle der EG-Bürokratie in Brüssel stünde.

Gegenüber dem Machtmonster der EG wäre nämlich Österreichs neuer Bundespräsident bei aller Durchschlagskraft und bei allem guten Willen sich durchzusetzen als Kontrollor der Macht ähnlich rat-, hilf- und machtlos wie ein einfacher österreichischer Bürger, der sich ohne die geringste Aussicht auf Erfolg der Aufgabe verschrieben hätte, die staatliche Gewalt im eigenen Lande zu kontrollieren.

Es ist daher offenkundig, daß die beiden Feststellungen „Macht braucht Kontrolle“ und „Österreich braucht die EG“, die fast schon Stehsätze in beinahe allen Reden des neuen Bundespräsidenten und zusammengefaßt praktisch sein politisches Glaubensbekenntnis sind, sich einander widersprechen, ja sogar gegenseitig ausschließen und somit unmöglich auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können.

Denn wenn Macht Kontrolle braucht, was völlig außer Zweifel steht, dann kann Österreich alles nur keine EG brauchen. Und zwar deshalb, weil die Europäische Gemeinschaft eine diktatorische Machtinstitution ist, die sich jeder demokratischen Kontrolle entzieht. So finden - nur um ein anschauliches Beispiel dafür zu geben - sämtliche bedeutenden Beratungen der eigentlichen Entscheidungsträger der EG hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Als Verfechter des Grundsatzes, daß Macht unbedingt einer Kontrolle bedarf, müßte Thomas Klestil logischerweise ein entschiedener Gegner eines Beitritts Österreichs zu dem auch für Volksvertreter gänzlich unkontrollierbaren Machtkoloß der Europäischen Gemeinschaft sein.

Mehr noch: Er müßte, wenn er sein Versprechen, ein Anwalt des Volkes sein zu wollen, ehrlich gemeint hat, sich mit seinem ganzen Patriotismus nicht nur symbolisch schützend vor Österreich stellen, sondern seine Bereitschaft zum äußersten Widerstand gegen jeden Versuch, dieses Land der Machtwillkür der EG zu überantworten, sogar mit den dramatischsten Worten dokumentieren, die es zur Beschreibung einer unnachgiebigen Verteidigung des eigenen Hab und Gut gibt: „Nur über meine Leiche!“

Doch was machte Thomas Klestil wirklich? Das genaue Gegenteil. So gab er schon lange vor der Stimmenauszählung die Erklärung ab, daß er im Falle seiner Wahl die dringlichste Aufgabe darin sähe, in den wichtigsten Hauptstädten der EG-Staaten Arbeitsgespräche zu führen, um eine baldige Aufnahme der Beitrittsverhandlungen Österreichs mit der Europäischen Gemeinschaft zu erwirken. Und als Bundespräsident kaum angelobt, verstieg er sich vor lauter Begeisterung für die europäische Integration sogar zu der vermessenen Behauptung: Ich gehe davon aus, daß Österreich schon in einigen Jahren bei der EG sein wird!

Das heißt: Für ihn steht die Mitgliedschaft Österreichs bei der Europäischen Gemeinschaft bereits jetzt soviel wie fest, obwohl die letztlich allein entscheidende Volksabstimmung darüber noch gar nicht stattgefunden hat.

Deutlicher konnte der sich um die Kontrolle der Macht geradezu rührend sorgende Thomas Klestil seinen unabänderlichen Willen, die kontrollierbare Macht des Staates Österreich in die unkontrollierbaren Hände der EG-Machthaber in Brüssel zu legen, wohl kaum zum Ausdruck bringen.

Der eklatante Unterschied zwischen dem, was dieser Mann sagt, und dem, was er tut, wird jedoch erst richtig transparent, wenn man sich folgendes Szenarium einmal ohne die bei einem Staatsoberhaupt übliche Ehrerbietung und Schönfärberei vor Augen hält:

Da hat der mit großer Mehrheit zum Bundespräsidenten gewählte Thomas Klestil bei seiner Angelobung das feierliche Versprechen noch auf den Lippen, die Bürger seines Landes vor Machtmißbrauch zu schützen, in seinem Kopf jedoch bereits den festen Entschluß, das ganze Volk so schnell wie möglich an die Supermacht der EG auszuliefern, in der es nicht einmal eine Scheidemokratie, geschweige denn einen echten Schutz vor Machtmißbrauch gibt. Das ist doch bitte nicht normal!

Wie Sie aus den gezeigten Beispielen ersehen konnten, sind prominenteste Repräsentanten der Bundespolitik in Österreich eifrige Wegbereiter eines EG-Beitritts, obwohl sie allen Grund hätten, sich mit noch größerem Eifer dafür einzusetzen, daß ihrem Land eine Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft unter allen Umständen erspart bleibt.

Noch mehr als der Bundespräsident und die anderen Bundespolitiker müßten sich jedoch die Landespolitiker in Österreich gegen die drohende Auslieferung der Alpenrepublik an die EG-Zentralisten in Brüssel zur Wehr setzen. Also jeder Landeshaupt-

mann, alle Landesräte und sämtliche Landtagsabgeordneten in den einzelnen Bundesländern.

Als überzeugte Föderalisten, die sie fast ausnahmslos zu sein scheinen, sind sie nämlich bei allen Bestrebungen außerordentlich hellhörig, die auf eine noch stärkere Zentralisierung der Staatsverwaltung hinauslaufen. Ihr föderalistisches Feingefühl ist sogar dermaßen ausgeprägt, daß ihnen selbst die wenigen Maßnahmen, welche auf Bundesebene über ihre Köpfe hinweg von der Zentralregierung in Wien gesetzt wurden, ein Übermaß an Verständnis für gesamtstaatliche Notwendigkeiten abverlangten und mitunter schwer auf die Nerven gingen.

Die in den Bundesländern tätigen Politiker würden die Nachteile des Zentralismus jedoch noch viel intensiver zu spüren bekommen, wenn Österreich ein integrierter Bestandteil der EG wäre. Denn als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft hätte die Alpenrepublik bloß das beschränkte Hoheitsrecht eines EG-Gau und jedes der neun Bundesländer - in logischer Konsequenz - gar nur noch die Schrumpfsouveränität eines EG-Untergau.

Davon abgesehen ist mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß das zentralistischste Machtzentrum Europas, die Regierungszentrale der EG in Brüssel, wesentlich mehr Entscheidungen gegen den ausdrücklichen Willen der Föderalisten in den österreichischen Bundesländern von oben herab treffen würde, als die selbstherrliche Zentralregierung in Wien jemals getroffen hat.

Das heißt: Die Landespolitiker, die jetzt schon immer wieder Klage darüber führen, daß zuviele Angelegenheiten, die ihr Bundesland betreffen, ihrer Entscheidungsbefugnis entzogen

sind und diesen Mangel als unhaltbaren Zustand empfinden, hätten in einem EG-Österreich in ihrem eigenen Herrschaftsbe-
reich garantiert noch um vieles weniger zu reden als im Öster-
reich von heute.

Trotzdem gibt es keinen einzigen Landeshauptmann, keinen
einzigsten Landesrat und - soviel ich weiß - auch keinen einzigen
Landtagsabgeordneten, der nicht bereit ist, mit fliegenden Fah-
nen in Richtung Brüssel zu marschieren, um dort die relativ milde
Zentralgewalt Österreichs gegen das extremzentralistische Herr-
schaftssystem der EG einzutauschen. Das ist doch bitte nicht
normal!

Dieses total unmotivierte Anschlußbedürfnis aller Landespoliti-
ker an die Europäische Gemeinschaft ist jedoch keineswegs
schon der Gipfel an Widersinnigkeit. Es gibt nämlich eine Kate-
gorie von Politikern in Österreich, deren penetrantes Pochen auf
eine Vereinigung mit der EG sogar noch weniger vernunftmäßig
zu ergründen ist: Die Landespolitiker.

Zum Beispiel der Mann, der als oberster Interessenvertreter der
Arbeiter und Angestellten praktisch der politische Schirmherr
aller unselbständig Tätigen im Lande ist: Der Präsident des
Österreichischen Gewerkschaftsbundes Fritz Verzetnitsch.

Für ihn kann der wirtschaftliche Superliberalismus der Europäi-
schen Gemeinschaft nicht früh genug auf die Alpenrepublik
übergreifen, obwohl ihm völlig klar ist, daß die dann in Massen
aus ärmeren EG-Staaten ins Wohlstandsland Österreich kom-
menden Gastarbeiter den heimischen Arbeitnehmern, also sei-
nen Mitgliedern, Arbeitsplätze wegnehmen, das allgemeine Lohn-
niveau erheblich drücken, die Mieten für Wohnungen gewaltig

hinauftreiben und damit zwangsläufig den zu erwartenden Vorteil einer minimalen Senkung anderer Lebensunterhaltskosten mehr als wettmachen werden.

Ähnlich offenkundig gegen die Interessen der eigenen Mitglieder handelt im Zusammenhang mit der EG der Boß der Standesvertretung der österreichischen Wirtschaft, der Präsident der Bundeskammer Leopold Maderthaner. Denn auch er drängt mit Vehemenz auf eine Integration Österreichs in die Europäische Gemeinschaft, obwohl er Realist genug ist, um nicht zu wissen, daß die überwiegende Mehrheit seiner Beitragszahler, die Inhaber der Klein- und Mittelbetriebe, in der EG einer mörderischen Konkurrenz supranationaler Konzerne ohne die geringste staatliche Unterstützung ausgesetzt wäre, weil es dort keinen Schutz, sondern sogar ein absolutes Schutzverbot für wettbewerbschwache Unternehmen gibt.

Und am weitesten entfernt von dem, was man unter Interessenvertretung des eigenen Berufsstandes normalerweise versteht, ist wohl der politische Kopf der Landwirtschaft, der Präsident des Österreichischen Bauernbundes Georg Schwarzenberger. Er schreckt nämlich nicht einmal davor zurück, seine Mitglieder zu überreden, sich einem Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft nicht zu widersetzen, obwohl die EG auch aus seiner Sicht ein riesengroßes Agrarmassenvernichtungslager ist, in dem jede Stunde rund 30 Landwirte notgedrungen ihre Betriebe liquidieren, also alle zwei Minuten ein Bauernhof stirbt.

Zu all dem kommt noch, daß sämtliche nachrangigen Führungskräfte in diesen drei großen berufsständischen Interessenvertretungen ihren Präsidenten widerspruchslos Gefolgschaft bei de-

ren Bestrebungen leisten, Österreich raschest in die Europäische Gemeinschaft einzubringen.

Das heißt: Nicht nur die Spitzenfunktionäre dieser Verbände, sondern auch die Vorsitzenden der diversen Fachgewerkschaften und Vorsteher der unzähligen Fachgremien, Innungen und Ausschüsse auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene sehen ihre aktuelle Hauptaufgabe darin, die eigenen, ihnen zum Schutz anvertrauten Berufskollegen gleichsam wie Schafe zum Scheren und zum Schlachten in die EG hineinzutreiben.

5. KAPITEL

Zusammenfassend betrachtet, stehen wir daher vor dem schier unfaßbaren Phänomen, daß die gesamte politische Prominenz Österreichs, also alle führenden Bundespolitiker, alle bedeutenden Landespolitiker und alle maßgebenden Standespolitiker, ohne Rücksicht auf den eigenen Berufsstand, ohne Rücksicht auf die eigene Partei, ohne Rücksicht auf das eigene Land und ohne Rücksicht auf die eigene Religion wie auf ein Kommando und wie aus einem Munde „Her mit der EG!“ rufen, obwohl die EG, wenn sie tatsächlich käme, sowohl ihnen als auch den Menschen auf den Kopf fiel, deren Interessenvertretung die eigentliche Funktion all dieser Funktionäre ist.

Das ist doch wirklich alles nur nicht normal! Nicht normal allerdings nur aus der Perspektive eines Normalbürgers. Also eines Menschen, der sich mit seinen Berufskollegen, seinen Parteifreunden, seiner Heimat und seinem Glauben mehr verbunden fühlt als mit irgendwelchen anderen Dingen, anderen Ideen und anderen Idealen, die von ihm nicht als vertrautes Umfeld seines unmittelbaren Lebensbereiches empfunden werden.

Aus der Sicht eines Bürgers jedoch, der etwas besitzt oder auch nur zu besitzen vermeint, das in seiner Welt mehr zählt als die Zugehörigkeit zu einem Berufsstand, zu einer Partei, zu einer Nation oder zu einer Religion, kann die Nichtbeachtung, ja sogar das völlige Ignorieren dieser natürlichen Bindungen durchaus normal sein.

Es erhebt sich daher die Frage, wo solche Menschen anzutreffen sind, die ihre naheliegendsten und für sie wichtigsten Interessen ganz vergessen, um nach noch Höherem zu streben. Oder

anders gefragt: Gibt es irgendwo eine Organisation, deren Mitgliedern der Rock einer bestimmten Ideologie näher ist als das Hemd ihres eigenen Berufstandes, ihrer eigenen Partei, ihrer eigenen Nation und ihrer eigenen Religion?

Eine solche Organisation besteht tatsächlich. Diese ist aber nicht - wie Sie vielleicht vorschnell meinen - eine Sekte. Denn die Angehörigen einer Sekte können sich wohl über ihren Berufsstand, ihre Partei und auch ihre Nationalität, aber nie und nimmer über ihre Religion hinwegsetzen, und zwar deshalb, weil das Höchste, das sie haben, diese ihre Religion ist.

Es gibt jedoch eine Institution, die auch solche Rücksichten nicht zu nehmen braucht: Die weltweit verbreitete Freimaurerei. Um Ihnen zu zeigen, wie frei die Mitglieder einer freimaurerischen Loge von derlei Bindungen sind, lasse ich eine Persönlichkeit zu Wort kommen, die auf diesem Gebiet absolut kompetent ist: Der bekannte belgische Freimaurer Goblet d'Alviella, der auf die Frage, wie er seine Organisation am treffendsten charakterisieren würde, folgende Antwort gab:

"Die Freimaurerei ist eine geheime Vereinigung, welche um freie und ehrenhafte Männer ein brüderliches Band schlingt, daß stärker und höher ist, als alle Verschiedenheit des Berufes, der Partei, der Nationalität oder der Religion."

Damit ist wohl klar genug zum Ausdruck gebracht, daß ein Logenbruder - so nennen sich die Mitglieder dieser Organisation - der Berufsgilde, der politischen Bewegung, dem Vaterland und der Glaubensgemeinschaft, welcher er zugehörig ist, niemals dermaßen die Treue hält wie ein Bürger, der keinerlei Bindung an die Loge hat.

Welcher Art das „brüderliche Band" ist, mit dem die Freimaurerei ihre Mitglieder so zu umschlingen vermag, daß diese bereit sind, ihre kleine Welt der Loge allem vorzuziehen, was nichtfreimaurerische Bürger als ihre höchsten Güter empfinden, verriet Goblet d Alviella freilich nicht. Die Antwort darauf kann jedoch ich Ihnen geben.

Obwohl ich selbst in meinem Leben noch nie eine Loge von innen sah, habe ich mich nämlich mit den Hintergründen dieser geheimen Vereinigung sehr eingehend beschäftigt und darüber die drei Aufdeckungsbücher „Die legale Mafia", „Des Teufels Funktionäre" und „Who ist who ohne Maske" geschrieben, in denen ich mich auch mit der Frage gründlich befaßte, welche geheimnisvollen Kräfte einen Freimaurer an seine Organisation mehr binden als beispielsweise an sein Vaterland. Und ich habe dabei die Erkenntnis gewonnen, daß diese für jeden Außenstehenden unbegreifliche Tatsache nur mit dem eigentlichen Ziel der Freimaurerei zu erklären ist: Die Integration aller Völker, Rassen und Nationen in einem freimaurerischen Welteinheitsstaat.

Denn die Errichtung eines solchen Welteinheitsstaates, in dem alle Menschen dieser Erde nach freimaurerischer Idealvorstellung in „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" mit- und nebeneinander leben werden, setzt die totale Auflösung nicht nur sämtlicher noch bestehender Nationalstaaten, sondern auch aller eigenstaatlichen Volksgemeinschaften voraus.

Die geheime Bruderschaft kann daher alles nur keine Mitglieder brauchen, denen die Integrität des eigenen Vaterlandes wichtiger ist als die Realisierung des freimaurerischen Endzieles der Schaffung eines Welteinheitsstaates.

Mehr noch: Mit dem Eintreten für sein Heimatland sabotiert jeder Freimaurer die Erreichung des eigentlichen Zieles der geheimen Bruderschaft und zieht sich damit unvermeidlich dessen Feindschaft zu.

Das heißt: Ein Logenbruder, der seinem Vaterland treu dient, ist ein Verräter an der Freimaurerei. Oder noch deutlicher formuliert: Wer nicht zum Verräter der freimaurerischen Ideale werden will, muß sein eigenes Vaterland verraten.

Vor die Wahl gestellt, entweder freimaurerisch oder patriotisch zu handeln, bleibt einem Mitglied der geheimen Bruderschaft, der aus welchen Gründen auch immer mit der Freimaurerei gut auskommen will, daher gar nichts anderes übrig, als sich gegen seine eigene Heimat zu entscheiden.

Eine Entscheidungssituation, vor der zum Beispiel jeder österreichische Freimaurer unvermeidlich steht, wenn er sich für oder gegen eine Auslieferung seines Landes an die Europäische Gemeinschaft zu entschließen hat. Und zwar deshalb, weil die ganze EG nicht nur eine typisch freimaurerische Kreation, sondern auch eine typisch freimaurerische Institution ist.

Ja, man kann sogar sagen, daß die EG als Meilenstein auf dem freimaurerischen Weg zur Integration aller Staaten der Erde gesehen werden muß. Es ist daher auch kein Zufall, daß der geistige Vater dieser EG ein ungemein rühriger und ideenreicher Freimaurer war: Der Begründer der Paneuropa-Bewegung Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi.

Obwohl die politische Entwicklung damals in eine ganz andere Richtung wies, erkannte dieser mit einer Japanerin verheiratete

österreichische Diplomat schon im Jahre 1925, daß zur Verwirklichung des freimaurerischen Welteinheitsstaates jene große Völkerwanderung mit Flüchtlingen verschiedenster Art einsetzen muß, wie sie sich heute in Europa vor unser aller Augen zu formieren beginnt, damit die einrassigen Volksgemeinschaften in eine - um den zeitgemäßen Begriff zu verwenden - „multi-kulturelle Gesellschaft“ umfunktioniert werden können.

In seinem Buch „Praktischer Idealismus“ hat dieser ideologische Vordenker der EG auch präzise dargestellt, welche Rassen-Mixtur seiner Auffassung nach bei einem derartigen Völkerdurcheinander als erwünschtes Endresultat in rassischer Hinsicht herauskommen sollte: Eine eurasisch-negroide Mischrasse. Also ein Menscheneinheitstyp, der einem rassistischen Konglomerat von einem Europäer, Asiaten und Neger entspräche.

Daß die Europäische Gemeinschaft eine Schöpfung der geheimen Bruderschaft ist, läßt sich allein schon beim Anblick ihrer Fahne mit deren fünfzackigen Sternen auf blauem Hintergrund erkennen. Denn Blau ist die Farbe der Logenkleidung eines Freimaurers, und das Pentagramm, also der fünfzackige Stern, ist die häufigste Repräsentationsmarke der geheimen Bruderschaft nach außen und damit quasi ihr „Hoheitszeichen“.

Ein nicht zu übersehendes Indiz für die dominierende Rolle, welche die Freimaurerei in der Europäischen Gemeinschaft spielt, ist auch die Tatsache, daß die Vertreter selbst jener politischen Bewegungen in der EG blendend miteinander auskommen, die sich in ihren Heimatländern wegen der ideologischen Welten, die zwischen ihnen liegen, fast permanent in die

Haare geraten: Die Liberalen, die Sozialisten und die Christdemokraten.

Der einzige Ort, in dem die Verfechter derartig gegensätzlicher Weltanschauungen in ähnlicher Weise einander versöhnlich begegnen, mustergültig friedlich nebeneinander sitzen und selbst nach unendlich langen Diskussionen ohne Streit wieder auseinander gehen, ist nämlich die Loge.

In Insiderkreisen besteht auch kein Zweifel mehr daran, daß die Europäische Gemeinschaft quer durch alle Parteien und Staaten, die in ihren Führungsgremien vertreten sind, eine personelle Hochburg der internationalen Freimaurerei ist. So berichtete die größte italienische Wochenzeitung „Famiglia Cristiana“ in ihrer Ausgabe vom 26. September 1991, daß „mindestens fünf der sieben sozialistischen Außenminister der EG Freimaurer sind“.

Und bei den von der geheimen Bruderschaft besonders leicht zu unterwandernden liberalen Parteien wird der Anteil an freimaurerischen EG-Politikern kaum geringer sein. Es ist sogar anzunehmen, daß selbst von den christdemokratischen EG-Politikern, die sich schon aus Glaubensgründen mit der atheistischen Logenbruderschaft nicht unbedingt verbrüdern sollten, vor allem jene das Sagen haben, denen die Öffentlichkeit nie zutrauen würde, unter der geheimen Decke der Freimaurerei zu stecken.

In welchem tatsächlichen Ausmaß die einzelnen Etagen der EG-Machtzentrale in Brüssel freimaurerisch verfilzt sind, wird in absehbarer Zeit wahrscheinlich kaum ans Tageslicht der Öffentlichkeit kommen. Dafür spricht allein schon der dubiose Lauf, den das Schicksal des Entschließungsantrages genommen hat, den

der britische Labour-Abgeordnete Terence Pitt im Frühjahr 1985 im EG-Parlament einbrachte.

Dieser freimaurerkritische Euro-Mandatar aus Birmingham verlangte nämlich in seinem Antrag vom Parlament der Europäischen Gemeinschaft, die alarmierende „Ausbreitung von Freimaurerlogen und Geheimbünden“ innerhalb der EG zu untersuchen und die besorgniserregenden Berichte zu überprüfen, „wonach höhere EG-Beamte, eingeschlossen Mitglieder und Bedienstete des EG-Parlaments, aktive Freimaurer sind“.

In Anbetracht der Übermacht der freimaurerischen Präsenz in den Entscheidungsgremien der EG dürfte der wegen seiner Zivilcourage bekannte Labour-Abgeordnete jedoch nicht nur die Aussichtslosigkeit, sondern auch die Gefährlichkeit seines Unterfangens bald begriffen haben, denn er zog seinen Entschließungsantrag selbst wieder zurück.

Um einen solchen beschämenden Rückzieher als Nichtbetroffener wirklich verstehen zu können, bedarf es unbedingt der praktisch von der gesamten Presse verschwiegenen Kenntnis, welchen gewaltigen Einfluß die Freimaurerei auf das öffentliche Leben im allgemeinen ausübt, und über welche ungeheuren Machtmittel sie im besonderen verfügt, um die ihr gefährlich werdenden Gegner kampfunfähig zu machen.

Dazu ist jedoch zunächst einmal notwendig, sich darüber klar zu werden, was die geheime Bruderschaft wirklich ist, oder - besser gesagt - in welche Kategorie von Organisationen man die Freimaurerei richtigerweise einreihen muß. Sie ist nämlich niemals das, was sie in der Öffentlichkeit mit gekonnt gespielter Bescheidenheit stets vorgibt zu sein: Eine diskrete Gesellschaft, in der

sich schwärmerische Geister verschiedenster Ideologien einfinden, um sich frei von jeglichen Vorurteilen über die beste aller möglichen Welten so ihre Gedanken zu machen.

Sie ist auch viel mehr als eine geheime Vereinigung, also ein Geheimbund, deren Mitglieder sich zu einer „Bruderkette“ zusammenschließen, um als verschworene Gemeinschaft von der Öffentlichkeit unbemerkt an die gesellschaftspolitisch interessantesten Schaltstellen und Schlüsselposition in allen Lebensbereichen leichter herankommen zu können.

Die Freimaurerei ist nämlich genau das, was sie im Bestreben, die öffentliche Aufmerksamkeit von sich abzulenken, hartnäckigst leugnet zu sein: Eine Partei. Sie ist zweifelsfrei eine Partei, weil sie das macht, was nur Vereine tun, die den Status einer Partei haben: Politik.

Was die geheime Bruderschaft sich zur Aufgabe gestellt hat, ist nicht nur Politik, auch nicht nur hohe Politik, sondern sogar höchste Politik, denn sie verfolgt ein politisches Ziel, wie es politischer und hochgesteckter wohl kaum noch sein kann: Die Integration aller Völker, Rassen und Nationen in einem einzigen Weltstaat mit einem Einheitsvolk, einer Einheitsrasse und einer Einheitsnation.

Die Freimaurerei ist daher geradezu der Prototyp einer Partei. Als eine bereits im Jahre 1717 gegründete Organisation ist sie zumindest de facto wahrscheinlich sogar die erste klassische Partei der Welt, da alle anderen Parteien der großen politischen Bewegungen des Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus erst wesentlich später auf den Plan getreten sind.

So wurde zum Beispiel die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs (SDAP) erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und die Arbeiterpartei in Großbritannien, die Labour Party, gar erst im Jahre 1900 gegründet.

Das heißt: Die Partei der Freimaurerei war schon viele Jahrzehnte lang aktiv, als ihre Konkurrenz, die anderen bedeutenden Parteien, noch gar nicht in Erscheinung traten, also alle miteinander noch schliefen, was der geheimen Bruderschaft zwangsläufig einen nicht unerheblichen Startvorteil brachte.

Der mit Abstand größte Vorteil dieser Partei bestand und besteht jedoch darin, daß sie etwas ist, was alle anderen Parteien nicht sind und nie sein können: Eine Geheimpartei. Eine Partei, die nicht nur ihre wahre Funktion geheimhalten, sondern auch bei der Durchführung ihrer Pläne in keiner Phase von irgend jemand gestört werden kann.

Was die Geheimpartei der Freimaurerei mit dieser Supertarnkappe allen anderen Parteien und Organisationen voraus hat, vermag man nur zu erfassen, wenn man sich einmal vorstellt, wie es der geheimen Bruderschaft bei ihren Machtexpansionsversuchen erginge, wenn ihr eine solche Möglichkeit der absoluten Abschirmung gegenüber der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung stünde.

Dann würde sie nämlich von allen Seiten mindestens ebenso gemieden und boykottiert werden wie jene militanten Gruppen der Gesellschaft, die im Verdacht stehen, als perfekt organisierte Elite in verschwörerischer Solidarität auf Biegen und Brechen alle Macht an sich reißen zu wollen.

Also ähnlich wie zum Beispiel die als gefährliche Intelligenzbestie verschieene Managergruppe des Wirtschaftssektors der weltweit verbreiteten "Scientology"-Gesellschaft, von der Sie sicherlich schon einmal gehört haben.

Damit Sie sich selbst ein Bild davon machen können, welchen Anfeindungen ein Vertreter dieser zum Unterschied von der Freimaurerei nicht geheimen Organisation ausgesetzt ist, werde ich Ihnen jetzt einen Artikel vorlesen, den der „Kurier“ in seiner Ausgabe vom 11. Juli 1992 veröffentlicht hat. Darin schreibt der Korrespondent dieser Tageszeitung in Bonn Georg Fürböck unter den beiden Titeln „Das Firmennetz der 'Scientologen' und „Die dubiose Sekte will sich bei Ex-DDR-Firmen einkaufen“ folgendes:

„Zu früh gefreut: Mit dem geplanten Baustahlkonzern des Gerhard Haag (39) ist es vorbei. Seine potentiellen Partner, die Berliner Treuhandanstalt (THA) und Krupp, gehen auf Distanz. Haags Manko: Der Eigentümer der Stahlbautechnik Neckar GmbH. Altbach ist Scientologe. Kein gewöhnliches Mitglied der dubiosen Sekte, sondern ein sogenannter Patron . Er soll rund 250.000 US-Dollar in die Kriegskasse, die zur Abwehr von Scientology-Gegnern dient, eingezahlt haben.

Fast schon zu spät zog die THA beim Verkauf ihres ostdeutschen Betriebes Stahlbautechnik Elbe die Notbremse. Der Kaufvertrag wurde suspendiert, so ein THA-Sprecher zum KURIER. Ausgesetzt hat auch Krupp die Kaufverhandlungen mit Haag über die Krupp Baustahl GmbH, in Berlin. Pfarrer Thomas Gandow, Sektenbeauftragter der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg: Er (Haag) und seine Firmen gehören zum World Institute of

Scientology Enterprises (WISE), dem ökonomischen Scientology-Arm.

Gegründet wurde Scientology, die Mitgliederzahl wird weltweit auf rund 5 bis 7 Millionen geschätzt, davon etwa 200.000 bis 300.000 in Deutschland, vom amerikanischen Science-fiction-Autor L.Ron Hubbard.

Die Zentrale in Florida stützt sich auf drei Säulen: Die CHURCH (Kirche) verkauft Kurse und betreibt Schulungen zu Wahnsinnspreisen. SOCO (Social Cordination) will gesellschaftliche Einrichtungen unterwandern. WISE ist der wirtschaftliche und lukrativste Ableger. Mit Tausenden Mitgliedern in mehr als 22 Ländern schafft sich WISE einen immer größer werdenden Einfluß in der Gesellschaft, so Scientologe Marc Yager am 5.Oktober 1990 in Lausanne.

Obwohl offiziell geleugnet, gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Glauben und wirtschaftlichen Engagement. Es gilt, den Plan für die Ausweitung auf das Geschäftsleben strikt umzusetzen. Auszüge daraus: Suche dir ein Geschäft aus, welches bereits sehr gut arbeitet. Wende dich an den höchsten Direktor und verbreite Scientology. Lokalisier SPs (Suppressive Persons = Scientology-Störer) in der Organisation und wirf sie hinaus.

Für Scientology-Aussteiger Norbert Potthoff ist Scientology nur noch eine Schutzmarke, ähnlich wie Coca-Cola und keine Religion. Potthoff: Es ist ein Organisationswerk in einer sehr perversen Form. Menschen werden als funktionierende Maschinen betrachtet und Scientologen als Übermenschen gesehen, die die Welt beherrschen und den Planeten erobern wollen.

Einfluß wird in der Wirtschaft, aber auch in der Politik gesucht. Die CDU erkannte die Gefahr. Seit Dezember 1991 gibt es einen Unvereinbarkeitsbeschuß zwischen Scientology- und CDU-Mitgliedschaft."

Soweit der Artikel in der österreichischen Tageszeitung „Kurier". Wie Sie daraus ersehen können, schützt sich jeder vor dem Eindringen der Scientology-Manager in seine Organisation nur deshalb, weil sich die Gefährlichkeit der angeblichen Machteroberungspläne dieser sogenannten Sekte inzwischen allgemein herumgesprochen hat.

Das ist auch der Grund dafür, daß die Christdemokratische Union die vorkehrende Entscheidung getroffen hat, jedem ihre Mitgliedschaft zu verweigern, der gleichzeitig ihr und dieser als verschwörerische Clique in Verruf geratenen scientologischen Bewegung angehören möchte.

Zu diesem „Unvereinbarkeitsbeschuß" wäre es jedoch sicherlich nicht gekommen, wenn die machthungrigen Scientologen ihre Expansionsaktivitäten genauso geheimhalten könnten wie die freimaurerischen Logenbrüder.

Denn gegenüber der Geheimorganisation der Freimaurerei hat die Christlich-Demokratische Union eine ähnliche Regelung noch nie auch nur in Erwägung gezogen, obwohl ein solches Verbot einer Doppelmitgliedschaft sogar um vieles gerechtfertigter wäre.

Im Vergleich zur Einschleuskapazität der geheimen Bruderschaft erscheint nämlich die Fähigkeit der Scientology-Gruppe, ihre Leute planmäßig in Machtzentren einzuschmuggeln bei aller Nichtunterschätzung geradezu lächerlich.

So ist dieser angeblich so gefährlichen Truppe wohl kaum das politische Husarenstück zuzutrauen, eine „Scientologisierung“ der CDU auch nur in Ansätzen völlig unauffällig zu bewerkstelligen.

Für die Geheimpartei der Freimaurerei wäre es hingegen durchaus kein unlösbares Problem, die ganze Christlich-Demokratische Union von unten bis oben zu unterwandern, ohne daß irgendein nichtfreimaurerischer Funktionär in der CDU und schon gar nicht die ahnungslose Öffentlichkeit in welcher auch immer gearteten Form davon Wind bekäme.

Und zwar deshalb, weil die Geheimhaltung der geheimen Oberen der geheimen Bruderschaft so perfekt funktioniert, daß es sogar den eigenen Mitgliedern verborgen bleibt, wo überall im ganzen Staat und in der ganzen Gesellschaft die Führung dieser Geheimpartei der Freimaurerei ihre unsichtbaren Machtfinger im Spiel hat.

6. KAPITEL

Die Freimaurerei ist nämlich die einzige Partei der Welt, in der sich die Parteispitze von der Parteibasis derartig abzusetzen verstand, daß alle, die „unten“ sind, nicht einmal ahnen, geschweige denn wissen, was jene, die „oben“ sind, tatsächlich planen und vor allem wirklich treiben.

Denn selbst die extrem auf eine Führerherrschaft ausgerichtete Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die NSDAP, und die nicht minder faschistisch organisierte Kommunistische Partei der Sowjetunion, die KPdSU, hatten nicht einmal am diktatorischen Höhepunkt ihrer Machtzentralen eine dermaßen autoritäre Organisationsstruktur, wie sie der Geheimpartei der Freimaurerei zur Verfügung steht und immer schon zur Verfügung gestanden ist.

Was das für die politische Praxis bedeutet, kann man natürlich nur erfassen, wenn man den organisatorischen Aufbau dieser in jeder Hinsicht einmaligen Partei zumindest in bezug auf die bedeutendsten Daten und Funktionen einigermaßen kennt.

Da ist einmal wichtig zu wissen, daß die Mitglieder der Geheimpartei der Freimaurerei, deren parteiübliche Kurzbezeichnung GPdFM lauten müßte, ausnahmslos Funktionäre sind. Allerdings nicht im rechtlichen Sinn, denn nach dem auch für die geheime Bruderschaft geltenden Vereinsgesetz, sind nur die Logenangehörigen Funktionäre, deren Namen der Behörde als Vorstandsmitglieder genannt werden.

Die Mitglieder der Geheimpartei der Freimaurerei sind daher nicht de jure, sondern de facto, also tatsächlich und nicht formell,

Funktionäre. Alle Angehörigen der Loge sind demnach De-facto-Funktionäre der GPdFM. Sie sind es deshalb, weil sie zum Unterschied von den Mitgliedern anderer Parteien für diese ihre Vereinigung auch Arbeiten verrichten und nicht nur einen finanziellen Beitrag leisten.

Entscheidend für den Rang, den ein Mitglied in der Hierarchie dieser Organisation einnimmt, ist sein freimaurerischer Grad, den es sich im Laufe seiner Zugehörigkeit durch strenge Beachtung von genau festgelegten Vorschriften erwerben kann, wobei es insgesamt 33 Grade gibt. Die ersten drei Grade sind die niederen Grade, und alles, was darüber liegt, gilt als Hochgrad.

Genau genommen müßte jedoch die Stufenleiter ab dem 30. Grad als Domäne der Höchstgrade bezeichnet werden, weil die eigentliche Führung der geheimen Bruderschaft in der Regel dem Kreis von Freimaurern vorbehalten ist, welche diese obersten Grade erreicht haben.

Auf die konventionelle Rangordnung einer Partei übertragen, präsentiert sich daher der organisatorische Stufenaufbau und die funktionelle Gliederung der Geheimpartei der Freimaurerei unter Berücksichtigung des freimaurerischen Gradreglements etwa folgendermaßen:

Die niederen Drei-Grad-Logen sind sozusagen die Orts-, Bezirks- oder Regionalparteileitungen der GPdFM. Die Hochgradlogen bis zum 29. Grad sind der organisatorische Mittelbau der Geheimpartei der Freimaurerei. Und die von Höchstgradfreimaurern repräsentierten Führungsgremien der GPdFM haben praktisch die souveräne Herrschaftsposition, welche in der KPd-

SU in der machtvollkommenen Ära Stalins das Politbüro und das Generalsekretariat einnahmen.

Die oberste Leitung der Freimaurerei hat sogar etwas, was nicht einmal Stalin und sein Führungsstab hatten: Die Garantie dafür, daß es gegen sie auf keinen Fall einen Aufstand des Parteivolkes geben kann. Die einfachen Parteisoldaten sind dazu nämlich allein schon deshalb nicht in der Lage, weil ihnen vollkommen unbekannt ist, wer zum Generalstab der Geheimpartei der Freimaurerei tatsächlich gehört.

So sind für hochgradige Freimaurer wohl die niedriggradigen Logenbrüder vom Rang her erkennbar, aber nicht umgekehrt, denn ein Hochgradfreimaurer darf sich als solcher einem nur dreigradigen Freimaurer genau so wenig zu erkennen geben wie der „profanen“ Welt der Nichtfreimaurer. Aus diesem Grunde ist es ihm auch strengstens verboten, sich in der seiner Stufe entsprechenden Prunklogenkleidung zu zeigen, wenn er nicht unter seinesgleichen ist.

Das heißt: Ein führendes Mitglied des De-facto-Politbüros der Geheimpartei der Freimaurerei kann in einer Drei-Grad-Loge als Gast sitzen, ohne daß irgend einer der „Brüder“ in der Runde bemerkt, welcher hoher Funktionär sich mitten unter ihnen befindet.

Diese absolute Anonymität der Parteispitze verleiht der gesamten GPdFM-Führung zwangsläufig auch eine optimale Immunität. Auf gut deutsch: Die Spitzenfunktionäre der Geheimpartei der Freimaurerei sind gegenüber der Parteibasis völlig unangreifbar, weil sie im Zusammenhang mit ihrer Parteitätigkeit im

wahrsten Sinn des Wortes nicht einmal greifbar, geschweige denn angreifbar sind.

In Anbetracht dieser totalen Abnabelung der freimaurerischen Partei-Oberen von den freimaurerischen Partei-Unteren erhebt sich zwangsläufig die Frage, wie in einer solchen Organisation die Befehlsstruktur funktionieren kann. Völlig abgeschnitten von ihren Befehlsempfängern, hat die oberste Leitung der GPdFM ja nicht die Möglichkeit, die klaren Orders zu geben, ohne die selbst die durchorganisierteste Partei nicht auszukommen vermag.

Die De-facto-Funktionäre der Geheimpartei der unteren Ebene sind ja keine Gedankenleser, um sich ein Bild davon machen zu können, was die Parteiführung aktuell vor allem, welche konkreten Aktivitäten diese von hat und vor ihnen erwartet.

Die genialen Denker der geheimen Bruderschaft haben jedoch schon vor geraumer Zeit auch für dieses Problem eine Lösung gefunden, die sich bestens bewährt: Das freimaurerische Geheiminstruktionssystem.

Der Erfolg dieses Systems beruht darauf, daß die Ausführungsorgane der GPdFM unmißverständliche Instruktionen erhalten, ohne zu wissen, von wem diese wirklich kommen, und - was mindestens ebenso wichtig ist - die Öffentlichkeit von der geheimen Einbahnkommunikation nichts erfährt.

Diese Wirkung ist nur möglich, indem dieser Top-Secret-Instruktionsprozeß nicht innerhalb, sondern außerhalb der Organisation der Geheimpartei der Freimaurerei erfolgt. Zum Beispiel im Rahmen der international elitären Gruppe der „Bilderberger“, die jährlich zu einer Tagung zusammenkommen.

Die Zusammenkünfte dieser von den Organisatoren mit großer Sorgfalt ausgewählten Prominenz aus den Vereinigten Staaten von Amerika, aus Kanada und aus Europa sind nichts anderes als freimaurerische Geheiminstruktionskonferenzen.

Dafür spricht nicht nur die mit keinem vernünftigen Grund erklär-bare und für die Freimaurerei typische Geheimhaltung der Ge-spräche, sondern auch das Phänomen, daß die Teilnehmer dieser Treffen trotz brisantester Tagesordnungspunkte miteinander bestens auskommen, obwohl sie - als Liberale, Sozialisten und Konservative politisch kunterbunt zusammengewürfelt - Interpreten unterschiedlichster Ideologien sind, deretwegen sie sich in der Öffentlichkeit bei Auseinandersetzungen mit ebenso konträr Andersgesinnten nur zu oft in die Haare geraten.

Der einzige Ort, an dem Menschen mit derartig gegensätzlichen Weltanschauungen ähnlich versöhnlich einander begegnen, friedlich nebeneinander sitzen und selbst nach außerordentlich langen Diskussionen ohne jeden Streit wieder auseinander gehen, ist nämlich die freimaurerische Loge.

Das heißt: Auf dem scheinbar neutralen Parkett einer von der Öffentlichkeit isolierten „Bilderberger“-Tagung erhalten die Befehlsempfänger unter den De-facto-Funktionären der GPdFM aus dem unverdächtigen Munde eingeweihter Vortragender, die über die politische Weltlage und den daraus resultierenden aktuellen Problemen getarnt wertfrei referieren, gezielt jene freimaurerischen Geheiminstruktionen, welche die führenden Hoch- und Höchstgradfreimaurer in der Loge nicht geben können, ohne sich der Gefahr auszusetzen, ihr streng gehütetes Funktions-Inkognito zu lüften.

Unter denen, die auf diesem verschleierte Umwege von der Führung der Freimaurerei die Geheiminstruktion übermittelt bekommen, wie sie sich aus freimaurerischer Sicht politisch richtig zu verhalten haben, ist auch der derzeitige Bundeskanzler der Republik Österreich Franz Vranitzky, der zu allen Tagungen der „Bilderberger“ eingeladen wird und es auch nicht unterläßt, daran regelmäßig teilzunehmen.

Dieser Mann ist nämlich, wie ich in meinem Buch „Who is who ohne Maske - Das wahre Gesicht der Freimaurerei“ aufzeige, bloß formell der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, in Wirklichkeit jedoch ein De-facto-Funktionär der Geheimpartei der Freimaurerei. Und zwar selbst dann, wenn er, was ich nicht ausschließe, keiner Loge angehört. Denn man kann auch bei der GPdFM, genauso wie bei fast jeder anderen Partei, sogar eine wichtige Funktion ausüben, ohne deshalb unbedingt formell Mitglied dieser Organisation sein zu müssen.

Österreichs Bundeskanzler hat daher größtes Interesse daran, daß dieser freimaurerische Geheiminstruktionsdraht, der ihn mit seiner wirklichen Partei verbindet, niemals der breiten Öffentlichkeit bekannt wird. Wie weit er zu gehen bereit ist, nur damit diese Wahrheit nicht zum Anlaß einer öffentlichen Diskussion zu werden droht, weiß ich aus eigener Erfahrung.

Ich hatte nämlich Gelegenheit, den derzeitigen Chef der österreichischen Regierung auf die Probe zu stellen, wie er reagiert, wenn er mit diesem Faktum in einer beschränkten Öffentlichkeit konfrontiert wird. Das Provokationsmittel war ein „Steckbrief“, den ich verfaßt und das „Bürgerschutzkomitee“, dessen Sprecher ich bin, im Frühjahr 1992 verbreitet hatte.

Dieses Flugblatt war übertitelt mit der Schlagzeile: „Ist Franz Vranitzky ein Geheimagent der Bilderberger ?“ Unter einem größeren Foto des Bundeskanzlers stand der Bildtext: „Seine verstohlene Teilnahme an streng vertraulichen internationalen Privatkonferenzen gibt besorgten Bürgern immer mehr Rätsel auf“. Welche Rätsel das sind, konnte man nebenstehender Kurzinformation entnehmen, die folgenden Wortlaut hatte:

„An einem abgeschirmten Ort, jeweils in einem anderen Land, kommen unter Ausschluß der Öffentlichkeit jedes Jahr rund hundert der einflußreichsten und mächtigsten Persönlichkeiten der Welt zu einem streng vertraulichen Gespräch zusammen: Die Bilderberger. Von Insidern so benannt, weil ihr erstes Treffen im Jahre 1954 im Hotel 'Bilderberg' in der niederländischen Stadt Oosterbeek stattfand.

Dieser exklusive Kreis hochrangiger Politiker, gewichtiger Wirtschaftsführer, maßgeblicher Gewerkschafter, namhafter Wissenschaftler, hochkarätiger Militärs und Vertreter bedeutender Massenmedien legt größten Wert auf Diskretion, weshalb die Namen der Konferenzteilnehmer nur auf Umwegen zu erfahren sind.

So war es gar nicht so leicht herauszufinden, daß bei der letzten Österreich-Tagung, die 1989 im 'Interalpenhotel' in Telfs in Tirol stattfand, unter anderem folgende Superprominenz vertreten war: Der ehemalige amerikanische Außenminister und ständige Sonderbeauftragte für heikle internationale Angelegenheiten Henry Kissinger, Deutschlands Bundeskanzler Helmut Kohl, der Chef des World Wildlife Fund Prinz Philip von Edinburgh, der italienische Industriemagnat und Fiat-Boß Giovanni Agnelli und

die graue Eminenz der Hochfinanz und Weltpolitik David Rockefeller.

Alle Gespräche finden stets hinter verschlossenen Türen statt, denn auch für die Presse gilt die totale Informationssperre. Das bedeutet, daß die 'Bilderberger' auf ihren geheimen Konferenzen etwas besprechen, was die breite Öffentlichkeit nicht erfahren darf. Es besteht daher der dringliche Verdacht, daß bei diesen Zusammenkünften Entscheidungen von weltpolitischer Bedeutung getroffen werden, wie zum Beispiel die Integration Europas.

Mit einer erstaunlichen Regelmäßigkeit nimmt bei diesen geheimen Privatkonferenzen auch Franz Vranitzky teil. Nicht nur seit er als Finanzminister und Bundeskanzler Mitglied der Regierung ist, sondern auch schon zu einer Zeit, als er lediglich Manager der Creditanstalt und der Länderbank war.

Eine Tatsache, von der die meisten Österreicher keine Ahnung haben. Die wenigen Bürger, die davon wissen, stellen sich daher die naheliegende Frage, was Österreichs Regierungschef in dieser Runde überhaupt zu tun hat, vor allem, welche Rolle er dort spielt.

Ob er vielleicht gar nur die Funktion des Befehlsempfängers eines kleinen Staates hat, und daher ohne Rücksicht auf die Interessen Österreichs bloß als Erfüllungsgehilfe der internationalen Machtpolitik fungiert.

Dafür spricht nicht zuletzt das Transitabkommen, das die Vertreter unseres Landes in vorseilendem Gehorsam noch vor der Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Gemein-

schaft unterschrieben haben, wodurch Österreich das einzige Faustpfand, welches es bei den EG-Verhandlungen gehabt hätte, völlig unnötig aus der Hand gab."

Von diesem Flugblatt wurden rund 50.000 Exemplare gezielt versandt, wovon allein mehr als 18.000 Exemplare an alle Postadressen im ersten Wiener Bezirk gingen, in dem nicht nur das Bundeskanzleramt domiziliert, sondern auch die wichtigsten Dienststellen der Hoheitsverwaltung Österreichs ihren Sitz haben.

Das bedeutete: Außer vielen Meinungsbildnern aus verschiedensten Bereichen in ganz Österreich erhielten auch hohe und höchste Beamte der staatlichen Administration einschließlich der unmittelbaren Umgebung des Regierungschefs Kenntnis von diesem „Steckbrief“ mit dem nicht zu übersehenden Titel „Ist Franz Vranitzky ein Geheimagent der 'Bilderberger'?".

Trotz dieses publizistischen Eklats gab es im Zusammenhang mit dem provokanten Flugblatt nicht die leiseste Reklamation seitens des Bundeskanzlers. Also kein Antrag auf eine Beschlagnahme, auch keine wie immer geartete Klage, ja es kam nicht einmal irgendein Dementi.

Das heißt: Offensichtlich nur deshalb, um nicht noch mehr Staub aufzuwirbeln und damit zwangsläufig die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit darauf zu lenken, ließ der Bundeskanzler der Republik Österreich Franz Vranitzky sogar den für ihn mehr als beschämenden Verdacht unwidersprochen auf sich sitzen, er sei in Wirklichkeit kein Interessenvertreter seines eigenen Landes und eigenen Volkes, sondern ein Geheimagent einer höchst fragwürdigen fremden Macht.

Allein daraus ist deutlich erkennbar, wie sehr es diesem Mann daran gelegen ist, die peinliche Tatsache nicht in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, daß der eigentliche Zweck seiner regelmäßigen Teilnahme an den „Bilderberger“-Konferenzen in all den Jahren darin bestand, sich auf indirektem Wege aktuelle Geheiminstruktionen von der obersten Führung der politischen Organisation zu holen, die für ihn nicht nur gegenüber seinem Heimatland, sondern auch gegenüber seiner offiziellen Partei absoluten Vorrang hat: Die Geheimpartei der Freimaurerei.

Merkwürdigerweise erhält Österreichs Bundeskanzler beim Vertuschen dieses Faktums ausgerechnet von den Leuten Schützenhilfe, deren Aufgabe das gerade Gegenteil von Vertuschen ist: Den Aufdeckungsjournalisten im allgemeinen und den Schlüsselochreportern im besonderen. Diese machen nämlich um alles, was mit den „Bilderbergern“ zusammenhängt, etwas, das sie sonst nicht zu machen pflegen: Einen großen Bogen. Das trifft nicht nur auf Österreichs Medien zu, denn es gilt praktisch für die Medienlandschaft in der ganzen Welt.

Diese für die neugierigste aller Branchen, die Gilde der Bericht-erstatte, geradezu berufswidrige Zurückhaltung hat die internationale Agentur für Hintergrundinformationen „Code“ veranlaßt, unter führenden Presseorganen in Washington, New York, London und Paris eine zweitägige Telefon-Umfrage durchzuführen, um herauszubekommen, weshalb die etablierten Medien die jährlichen Geheimkonferenzen der „Bilderberger“ beharrlich und absichtlich ignorieren, obwohl diesen in Insider-Kreisen bereits die politische Bedeutung einer Art internationalen Schattenregierung beigemessen wird.

VWie die befragten Spitzenjournalisten darauf reagierten, hat "Code" in seiner Nr.8/1992 auszugsweise wiedergegeben. Ich greife davon nur jene Antworten heraus, die für die Beziehung der Medien zu den „Bilderbergern" bezeichnend sind.

So erklärte die Finanzreporterin der „New York Post" Jenifer Shaw auf die Frage, warum auch in ihrer Zeitung über die mysteriösen Jahreszusammenkünfte dieser einflußreichsten Persönlichkeiten nichts zu lesen sei: „Die Bilderberger? Ich kann Ihnen wirklich nicht sagen, wer sie sind... Ich glaube nicht, daß irgendjemand von uns jemals beauftragt wurde, darüber zu berichten."

Der Rundfunkjournalist Emil Teron, den der Korrespondent von „Code" in Holland erreichte, meinte ehrlich: „Den Medien des Hauptstroms wurde gesagt, oft von ihren eigenen Redakteuren und Herausgebern, die Finger von den Bilderbergern zu lassen." In diesem Sinne ist sicherlich auch die Spontanreaktion einer Wirtschaftsredakteurin der führenden französischen Wochenzeitung „L Express" zu deuten, die nur die paar Worte „Les Bilderberger? Oh, non, non, non!" in den Telefonhörer rief und danach abrupt auflegte.

Typisch für die Hilflosigkeit, mit der die befragten Medienleute ihr unmotiviertes Schweigen über ein politisches Kartell in der Größenordnung dieser Vereinigung zu rechtfertigen versuchen, war auch die Antwort, die John Grimmin, ein Auslandsredakteur der einflußreichen internationalen Wochenzeitung „Economist", die in England erscheint, gegeben hat:

„Ich nehme an, die Bilderberger haben ihre Schlacht um Geheimhaltung gewonnen", sagte Grimmin und begründete diese Nie-

derlage der Massenmedien mit dem für einen journalistischen Profi geradezu lächerlichen Argument: „Sie haben sich so lange und so intensiv verschworen, daß die Presse sie völlig aus den Augen verloren hat.“

Bis jetzt haben nämlich die Superschnüffler der Medien noch jede politische Organisation aufgespürt, an deren Aufspürung sie interessiert waren. Vor allem, wenn es sich dabei um eine Gesellschaft handelte, die mit Prominenz so gespickt ist wie die internationale Paradecrew der „Bilderberg“-Gruppe.

7. KAPITEL

Es steht daher eines fest: Wenn die gesamte Welpresse diesen exklusiven Kreis der politischen High-Society der Welt aus den Augen verlor, dann nicht deshalb, weil sich dieser so lange und so intensiv verschworen hat, sondern weil sie ihn aus den Augen verlieren wollte.

Und das mit gutem Grund. In den Massenmedien sitzen nämlich weltweit sowohl die verlässlichsten als auch die wichtigsten Außenstellenmitarbeiter der Geheimpartei der Freimaurerei: Die freimaurerischen Verleger, die freimaurerischen Herausgeber, die freimaurerischen Chefredakteure und die freimaurerischen Redakteure, deren heikle Aufgabe es ist, alles daranzusetzen, damit das nicht unkomplizierte Geheiminstruktionssystem der Freimaurerei auch auf breitester Basis klaglos funktioniert.

In die Parteisprache übersetzt heißt dies: Die freimaurerischen Medienmacher in den bedeutenden Agenturen, Nachrichtenmagazinen, Tageszeitungen, Radiostationen und Fernseh-anstalten haben in allen Ländern dafür zu sorgen, daß die geheimen Instruktionen, welche die geheime Führung der Geheimpartei der Freimaurerei über geheime Informationskanäle ausgibt, sämtliche De-facto-Funktionäre der GPdFM tatsächlich erreichen und von diesen auch wirklich befolgt werden.

Um solche geheimen Parteibefehle überhaupt weiterleiten zu können, müssen die GPdFM-Vertrauensleute in den Medien selbstverständlich erst einmal selbst zu diesen kommen, was keineswegs so einfach ist, denn selbst die einflußreichsten Journalisten unter den freimaurerischen Medienleuten haben

nur in den allerseltensten Fällen einen persönlichen Dauerkontakt mit den höchsten Geheimführern der Partei.

Es erhebt sich daher die Frage, auf welchen geheimen Wegen jene unzähligen De-facto-Funktionäre der GPdFM in den zahlreichen Medien die für sie zur Weitergabe unbedingt notwendigen Geheiminstruktionen in Erfahrung bringen, die über einen solchen - nur den „Auserwählten“ zustehenden - Direktdraht zur Parteispitze nicht verfügen.

Einige von ihnen werden auf gleiche Weise freimaurerisch instruiert wie der derzeitige österreichische Regierungschef Franz Vranitzky, also im Rahmen der jährlichen Geheimkonferenzen der „Bilderberger“.

Damit Sie sich ein Bild machen können, welche prominente Journalisten aus welchen Ländern und von welchen Medien sich bei solchen Treffen die aktuellen Geheiminstruktionen der GPdFM-Führung holen, werde ich Ihnen jetzt die neun Spitzenleute aus der internationalen Zeitungsbranche bekanntgeben, die an der „Bilderberger“-Tagung teilnahmen, welche vom 6. bis 9.Juni 1991 in Baden-Baden stattfand:

„The Wall Street Journal“-Herausgeber Robert Bartley aus USA, Conrad Black vom „The Daily Telegraph“ aus Kanada, „Die Zeit“-Korrespondent Christoph Bertram aus Deutschland, „Berlinske Tidende“-Herausgeber Aage Deleuran aus Dänemark, „Helsingin Sanomaf“-Herausgeber Aatos Erkko aus Finnland, Katharine Graham von „The Washington Post“ aus USA, „Le Point“-Chefredakteur Claude Imbert aus Frankreich, „Mandelsblad“-Chefredakteur Ben Knapen aus Holland und „Die Zeif“-Chefredakteur Theo Sommer aus Deutschland.

Es gibt jedoch auch noch andere exklusive Geheimzirkeln, in denen sich ein freimaurerischer Presseemann die von der GPd-pM-Zentrale diskretest herausgegebenen und unverdächtig in Umlauf gebrachten Geheiminstruktionen für alle De-facto-Funktionäre der Partei beschaffen kann.

Zum Beispiel die Logen der Drei-Grad-Freimaurer. Jeder Journalist, der einer solchen Loge angehört und gut zuzuhören versteht, was ihm meist schon von seinem Beruf her kaum schwerfällt, hat nämlich dort im Rahmen der regelmäßigen Zusammenkünfte ausreichend Gelegenheit, die aktuellen Geheimbefehle des freimaurerischen Oberkommandos für das freimaurerische Fußvolk auskundschaften zu können.

Daß auch eine Loge der unteren Grade als Anzapfstelle für Geheiminstruktionen, die aus der Chefetage der Freimaurerei kommen, ebenso ergiebig zu sein vermag wie eine hochgradige „Bilderberger“-Konferenz, kann ich gewissermaßen aus eigener Erfahrung bestätigen.

So hatte ich in der Zeit, als ich innenpolitischer Redakteur der Tageszeitung „Kurier“ war, die Möglichkeit, in dieser Hinsicht einen praktischen Vergleich anzustellen, und zwar zwischen den beiden Chefredakteuren, unter deren abwechselnder Leitung ich damals meine journalistische Arbeit verrichtete:

Dem De-facto-Funktionär der Geheimpartei der Freimaurerei Eberhard Strohal, dessen einträglichste Bezugsquelle bei der indirekten Beschaffung seiner Geheiminstruktionen offensichtlich die Loge gewesen sein dürfte, und dem De-facto-Funktionär der Geheimpartei der Freimaurerei Hugo Portisch, der seine

Geheiminstruktionen auch als Teilnehmer einer „Bilderberger“-Tagung einholen konnte.

Und ich komme, wenn ich rückblickend diesen Vergleich ziehe, zu dem Ergebnis, daß der vermutlich nur auf Logeninformationen angewiesene Freimaurer Eberhard Strohal auch in strittigsten Fällen und unklarsten Situationen um nichts weniger davon zu wissen schien, was die oberste Führung der GPdFM von einem Mann in seiner Position erwartete, wie der freimaurerische „Bilderberger“ Hugo Portisch.

Verleger, Herausgeber, Chefredakteure und Redakteure, welche in ihren Medien für die GPdFM arbeiten, sind jedoch keineswegs nur auf Logen oder Exklusivclubs a la „Bilderberger“ angewiesen, um die indirekten Weisungen der geheimen Parteileitung in Erfahrung zu bringen.

Damit sie ihre aktuellen Absichten und Vorhaben allen Medien, die in ihrem Dienste stehen, weltweit kundtun und trotzdem absolut anonym bleiben kann, hat die Führung der Geheimpartei der Freimaurerei nämlich eine publizistische Methode ganz besonderer Art entdeckt, die ungemein effizient ist, obwohl sie ein Widerspruch in sich zu sein scheint: Die öffentlichgeheime Mitteilung.

Wie diese in jeder Hinsicht einmalige Nachrichtenübermittlungstechnik funktioniert, kann man einem Bericht entnehmen, den der Schweizer Hintergrund-Informationsdienst „Memopress“ in seiner Nr. 1/1992 veröffentlicht hat und in dem unter anderem folgendes zu lesen ist: „Es gibt keinen einfacheren, billigeren und wirkungsvolleren Weg für die Weitergabe von Signalen als den der verschlüsselten Veröffentlichung in weitverbreiteten, überre-

gionalen und zum Teil im Verbund arbeitenden Zeitungen und Zeitschriften wie 'New York Times', 'Washington Post', 'Welt', 'Frankfurter Allgemeine', 'Le Monde', 'La Stampa', 'Neue Zürcher Zeitung', 'El Pais', 'The Times', 'Spiegel', 'Stern', 'L Express', 'Time' usw.

Auf Grund ihrer weltweiten Verbreitung eignet sich die seit 1887 in Paris veröffentlichte, von den beiden erstgenannten US-Zeitungen herausgegebene 'International Herald Tribune' (IHT) besonders für diese Aufgabe. Auf 16 Seiten bringt sie werktäglich Nachrichten, Berichte und Analysen aus der ganzen Welt und von einer Informationsdichte, auf Grund derer sie die 'best-gemachte Zeitung der Welt' genannt wurde.

Ihre Leitartikel, die häufig mit den Karikaturen zusammengehen, bringen klar zum Ausdruck, welche Regierungen und Politiker sich auf dem Wege in die neue Ordnung einer Weltregierung richtig oder falsch verhalten. Lob und Unterstützung weichsein mit Tadel und Bedrohung, offen oder versteckt.

In diesem Zusammenhang werden Mitarbeiter und Mitläufer, solange sie noch nicht fallengelassen wurden, gewöhnlich dadurch erkenntlich gemacht, daß man von ihnen fast ausnahmslos Bilder mit entsprechenden Handzeichen und Gesten, versehen mit einem vielsagenden Text, bringt, während Gegner, Nichteingeweihte oder Ausgestoßene, die diese Gesten ebenso häufig machen wie jeder andere Mensch oder auch um sich dadurch zu empfehlen, nur mit aussagelosen Fotos abgebildet werden."

Nach einer Untersuchung des US-Senatsausschusses, der die Central Intelligence Agency (CIA) untersuchte, werden rund 90

Prozent der geheimen Nachrichtenübermittlung mittels solcher verschlüsselter Texte und Bilder über die Medien weitergegeben.

Zur Veranschaulichung derartig getarnter Veröffentlichungen der „International Herold Tribune“ (IHT) bringt „Memopress“ in diesem Bericht auch einige Beispiele wie etwa die bildlich chiffrierte Ankündigung einer kurz bevorstehenden freimaurerischen Ächtung des rhodesischen Premiers Smith, deren verbale und optische Verschlüsselung in dem Schweizer Informationsdienst folgendermaßen beschrieben wird:

"Am 25.Januar 1977 erschien ein Teil der Auflage der 'IHT' mit dem signallosen Bild des rhodesischen Premiers (Odd Fellow Richtung der Freimaurer) und der andere Teil mit einem Bild mit Signal (Zeigefinger, richtungweisend) von Ivor Richards, der im Namen Englands als UNO-Direktor in New York fungiert. Er nannte Smiths Ablehnung des britischen Planes eine Tragische Entscheidung'."

Durch die Veröffentlichung des freimaurerisch abwertenden Fotos vom damaligen rhodesischen Regierungschef Smith war daher jedem Journalisten, der die verschlüsselte Bildinformation in der „IHT“ las und auch richtig zu deuten vermochte, sonnenklar, daß die oberste Führung der Geheimpartei der Freimaurerei diesen Mann zum Abschluß freigegeben hatte.

Die der Freimaurerei dienenden Redakteure brauchten in aller Welt deshalb nur noch dafür zu sorgen, daß dieser freimaurerische Verräter international jegliche Reputation verlor und unter dem Druck der öffentlichen Meinung zu guter Letzt sogar in den

eigenen politischen Reihen vor den Anfeindungen seiner Gegner Kapitulieren mußte.

Allein aus diesem Beispiel ist deutlich zu erkennen, wie relativ leicht die tatsächlichen Machthaber der Geheimpartei der Freimaurerei vom unentdeckbaren Versteck ihres Führerhauptquartiers aus über ihre Helfer und Helfershelfer in den Massenmedien weltweit alle De-facto-Funktionäre der GPdFM zu lenken und zu disziplinieren vermögen.

Die Parteispitze braucht sich daher selbst bei personellen Säuberungsaktionen großen Stils ihre Hände nicht im geringsten schmutzig zu machen, denn diese Dreckarbeit besorgen die ihr hörigen Redakteure in den Medien.

Das heißt im Klartext: Wer die Parteibefehle der GPdFM-Zentrale nicht befolgt, also innerparteilich nicht spurt, wird von den außerhalb der Organisation tätigen Mitarbeitern in Presse, Hörfunk und Fernsehen nach allen Regeln der Manipulationskunst an den öffentlichen Pranger gestellt und - falls dies nicht reicht - der freimaurerischen Medienlynchjustiz zur journalistischen Hinrichtung übergeben.

Zur Maßregelung undisziplinierter Parteifunktionäre muß sich die oberste Führung der Geheimpartei der Freimaurerei jedoch nur höchst selten einer derart scharfen Medienmunition bedienen. In den meisten Fällen, vor allem bei bloß geringfügigen Abweichungen von der Parteilinie, genügt nämlich auch eine Verwarnung oder - um im Fußballjargon zu sprechen - eine „Gelbe Karte“.

Wie eine „Gelbe Karte“ aussieht, die ein „De-facto-Funktionär der GPdFM via Medien erhält, wenn sein Verhalten nicht den Vorstellungen der Parteispitze entspricht, werde ich Ihnen jetzt am Beispiel eines Mannes zeigen, von dem man eigentlich nicht annimmt, daß es an ihm in freimaurerischer Hinsicht etwas auszusetzen gibt: Dem derzeitigen Bundeskanzler Österreichs Franz Vranitzky. Dieser Politiker gilt nämlich - besonders in Insider-Kreisen - geradezu als Vorbild an freimaurerischer Disziplin. Und zwar deshalb, weil er gegenüber der geheimen Bruderschaft genau das perfekt praktiziert, was man gemeinhin unter voraussetzendem Gehorsam versteht.

Trotzdem hat die Führung der GPdFM einen Bereich entdeckt, in dem auch dieser ansonsten mustergültig brave Geheimpartei-soldat das freimaurerische Plansoll offensichtlich nicht zu erfüllen bereit ist: Die Flüchtlingspolitik. Denn auf diesem Gebiet gibt es im ganzen Land nur einen einzigen De-facto-Funktionär der Geheimpartei der Freimaurerei, der seine Parteivorgesetzten vollends zufrieden zu stellen vermag: Der Präsident der Österreichischen Caritas Helmut Schüller.

Der Leiter dieser katholischen Hilfsorganisation legt nämlich im Zusammenhang mit der von freimaurerischer Seite massivst forcierten Völker- und Rassenvermischung ein Tempo vor, bei dem selbst dem auf extreme Ausländerfreundlichkeit trainierten Bundeskanzler die Luft weg bleibt.

So müßte nach Auffassung des Chefs der Caritas die Republik Österreich auch im Falle eines Massenansturms Wirtschaftsflüchtlinge nicht nur aus den ärmsten Gegenden Ost- und Südeuropas, sondern aus allen Elendszonen der Welt, insbesondere aus Schwarzafrika, unbehindert ins Land lassen.

Eine derart kühne Öffnung der österreichischen Grenzen kann sich Franz Vranitzky bei aller freimaurerischen Solidarität mit Helmut Schüller jedoch schon allein mit Rücksicht auf seine Funktion als Vorsitzen der der Sozialdemokratischen Partei Österreichs einfach nicht leisten.

Seine sozialistischen Genossen haben nämlich nicht das mindeste Interesse daran, daß soviele Schwarze aus Schwarzafrika in Österreich sich niederlassen können und in diesem Land in zwangsläufiger Ermangelung ordentlicher Arbeitsplätze notgedrungen solange schwarz arbeiten dürfen, bis auch ein großer Teil der nichtschwarzen Bevölkerung vor der Notwendigkeit steht, sich zur Bestreitung des Lebensunterhaltes eine Schwarzarbeit suchen zu müssen.

Bundeskanzler Vranitzky weiß von dieser Stimmungslage in seiner SPÖ natürlich Bescheid. Das ist auch der Grund dafür, daß er die Umwandlung Österreichs in eine multikulturelle Gesellschaft bei allem Elan, den er aufbietet, doch nicht mit dem Schwung in Angriff nimmt, den die Freimaurerei von ihm erwartet, und bei der unpopulären Einwanderungspolitik gemeinsam mit dem dafür zuständigen Innenminister wenigstens gelegentlich öffentlichkeitswirksam auf die Bremse steigt.

Die oberste Führung der Freimaurerei hat jedoch für das Dilemma, in dem sich Franz Vranitzky in seiner Doppelfunktion als offizieller Interessenvertreter der arbeitenden Bevölkerung Österreichs einerseits und als Geheimagent der GPdFM andererseits befindet, nicht das geringste Verständnis.

Das geht zumindest aus der Verwarnung hervor, welche die geheime Bruderschaft dem österreichischen Regierungschef

zukommen ließ. Nicht direkt natürlich, sondern durch einen Mittelsmann: Den Chefredakteur des Nachrichtenmagazins „profil“ Hubertus Czernin, der in seinem Leitartikel vom 27. Juli 1992 Franz Vranitzky unmißverständlich an seine freimaurerischen Pflichten erinnerte.

Selbstverständlich formulierte Hubertus Czernin diesen Leitartikel so geschickt, daß dessen wahrer Zweck nicht offenkundig wurde. Er fiel daher auch nicht gleich mit der Tür ins Haus, sondern reihte den eigentlichen Anlaß dieser Verwarnung, die aus freimaurerischer Sicht viel zu laxer Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, erst an den Schlußteil seiner Ausführungen.

Für ständige Leser des „profil“ war allein schon die Frage ungewöhnlich, mit welcher der Chefredakteur diese „Gelbe Karte“ der Freimaurerei für den Bundeskanzler übertitelte. Sie lautete nämlich: „Was ist bloß mit Vranitzky los?“ Eine Überschrift mit einem zweiflerischen Unterton, den das für seine ätzende Kritik bekannte Nachrichtenmagazin bis dahin immer nur gegen öffentliche Absteiger, aber nie gegen den in der politischen Hitparade ganz oben stehenden Regierungschef als journalistische Waffe wirksam einzusetzen wußte.

Um diesen auffallenden Unterschied zur früheren Hofberichterstattung des „profil“ über den angeblichen Superstar der österreichischen Politik Franz Vranitzky noch vor der Lektüre seines Leitartikels begründet erscheinen zu lassen, zog Hubertus Czernin bereits im Vorspann das Resümee: „Der Kanzler zeigt zum ersten Mal in seiner Amtszeit Verschleißerscheinungen.“

Was diesem plötzlich verschlissenen Spitzenpolitiker droht, wenn er so weitermacht, also wenn er sich weiterhin so verschleißt,

beschrieb der Chefredakteur des Nachrichtenmagazins mit folgenden Worten:

„Den Urlaub in Kärnten hat der Kanzler dringend nötig. Zuviel ist Franz Vranitzky in den vergangenen Wochen und Monaten schiefgelaufen. Erst hat er mit einem Kandidaten, den er mit viel Überredungskunst in das Rennen um das höchste Amt gezwungen hatte, die Präsidentschaftswahlen verloren. Dann wurde er anlässlich der Bestellung des neuen Rechnungshofpräsidenten vom Koalitionspartner öffentlich blamiert.

Die Verstaatlichte, deren Umstrukturierung und scheinbare Sanierung eine der wenigen Erfolgsstories der Regierung war, stürzte ihn in die nächste Krise. Und bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms aus Bosnien-Herzegowina läßt Franz Vranitzky seit Monaten seinem Innenminister freie Hand, so als gingen ihn die Vertriebenen kaum etwas an.

Jahrelang war Vranitzky die unbestrittene Nummer eins der österreichischen Politik. So unangefochten wie er die Meinungsforschung dominierte, so wenig konnten ihm Partei- und persönliche Affären etwas anhaben. Die Serien-Rücktritte sozialistischer Spitzenpolitiker, die Debatte um die eigenen Länderbank-Privilegien: Alles überstand er unbeschadet.

Mehr noch, in zwei Wahlgängen führte er seine Partei trotz starken Gegenwinds zu beachtlichen Erfolgen. Den Frust über die Regierungspolitik bekam ausschließlich die Volkspartei ab. Nun scheint der Wind zu drehen. In der Popularitätshitparade mußte Vranitzky dem neuen Bundespräsidenten den ersten Platz überlassen. Immer öfter kritisieren Kommentatoren - auch dem Kanzler wohlgesinnte seine zögerliche Politik.

Nicht, daß seine Schwächen (und das sind vor allem seine zahllosen Nichtentscheidungen) übersehen worden wären. Aber man hatte sie hingenommen, weil sich Vranitzky allein durch sein Auftreten von den meisten der Politikerzunft wohltuend abhob. Die allgemeine Stimmung war gut: Gut, daß es wenigstens Vranitzky gibt.

Jetzt zeigt der Bundeskanzler zum erstenmal in seiner mittlerweile sechsjährigen Amtszeit Verschleißerscheinungen. Vranitzky wirkt oft mißmutig - so wie bei der Angelobung von Thomas Klestil. Oder, als er sich vorvergangenen Freitag sichtlich grantig zur Mitteilung herabließ, daß Österreich einen Teil der an der kroatisch-slowenischen Grenze festgehaltenen bosnischen Flüchtlinge aufnehmen werde.

Zur Zeit funktioniert Vranitzkys in den vergangenen Jahren entwickeltes politisches Sensorium nicht mehr. Der Kanzler wirkt verunsichert. Das mag auch daran liegen, daß sich die politischen Koordinaten nach Klestils Wahl und das durch die jüngsten Erfolge gewachsene Selbstbewußtsein des Koalitionspartners verschoben haben.

Immer weniger werden ihm daher seine Fehler nachgesehen. So war das Grummeln in der Partei unüberhörbar, als sich der Parteivorsitzende mit der Wahl Franz Fiedlers zum neuen Rechnungshofpräsidenten von ÖVP und FPÖ das Fell über die Ohren ziehen ließ. Vranitzky hatte diese Personalentscheidung nicht vorbereitet und reagierte dann beleidigt, als seine zu Recht umstrittene Vorschläge von der ÖVP-Führung zurückgewiesen wurden.

Oder die Asyl- und Flüchtlingspolitik seines Innenministers: Seit zwei Jahren sieht Vranitzky zu, wie Franz Löschnak an Österreichs Ost- und Südostgrenze einen eisernen Paragraphen-Vorhang hochzieht. Dafür kann es zwei Gründe geben:

Entweder fehlt dem Kanzler die Autorität, um Löschnak zu einer humaneren Politik zu bewegen. Oder der Innenminister vollzieht bloß das, was Vranitzky in Asyl- und Flüchtlingsfragen will. Jedes für sich spricht gegen den Regierungschef.

So hätte Vranitzky vorvergangenen Freitag selbst seinen Parteifreund zur Räson bringen müssen, als dieser sich weigerte, die an der kroatisch-slowenischen Grenze in Eisenbahnwaggons festgehaltenen bosnischen Flüchtlinge ins Land zu lassen.

Statt dessen zögerte der Kanzler - und beschädigte sich damit selbst. Politisch bei jenen Liberalen, denen Löschnaks Ausländerpolitik schon lange ein Dorn im Auge ist. Persönlich, weil er durch seine abwartende Haltung den im öffentlichen Meinungsklima schärfsten Konkurrenten stärkte: den Bundespräsidenten.

Dieser hatte sofort die Medien wissen lassen, daß er sich für die Aufnahme der Flüchtlinge engagiere - und heimste nach erfolgreicher Intervention auch den Lorbeer ein. Franz Vranitzky wird in der Sommerpause seine Rolle strategisch und inhaltlich überdenken müssen. Ansonsten droht ihm ein politischer Sinkflug. Und der kann auch im jähen Absturz enden."

Dem De-facto-Funktionär der Geheimpartei der Freimaurerei und Bundeskanzler der Republik Österreich Franz Vranitzky ist natürlich klar, daß diese „Gelbe Karte" wohl aus der Feder des De-facto-Funktionärs der Geheimpartei der Freimaurerei und

Chefredakteurs des Nachrichtenmagazins „profil“ Hubertus Czer-
nin kommt, aber auf eine viel höhere Parteihandschrift schließen
läßt.

8. KAPITEL

Vranitzky weiß daher auch, daß Czernins Warnung vor einem politischen Sinkflug des Kanzlers keine Imponiermasche eines wichtigtuersichen Chefredakteurs, sondern eine in jeder Hinsicht ernstzunehmende Androhung der obersten Leitung der GPdFM ist. Denn die Führung der Geheimpartei der Freimaurerei ist jederzeit imstande, ihr Protektionskind Franz Vranitzky in seinem Höhenflug genauso jählings wieder abstürzen zu lassen, wie sie ihn jählings nach oben gebracht hat.

Wie prompt das geht und vor allem wie gründlich die geheime Bruderschaft einen solchen jähen Absturz zu managen vermag, konnte der heutige Bundeskanzler und Vorsitzende der SPÖ am dramatischen Beispiel seines unmittelbaren Vorgängers, des De-facto-Funktionärs der GPdFM Fred Sinowatz deutlich sehen.

Dieser wurde nämlich nicht nur praktisch über Nacht in die politische Wüste geschickt, sondern danach auch noch auf die Anklagebank gesetzt und zuletzt sogar der öffentlichen Schande preisgegeben, wie ein gewöhnlicher Ganove wegen falscher Zeugenaussage gerichtlich verurteilt zu werden.

Die Geheimpartei der Freimaurerei hatte sicherlich genug Möglichkeiten, dem ihr in verschiedensten öffentlichen Funktionen stets treu dienenden Fred Sinowatz eine solche Schmach zu ersparen. Sie zog es jedoch vor, dies nicht zu tun. Und zwar aus einem einleuchtenden Grund:

Da seine Logenzugehörigkeit auch in der Bevölkerung bereits weitgehend bekannt war, hatte die geheime Bruderschaft die einmalige Gelegenheit, durch den politischen Absturz und die

gerichtliche Verurteilung ihres prominenten Mitgliedes der Öffentlichkeit den Eindruck vorzutäuschen, daß ihre „Bruderkette“ doch nicht so stark und damit auch ihre Macht nicht so groß ist, wie es von gegnerischer Seite immer wieder behauptet wird.

Daß bei diesem tiefstaplerischen Schauspiel ihr Logenbruder Sinowatz auf der Strecke blieb, störte die eigentlichen Machthaber der Freimaurerei, die oberste Führung dieser Partei, überhaupt nicht. Denn für diese sind die De-facto-Funktionäre der GPdFM, soweit sie nicht den Entscheidungsgremien der Organisation angehören, keine Mitträger der Macht, sondern lediglich Marionetten der Geheimpartei der Freimaurerei.

Diese Tatsache ist selbstverständlich auch der freimaurerischen Marionette Fred Sinowatz keineswegs unbekannt. Der von der Regierungsbank auf die Anklagebank versetzte Freimaurer weiß jedoch ebenso genau, daß er dieses Geheimnis für sich behalten muß, auch wenn ihn die geheime Bruderschaft in letzter Zeit schmähsch im Stich gelassen hat.

Denn es ist ihm auch nach dieser bitteren Erfahrung vollkommen klar, daß er alles, was er im Laufe seines Lebens geworden ist, und alles, was er sich an materiellem Besitz im Zuge seines politischen Aufstiegs erworben hat, nur scheinbar der sozialistischen Bewegung, in Wahrheit jedoch allein einer Organisation verdankt: Der Geheimpartei der Freimaurerei.

Und er kann sich sogar der Hoffnung hingeben, wieder besseren freimaurerischen Zeiten entgegengehen zu können, wenn er diese Schattenseiten der Freimaurerei - schweigend wie ein Grab - hinter sich gebracht und damit den geheimen Oberen

bewiesen hat, daß er auch in einer Leidensphase der verlässliche GPdFM-Funktionär geblieben ist, der er schon immer war.

Ähnlich wie Fred Sinowatz weiß auch noch ein anderer ehemaliger Spitzenpolitiker im Lande aus eigener leidgeprüfter Erfahrung, daß ein De-facto-Funktionär der GPdFM nur eine Marionette der obersten Führung der Geheimpartei der Freimaurerei zu sein und in dieser Eigenschaft in erster Linie den Mund zu halten hat: Kurt Waldheim. Was dieser Mann vor und nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten im Zusammenhang mit der gegen ihn weltweit geführten Hetzkampagne in geradezu heroisch staatsmännischer Geduld und vornehmer Zurückhaltung über sich ergehen lassen mußte, geschah nämlich nicht, wie viele seiner Landsleute glauben, in Pflichterfüllung gegenüber Österreich, sondern im Dienste der geheimen Bruderschaft.

Um dies zu verstehen, ist es allerdings notwendig, wenigstens einigermaßen Kenntnis davon zu haben, was die wirklichen Gründe waren, warum Presse, Hörfunk und Fernsehen in aller Welt über den international renommierten und völlig unbescholtenen österreichischen Präsidentschaftskandidaten wie auf ein Kommando herfielen und ohne jeglichen Beweis pausenlos versuchten, seine Offiziersvergangenheit im nachhinein in eine Beteiligung an irgendwelchen Nazi-Greuelthaten umzufunktionieren.

So muß man zur richtigen Deutung der internationalen Medienverschwörung, welcher dieser erprobte Diplomat und erfahrene Außenpolitiker zum Opfer fiel, zumindest über drei Fakten Bescheid wissen, die der Öffentlichkeit verschwiegen wurden und nach wie vor verschwiegen werden.

Faktum Nummer eins ist die Tatsache, daß Kurt Waldheim seit Beginn seiner Superkarriere in sämtlichen Positionen, die er einnahm, nie etwas anderes als ein De-facto-Funktionär der GPdFM war. Dafür spricht allein schon seine zweimalige Wahl zum Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Wie die EG ist nämlich auch die UNO sowohl funktionell als auch personell nur scheinbar eine internationale Organisation der Mitgliederstaaten, in Wirklichkeit jedoch ein geschickt getarntes Machtinstrument der obersten Führung der Geheimpartei der Freimaurerei, die niemals einen Menschen an eine für sie so wichtige Schaltstelle heranließe, der nicht in jeder Weise ihr absolutes Vertrauen hätte.

Faktum Nummer zwei ist die Tatsache, daß die Entscheidungsträger der GPdFM nicht den leisesten Versuch unternahmen, ihren linientreuen De-facto-Funktionär Kurt Waldheim gegenüber den haltlosen Verleumdungen des „Jüdischen Weltkongresses“ in Schutz zu nehmen. Und zwar deshalb nicht, weil sie - mehr noch als dessen Präsident Edgar Bronfman - an der Erfüllung des eigentlichen Zweckes dieser angeblichen Anti-Waldheim-Kampagne brennend interessiert waren:

Österreich auf der ganzen Welt als ein neonazistisches Land zu verteufeln, dessen Bevölkerung einen „Nazi-Verbrecher“ sogar zum Staatsoberhaupt gewählt und damit die Dringlichkeit einer gründlichen antinationalen „Entnazifizierung“ - also eine radikale Ausschaltung aller noch vorhandenen nationalen und heimatbewußten Kräfte - wohl eindeutig genug unter Beweis gestellt hat.

Und Faktum Nummer drei ist die Tatsache, daß Kurt Waldheim selbst dann nicht aufhörte, ein unerschütterlicher und unverdros-

sener De-facto-Funktionär der GPdFM zu sein, als er bereits längst wußte, wer wirklich hinter all diesen ihn versetzten Tiefschlägen steckte und warum sich die grauen Eminenzen der Geheimpartei der Freimaurerei für ihre Hetzkampagne gegen Österreich ausgerechnet ihn als Zielscheibe ausgesucht hatten. Als Bundespräsident redete nämlich Kurt Waldheim in seiner gesamten sechsjährigen Amtsperiode jener Politik das Wort, die genau mit dem übereinstimmt, was die geheime Bruderschaft für die Alpenrepublik ins Auge gefaßt hat:

Die systematische Überfremdung Österreichs durch unbehinderte Masseneinwanderung von Heimatflüchtlingen aus allen Notstandsgebieten der Welt sowie die totale Auslieferung des Landes an die Fremdherrschaft der Machtzentrale der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel.

Das heißt: Ungeachtet der freimaurerischen Schmutzkübelkampagne, die wie ein Wolkenbruch über ihn herniederging, machte der De-facto-Funktionär der GPdFM Kurt Waldheim immer nur das, was die oberste Führung der Geheimpartei der Freimaurerei wollte, das er machen sollte.

So war es auch in den für ihn brenzligsten Situationen, in denen er vor der schwierigen Entscheidung stand, sich trotz des internationalen Kesseltreibens gegen ihn einer Wahl zum Bundespräsidenten zu stellen oder auf eine Kandidatur mit Rücksicht auf das Prestige Österreichs freiwillig zu verzichten. Denn eines steht für jeden, der hinter die Kulissen der politischen Bühne zu schauen vermag, heute fest:

Als die geheime Bruderschaft in Kurt Waldheim den geeigneten Präsidentschaftskandidaten gefunden hatte, dem sie zur Diffa-

mierung Österreichs eine braune Vergangenheit andichten konnte, zögerte dieser keinen Augenblick, ungeachtet aller kritischen Stimmen in der Öffentlichkeit unter dem griffigen Trotsmotto „Jetzt erst recht!“ in die Wahlarena zu steigen.

Als ihm jedoch die Geheimpartei der Freimaurerei noch vor Ablauf seiner Amtszeit durch De-facto-Funktionäre der GPdFM wie den Bundesparteiboss der ÖVP Erhard Busek und den damaligen Generalsekretär der Industriellenvereinigung Herbert Krejci unmißverständlich zu verstehen gab, daß der Mohr Kurt Waldheim seine freimaurerische Schuldigkeit getan habe und daher gehen könne, verzichtete er - trotz der durchaus realistischen Chance, abermals gewählt zu werden - auf eine Wiederkandidatur und ging.

Und er ging deshalb, weil er eines will und eines weiß. Er will, auch wenn er ins amerikanische Verbrecherverzeichnis der berüchtigten „Watch-List“ aufgenommen wurde, letztlich als großer Österreicher in die Geschichte eingehen, und er weiß, daß er zu dieser Ehre nur kommt, wenn er bis zum Ende seiner Tage das bleibt, was er all die Jahre hindurch in führenden Funktionen gewesen ist.

Also kein souveräner Schirmherr des eigenen Vaterlandes, sondern ein seniler Diener, der mit Abstand gefährlichsten Feinde seines Volkes: Der absolut anonymen und machtstrotzenden Spitzenfunktionäre der Geheimpartei der Freimaurerei.

Daß man die politischen Geschäfte der geheimen Bruderschaft bedingungslos besorgen muß, wenn man wie Kurt Waldheim ganz nach oben kommen will, ist natürlich auch für dessen

Nachfolger als Staatsoberhaupt, Thomas Klestil, kein Geheimnis.

Der neue österreichische Bundespräsident tut nämlich nur so, als könne er freimaurerisch nicht bis drei zählen. So erklärte er in einem Interview, daß ihm im Zusammenhang mit dem Begriff Freimaurerei lediglich ein Name einfallt: „Mozart“.

In Wirklichkeit ist Thomas Klestil jedoch nicht nur vollkommen klar, was die geheime Bruderschaft ist, sondern er weiß auch ganz genau, was er persönlich in seiner jetzigen Position für sie zu tun hat.

Er ließ nämlich schon im Verlauf seines Wahlkampfes die freimaurerische Katze aus dem Sack, indem er nicht versäumte, eindeutig klarzustellen, daß er fest entschlossen sei, als gewählter Bundespräsident das ganze politische Gewicht seines Amtes einzusetzen, damit der Flüchtlingsstrom nach Österreich nicht durch ausländerfeindliche Kräfte im Lande unterbunden wird und die Alpenrepublik so rasch wie nur irgendwie möglich in die EG kommt.

Diese klare Identifizierung mit den zur Zeit wichtigsten Anliegen der Geheimpartei der Freimaurerei ist auch die Erklärung dafür, daß Thomas Klestil trotz seines geringen Bekanntheitsgrades zu Beginn des Wahlkampfes beim entscheidenden zweiten Durchgang der Wahl sogar als überlegener Sieger hervorging.

Für die De-facto-Funktionäre der GPdFM in den die öffentliche Meinung machenden Medien wäre es nämlich überhaupt kein Problem gewesen, seine Wahl zum Bundespräsidenten zu vereiteln. Denn sie hätten ihn bei den Wählern lediglich so herunter-

zumachen brauchen, wie sie das mit der Partei zu tun pflegen, die ihn die Kandidatur ermöglicht hat: Die nach wie vor im Ruf einer Verliererpartei stehende ÖVP.

Aller Wahrscheinlichkeit nach war es der geheimen Bruderschaft sogar lieber, daß Thomas Klestil und nicht sein schärfster Konkurrent, der ehemalige Verkehrsminister Rudolf Streicher, den Wahlwettbewerb um das höchste Amt im Staate für sich entschied.

Der von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs ins Rennen geschickte Rudolf Streicher hatte nämlich bereits Monate vor der Wahl öffentlich zugegeben, ein Freimaurer zu sein. Zum Unterschied von Thomas Klestil, der jede freimaurerische Mitgliedschaft ausdrücklich in Abrede stellte.

Aus der Sicht der geheimen Bruderschaft hatte daher der angebliche Nichtfreimaurer Thomas Klestil gegenüber den deklarierten Freimaurer Rudolf Streicher den nicht unerheblichen Vorteil, daß er voll und ganz für die GPdFM arbeiten kann, ohne Gefahr zu laufen, als deren Geheimagent verdächtigt zu werden.

Das heißt im Klartext: Der sich in der Öffentlichkeit glaubwürdig freimaurerisch jungfräulich gebende, in Wirklichkeit jedoch mit Volldampf für die Logenbruderschaft tätige Bundespräsident Thomas Klestil ist nicht nur einer der vielen Mitarbeiter, welche für die GPdFM in führenden Positionen im Einsatz stehen, sondern geradezu das Ideal von einem De-facto-Funktionär der Geheimpartei der Freimaurerei.

Obwohl er erst seit kurzem auf politischer Ebene agiert und daher auf diesem Parkett noch gar nicht richtig zum Einsatz gekommen

ist, dürfte Thomas Klestil der höchsten Führung der geheimen Bruderschaft schon heute sogar zweckdienlicher erscheinen als ihr bisheriger Polit-Favorit in Österreich Bundeskanzler Franz Vranitzky. Und zwar deshalb, weil er so schnell wie kaum ein anderer begriffen zu haben scheint, daß ein Politiker, der seine Seele der Freimaurerei verkauft, von dieser als Gegenleistung ungeheuer viel, aber eines nie und nimmer haben kann: Macht.

Obwohl sie Macht in Überfülle hat, gibt nämlich die Spitze dieser geheimen SuperOrganisation vorsichtshalber selbst an ihre verlässlichsten Erfüllungsgehilfen nicht einmal einen Deut davon ab, damit diese erst gar nicht in Versuchung kommen, ihr jemals Konkurrenz zu machen.

Das bedeutet: Jeder politische De-facto-Funktionär der GPdFM muß sich, wenn er von der Freimaurerei eine sogenannte Machtposition erhält, von der Illusion befreien, darüber so verfügen zu können, wie er es für richtig hält. Beispielsweise eine Politik zu betreiben, welche darauf ausgerichtet ist, die Interessen des eigenen Landes wahrzunehmen.

Die oberste Führung der Geheimpartei der Freimaurerei überläßt einem solchen De-facto-Funktionär die politische Verantwortung über ein Land ja nicht zu dem Zweck, daß er den ihm anvertrauten Staat saniert. Ganz im Gegenteil. Sie erwartet von ihm, daß er diesen ruiniert. Und das nicht bloß im Schleichtempo, sondern so schnell wie nur irgendwie möglich.

Denn die geheime Bruderschaft kommt zu ihrem eigentlichen Ziel, der Integration aller Völker, Rassen und Nationen in einem freimaurerischen Welteinheitsstaat, logischerweise doch nur dann am leichtesten, wenn alle Staaten der Erde kaputtregiert am

Boden liegen und den einzigen Ausweg bloß noch in einem Zusammenschluß zu einem gemeinsamen Weltreich sehen.

9. KAPITEL

Ein Politiker, der zum Unterschied von Thomas Klestil sehr lange gebraucht hat, um das zu erfassen, ist der derzeitige österreichische Außenminister Alois Mock. Dieser Mann glaubte nämlich, als er noch Bundesparteiobmann der ÖVP und Oppositionsführer im Parlament war, allen Ernstes, er könne Bundeskanzler von Österreich werden, ohne der Freimaurerei als Landesverräter dienlich sein zu müssen.

So erinnere ich mich noch sehr genau an ein Gespräch in einer kleinen Privatrunde, in dessen Verlauf der damalige ÖVP-Chef freimütig erzählte, daß zwei Herren an ihn mit dem Ansinnen herangetreten seien, Freimaurer zu werden, er als Christ und Mitglied einer katholischen Studentenverbindung es jedoch entschieden abgelehnt habe, einer freimaurerischen Loge beizutreten.

Ich bin davon überzeugt, daß Alois Mock damals die Wahrheit gesagt hat. Nicht nur, weil er keinerlei Grund hatte, diesen Annäherungsversuch der geheimen Bruderschaft überhaupt zu erwähnen, sondern auch deshalb, weil bei seinem Bemühen, die ÖVP zur stärksten Partei im Lande zu machen, eines auffallend war:

Was immer er unternahm und so sehr er sich auch abrackerte, er kam mit seiner Partei nicht weiter. Das ist am Anfang noch irgendwie verständlich gewesen, denn sein fast unschlagbar scheinender Gegenspieler im Kampf um die Macht im Staate Österreich war zu dieser Zeit kein Geringerer als der mit allen Tricks der öffentlichen Meinungsmache bestens vertraute sozialistische Bundeskanzler Bruno Kreisky.

Alois Mock trat allerdings auch bei dessen unmittelbaren Nachfolger Fred Sinowatz immer nur auf der gleichen erfolglosen Stelle, obwohl dieser in der Fähigkeit, Wähler für sich zu gewinnen, dem Meisterpopulisten Bruno Kreisky niemals das Wasser zu reichen vermochte.

Mehr noch: Der Bundesparteiboss und Kanzlerkandidat der Österreichischen Volkspartei Alois Mock machte nicht einmal dann einen Stich, als unter der Führung des heutigen Bundeskanzlers Franz Vranitzky die ungeheuren Machenschaften ans Tageslicht kamen, welche sich sozialistische Spitzenfunktionäre im Windschatten des „Sonnenkönigs“ Kreisky geleistet hatten, und die SPÖ nur noch auf wackeligsten Beinen von einer Skandalenthüllung in die andere taumelte.

Diese Kette von Dauermißerfolgen war keineswegs das zwangsläufige Resultat eines permanenten Versagens des Alois Mock, sondern viel eher die logische Konsequenz der schlechten Presse, die den Bundesparteiboss der ÖVP all diese für ihn so mageren Jahre hindurch geradezu verfolgte.

Er wurde zwar von den Medien nicht direkt verrissen oder gar diffamiert, es war jedoch aus allen Berichten und Kommentaren, die über ihn kritisch geschrieben wurden, letztlich immer wieder herauszulesen, daß er für die Politik zu naiv und daher für diesen Beruf ungeeignet sei. Ein reiner Tor also, dessen Sauberkeit jedoch nur am Rande Erwähnung fand, so daß die Betonung automatisch mehr auf „Tor“ lag.

Und das alles offensichtlich nur, weil Alois Mock der geheimen Bruderschaft einen Korb gegeben hatte. Denn als er sich in bezug auf die Geheimpartei der Freimaurerei eines Besseren zu

besinnen und vor allem mit seinem vorbehaltlosen Eintreten für die europäische Integration eine lupenreine freimaurerische Politik zu machen begann, schlug die unterschwellige Stimmungsmache gegen ihn mit einem Male ins gerade Gegenteil um.

Da war er nämlich nach übereinstimmendem Urteil der öffentlichen Meinungsmacher in den freimaurerischen Massenmedien des Landes plötzlich ein exzellenter Außenminister, der „Mister Europa“ und der einzige Mann in der ganzen Bundesregierung, der etwas weiter bringt.

Mit einem Wort: Seit Alois Mock seine ganze Kraft dafür einsetzt, Österreich den EG-Machthabern zu überantworten und somit für die Freimaurerei und gegen sein eigenes Land arbeitet, ist er in der Berichterstattung der freimaurerischen Presse nicht nur keine politische Niete mehr, sondern sogar ein politisches Genie.

Über diese Kausalität wissen natürlich auch die anderen Spitzenpolitiker in Österreich genau Bescheid. Um die Gunst der Medien bemüht, sind sie daher bereit, der Geheimpartei der Freimaurerei ohne Rücksicht auf die eigene Bevölkerung als willfährige Erfüllungsgehilfen dienlich zu sein.

Die führenden Politiker und hochrangigen Beamten Österreichs, die in ihren Ämtern zur Realisierung freimaurerischer Zielsetzung tätig sind, scheint es auch kaum zu stören, daß sie als De-facto-Funktionäre der GPdFM nur machtlose Vasallen der höchsten Führer der geheimen Bruderschaft sind, denn die Freimaurerei hat ihren ergebenen Dienern etwas zu bieten, das für viele Menschen sogar einen höheren Stellenwert hat als der Besitz von Macht: Ruhm und vor allem Geld.

Zu welchen großen Geldbeträgen man mit der Protektion der Geheimpartei der Freimaurerei selbst im kleinen Österreich kommen kann, möchte ich Ihnen jetzt an einem besonders anschaulichen Beispiel demonstrieren:

An dem Gehalt, welches das leitende Personal der Österreichischen Nationalbank 1991 bezog und das ich einer Veröffentlichung von „Facts & Figures“ entnehme. Demnach erhielten die Führungskräfte dieser Zentralnotenbank in dem angegebenen Jahr folgende Bezüge, Entschädigungen, Sondervergütungen und Gratifikationen:

Die Präsidentin Maria Schaumayer einen Bezug von 5,7 Millionen zuzüglich 2,9 Millionen Bilanzgeld sowie einen persönlichen Dispositionsfonds von 150.000 Schilling samt Dienstauto und Chauffeur. Der Erste Vizepräsident Heinz Kienzl einen Bezug von 2,9 Millionen zuzüglich 1,4 Millionen Bilanzgeld sowie einen persönlichen Dispositionsfonds von 150.000 Schilling samt Dienstauto mit Chauffeur.

Der Zweite Vizepräsident Karl Werner Rüschi einen Bezug von 1,4 Millionen zuzüglich 0,8 Millionen Bilanzgeld sowie eine Reisekostenvergütung von 250.000 und einen persönlichen Dispositionsfonds von 50.000 Schilling. Der Generaldirektor Adolf Wala einen Bezug von 5,0 Millionen zuzüglich 2,3 Millionen Bilanzgeld sowie einen persönlichen Dispositionsfonds von 50.000 Schilling samt Dienstauto mit Chauffeur.

Der Generaldirektor-Stellvertreter Rudolf Klier einen Bezug von 4,3 Millionen zuzüglich 1,5 Millionen Bilanzgeld sowie einen persönlichen Dispositionsfonds von 50.000 Schilling samt Dienstauto mit Chauffeur. Der Direktor für Personal-, Banknoten- und

Kreditwesen Willibald Kranister einen Bezug von 3,8 Millionen zuzüglich 1,0 Millionen Schilling Bilanzgeld sowie ein Dienstauto mit Chauffeur.

Der Direktor der Kreditabteilung Peter Zdrahal einen Bezug von 3,8 Millionen zuzüglich 1,0 Millionen Schilling Bilanzgeld sowie ein Dienstauto mit Chauffeur. Der Direktor der Auslandsabteilung Thomas Lachs einen Bezug von 3,8 Millionen zuzüglich 1,0 Millionen Schilling Bilanzgeld sowie ein Dienstauto mit Chauffeur.

Der Direktor der Bankabteilung Klaus Mündl einen Bezug von 3,8 Millionen zuzüglich 1,0 Millionen Schilling Bilanzgeld sowie ein Dienstauto mit Chauffeur. Der Direktor der Volkswirtschaftlichen Abteilung Georg Albrecht einen Bezug von 3,8 Millionen zuzüglich 1,0 Millionen Schilling Bilanzgeld sowie ein Dienstauto mit Chauffeur.

Der Direktor-Stellvertreter zur besonderen Verwendung Paul Berger einen Bezug von 3,1 Millionen zuzüglich 0,5 Millionen Schilling Bilanzgeld sowie Dienstwagen mit Chauffeur, der ihn täglich abholte und wieder nach Hause brachte. Der Direktor der Druckerei für Wertpapiere Herbert Skarke einen Bezug von 3,1 Millionen zuzüglich 0,5 Millionen Schilling Bilanzgeld sowie Dienstwagen mit Chauffeur, der ihn täglich abholte und wieder nach Hause brachte.

Der Direktor-Stellvertreter und Leiter der Buchhaltung Ferdinand Knoth einen Bezug von 3,1 Millionen zuzüglich 0,5 Millionen Schilling Bilanzgeld sowie Dienstwagen mit Chauffeur, der ihn täglich abholte und wieder nach Hause brachte. Der Direktor-Stellvertreter der Bankabteilung Herbert Danzinger einen Bezug

von 3,1 Millionen zuzüglich 0,5 Millionen Schilling Bilanzgeld sowie Dienstwagen mit Chauffeur, der ihn täglich abholte und wieder nach Hause brachte.

Der Direktor-Stellvertreter der Auslandsabteilung Wolfgang Duchatzek einen Bezug von 3,1 Millionen zuzüglich 0,5 Millionen Schilling Bilanzgeld sowie Dienstwagen mit Chauffeur, der ihn täglich abholte und wieder nach Hause brachte. Der Direktor-Stellvertreter der Abteilung Administration und Organisation Josef Kratochvil einen Bezug von 3,1 Millionen zuzüglich 0,5 Millionen Schilling Bilanzgeld sowie Dienstwagen mit Chauffeur, der ihn täglich abholte und wieder nach Hause brachte.

Der Direktor-Stellvertreter der Abteilung für Datenverarbeitung Erwin Schmidbauer einen Bezug von 3,1 Millionen zuzüglich 0,5 Millionen Schilling Bilanzgeld sowie Dienstwagen mit Chauffeur, der ihn täglich abholte und wieder nach Hause brachte. Der Direktor-Stellvertreter der Abteilung für Personal-, Banknoten- und Kassenwesen Franz Hörmannstorfer einen Bezug von 3,1 Millionen zuzüglich 0,5 Millionen Schilling Bilanzgeld sowie Dienstwagen mit Chauffeur, der ihn täglich abholte und wieder nach Hause brachte.

Die Erste Zentralinspektorin Gertrude Tumpel-Gugerell einen Bezug von 3,0 Millionen Schilling. Der Zweite Zentralinspektor Peter Vogler einen Bezug von 3,0 Millionen Schilling. Der Bankarzt Georg Kamenicek einen Bezug von 2,5 Millionen Schilling.

Der kommerzielle Leiter der Wertpapierdruckerei Alfred Scherz einen Bezug von 2,3 Millionen Schilling. Der technische Leiter der Wertpapierdruckerei Wolfgang Färber einen Bezug von 2,3

Millionen Schilling. Die Sekretärin des Ersten Vizepräsidenten Elisabeth Kapfer einen Bezug von 2,0 Millionen Schilling.

Das sind 24 Personen, die jährlich insgesamt rund 100 Millionen Schilling kassierten. Ein stattliches Einkommen, das die Führungskräfte der Österreichischen Nationalbank - sieht man von zwei parteifreien Mitarbeitern ab - angeblich den Parteien verdanken, die sie offiziell in dieses Unternehmen hineingebracht haben.

In Wirklichkeit entscheidet jedoch nur eine Partei darüber, wer diese hochdotierten Versorgungsposten bekommt: Die Geheimpartei der Freimaurerei. Denn der GPdFM ist diese Institution viel zu wichtig, um das Risiko einzugehen, deren personelle Besetzung einem anderen als dem eigenen Parteisekretariat oder gar dem Zufall zu überlassen.

Die gesamte Führung der Österreichischen Nationalbank ist nämlich dazu ausersehen, bei einem freimaurerischen Schwindel mitzumachen, bei dem die geheime Bruderschaft ausnahmslos nur Leute brauchen kann, die ihr hundertprozentig ergeben und absolut verschwiegen sind.

Dieser Schwindel heißt „Federal Reserve System“, besser bekannt als US-Zentralbankensystem. Genau genommen ist dieses System nicht nur ein Schwindel, sondern ein Riesenbetrug, ein gigantischer Volksbetrug, ja man kann - ohne übertreiben zu müssen - sogar sagen: Der größte Volksbetrug aller Zeiten.

Um den ungeheuerlichen Schaden ermessen zu können, den das Federal Reserve System dem amerikanischen Volk unmittel-

bar und auf Umwegen auch allen anderen Völkern der Welt zufügt, braucht man sich nur folgendes Szenarium aus dem Gangstermilieu plastisch vor Augen zu führen.

Eine mächtige Banknotenfälscherbande erpreßt die an den Schalthebeln der parlamentarischen Bürokratie sitzenden Politiker dazu, ein Gesetz durchzubringen, welches ihr das unverschämte Recht einräumt, in unbegrenzten Mengen Dollar-Scheine drucken und diese zu hohen Zinsen an die Regierung verleihen zu können.

Auf dem gleichen haarsträubenden Prinzip beruht nämlich das amerikanische Zentralbankensystem. Vor allem läuft es im Endeffekt auf die gleiche Wirkung hinaus: Die Regierung versinkt in Schulden und muß immer tiefer in die Taschen der Steuerzahler greifen, um wenigstens die Unsummen von Zinsen aufzubringen, welche die Banknotenlieferanten bloß dafür einstreifen, daß sie in Massen aus Papier Geldscheine machen.

Der einzige Unterschied besteht lediglich darin, daß die Machtlobby, die in den USA einen solchen wahnwitzigen Freibrief für sich erwirkte und damit zum alleinigen Nutznießer - also zum Finanzsuperschmarotzer der Nation - wurde, keine konventionelle Banknotenfälscherbande, sondern eine über ungemein viel Einfluß verfügende Gruppe privater Großbanken ist.

Rechtliche Grundlage dieser raffiniertesten aller Methoden zur systematischen Ausplünderung des Volkes ist das Gesetz des sogenannten Federal Reserve Act, welches im Jahre 1913 über die amerikanische Politbühne ging und vom Repräsentantenhaus und Senat bezeichnenderweise ausgerechnet am 23. Dezember verabschiedet wurde.

Also genau an dem Tag vor dem Heiligen Abend, an dem die gesamte Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika mit den Weihnachtsvorbereitungen voll beschäftigt und dadurch von der drohenden Gefahr des größten privaten Raubüberfalls auf ihre Brieftaschen völlig abgelenkt war.

Damit das Federal Reserve System auf Dauer funktioniert, das heißt die Regierung laufend wenigstens soviel Geld zur Verfügung hat, um die gigantischen Beträge der fälligen Zinsen zahlen zu können, haben die politischen Drahtzieher dieses genialen Finanzstreichs quasi in einem Aufwaschen gleich auch dafür gesorgt, daß noch im selben Jahr in den USA die bundesweite Einkommensteuer eingeführt worden ist.

Welche Unmengen von Geld seit 1913 aus dieser Steuerquelle in die volksparasitären Kassen der privaten Zentralbank geflossen sind, veranschaulicht am deutlichsten eine Zwischensumme, die im Jahre 1964 bekannt wurde und für eine Gruppe schockierter Kongreßabgeordneter der Anlaß war, den vergeblichen Versuch zu unternehmen, das fatale Gesetz des Federal Reserve Act für nichtig erklären zu lassen.

Demnach hatte sich dieser private Finanzblutsauger der Nation bis 1964, also innerhalb von rund 50 Jahren, von den amerikanischen Steuerzahlern überdie Regierung allein nur an Zinsen den sagenhaften Betrag von 310.517,000.000 - das sind rund 310 Milliarden - Dollar geholt. Ein erschütterndes Resultat, das sich in den fast 30 Jahren, die seither vergangen sind, vermutlich nicht nur verdoppelt, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach sogar vermehrfacht hat.

Die Ungeheuerlichkeit dieser legalisierten Ausplünderung des amerikanischen Volkes wird in ihrer gesamten Dimension jedoch erst erkennbar, wenn man bedenkt, daß diese private US-Zentralbank in jeder Weise absolut überflüssig ist.

Denn es ist währungspolitisch vollkommen belanglos, ob sich die private Federal Reserve Bank keinen Zwang antut, in astronomischer Stückzahl Dollar-Banknoten drucken zu lassen, um sie der Regierung zu hohen Zinsen zu leihen oder ob sich die Regierung die benötigten Dollar-Scheine durch eine von ihr unabhängigen staatlichen Stelle ganz einfach drucken und ohne jegliche Verrechnung von Zinsen zur Verfügung stellen läßt.

Es ist daher die Frage naheliegend, warum sich in den USA kein sichtbarer Widerstand gegen das Federal Reserve System regt und sich ganz Amerika von dieser legalisierten Banknotenfälscherbande jahrzehntelang geduldig das Fell über die Ohren ziehen läßt.

Die Antwort darauf ist ganz einfach: Die oberste Führung der geheimen Bruderschaft hat dieses perfekte Instrument zur Ausbeutung des Volkes selbst dann in ihrer Hand, wenn sie weder selbst noch durch Mittelsmänner Anteile an der US-Zentralnotenbank besitzt. Und zwar deshalb, weil sie das ganze Federal Reserve System und dessen Banken jederzeit hochgehen lassen kann, falls deren formal rechtliche Besitzer nicht tun und lassen, was die Geheimpartei der Freimaurerei will.

Um ihren Willen durchzusetzen, braucht die Parteispitze der GpDFM nämlich nur ihre De-facto-Funktionäre in den amerikanischen Medien, welche die öffentliche Meinung machen zu mobi-

lisieren und einen Sturm der allgemeinen Entrüstung losbrechen zu lassen.

Wie stark dieser Sturm und die damit ausgelöste Volkswut sein würden, kann man zumindest ungefähr errahnen, wenn man sich in Erinnerung ruft, was der legendäre Pionier des amerikanischen Unternehmertums, Henry Ford, bereits im Jahre 1920 im Zusammenhang mit dem Federal Reserve Act feststellte.

So sprach der über die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der geheimen Bruderschaft genau Bescheid wissende Paradeunternehmer nur sieben Jahre nach Inkrafttreten dieses zum Himmel schreienden Volksbetrugsgesetzes die alles sagenden Worte: „Eigentlich ist es ganz gut, daß die Menschen der Nation unser Banken- und Währungssystem nicht verstehen. Würden sie es nämlich verstehen, würden wir eine Revolution vor morgen früh haben.“

10. KAPITEL

Die Geheimpartei der Freimaurerei ist jedoch überhaupt nicht daran interessiert, daß der Bevölkerung in absehbarer Zeit die Augen über dieses teuflische Federal Reserve System geöffnet werden. Ganz im Gegenteil. Sie hütet es wie ihr größtes Geheimnis. Eine Tatsache, von deren Realität ich mich persönlich überzeugen konnte.

Als ich noch innenpolitischer Redakteur und Parlamentsberichterstatter der Tageszeitung „Kurier“ war, versuchte ich nämlich dahinter zu kommen, warum Österreich zu hohen Zinsen Schulden in den Vereinigten Staaten von Amerika machte, obwohl es sich das benötigte Geld im eigenen Lande nicht nur wesentlich unkomplizierter, sondern auch um vieles billiger hätte beschaffen können.

Mir ist es möglich gewesen, zu diesem Problem gleich zwei Finanzminister hintereinander zu interviewen, weil ich meine diesbezüglichen Reserchen genau in der Zeit des Jahres 1970 durchführte, in der die ÖVP-Alleinregierung von dem Minderheitskabinett des ersten sozialistischen Bundeskanzlers der Zweiten Republik Bruno Kreisky abgelöst wurde.

Das erste fachkompetente Regierungsmitglied, das ich mit dieser heiklen Frage konfrontieren konnte, war der Noch-Finanzminister, spätere Nationalbankpräsident und inzwischen verstorbene Stephan Koren, das zweite der neue Finanzminister, langjährige Vizekanzler und spätere Generaldirektor der größten Bank Österreichs Hannes Androsch. Und beide Finanzminister bestätigten mir in den Gesprächen, die ich damals mit ihnen führte, unabhängig von einander eines:

Die österreichische Regierung kann mit den US-Dollars, die sie im Kreditwege aufnimmt, selbst nichts anfangen, da sie ihren diversen Zahlungsverpflichtungen im Lande nur in einheimischer Währung nachzukommen in der Lage ist. Sie läßt sich daher jeweils den Gegenwert in Schilling von der Nationalbank auszahlen, welche die US-Dollars in Ermangelung einer Verwertbarkeit bloß als totes Kapital in Verwahrung nimmt.

Das heißt: Die Einschaltung der USA bei solchen Kredittransaktionen ist daher völlig überflüssig, denn die österreichische Regierung kann sich den erforderlichen Betrag mit dem für beide Teile gleichen Ergebnis ebensogut direkt von der heimischen Nationalbank ausborgen.

Der einzige Nutznießer der unnötigen Umwegprozedur ist nämlich die private US-Zentralbank, die auf diese Weise in der Österreichischen Nationalbank den „nützlichen Idioten“ findet, der die kreditierten Dollars ohne jeden eigenen Vorteil quasi kostenlos auf Lager legt und dadurch praktisch aus dem Verkehr zieht, damit die gesetzlich gedeckte Banknotenfälscherbande des Federal Reserve System in Amerika weiterhin ohne Rücksicht auf die Währungsstabilität Dollar-Scheine auf Teufel komm raus drucken und in unbegrenzter Zahl in Umlauf bringen kann.

Ich habe damals den Schaden ausgerechnet, welcher der Alpenrepublik allein durch solche Auslandskreditmachinationen erwuchs, diesen Sachverhalt einschließlich der eingeholten Stellungnahmen der beiden Finanzminister unter dem Titel „Österreich wirft 15 Milliarden Schilling beim Fenster hinaus“ in einem „Kurier“-Bericht zusammengefaßt und beim Versuch der Veröffentlichung folgendes erlebt:

Nachdem er den Artikel gelesen hatte, enthielt sich der damalige Chefredakteur dieser Tageszeitung, der De-facto-Funktionär der Geheimpartei der Freimaurerei Eberhard Strohal, zunächst jeglichen Kommentars, was keineswegs seine Art gewesen ist. Er ließ mich lediglich wissen, daß er von dieser komplizierten Materie zuwenig verstehe und deshalb den Ressortleiter der Wirtschaftsredaktion im „Kurier“ Herbert Hacker beauftragt habe, darüber ein Urteil abzugeben.

Zum Unterschied vom Chefredakteur hielt Herbert Hacker mit seiner Meinung darüber, ob dieser Bericht im „Kurier“ veröffentlicht werden sollte, alles eher denn hinterm Berg zurück. Er kam nämlich - mit blankem Entsetzen im Gesicht - in die Innenpolitik-Redaktion, stürzte sich dort förmlich auf mich und machte mir so laut, daß es alle Umstehenden deutlich vernehmen konnten, sinngemäß den dramatischen Vorwurf:

Sagen Sie, sind Sie wahnsinnig! Sie wollen uns hier wohl alle brotlos machen! Sie müssen doch bitte selber so gescheit sein, um sich vorstellen zu können, was los ist, wenn das, was Sie da schreiben, morgen im „Kurier“ steht!

Ich glaube, es erübrigt sich, Ihnen zu sagen, daß dieser Artikel am nächsten Morgen nicht im „Kurier“ stand. Er erschien auch in den darauf folgenden Tagen nicht, denn er fiel für alle Zeiten der innerredaktionellen Zensur zum Opfer. Ein Schicksal übrigens, welches er mit vielen der anderen Berichte und Kommentare teilte, die ich als Redakteur dieser österreichischen Tageszeitung schrieb.

Ich habe mich mit diesen Maulkorbmethoden nie abgefunden und deshalb schon in der Zeit, als ich noch beim „Kurier“ gewesen

bin, daraus kein Berufsgeheimnis gemacht. Ganz im Gegenteil. Ich erzählte jedem, der dafür ein Ohr hatte, wieviele meiner kritischen Beiträge nicht in der Zeitung erschienen, sondern im Papierkorb der leitenden Redakteure landeten.

Einer, der auf diese Weise davon erfuhr und partout nicht glauben wollte, daß es so etwas im Pressefreiheitsstaat Österreich gibt, war der heutige Erste Präsident des Nationalrats Heinz Fischer. Er stand zwar damals erst am Anfang seiner politischen Karriere, hatte jedoch bereits beachtlichen Einfluß auf die programmatische Linie der SPÖ, insbesondere auf die inhaltliche Gestaltung des Ideologie-Sprachrohrs dieser Partei „Die Zukunft“.

Da er sich zu dieser Zeit offensichtlich noch nicht vorzustellen vermochte, daß es irgendeinen Tatsachenbericht geben könnte, an dem sich auch die sogenannte unabhängige Presse ihre Finger nicht verbrennen möchte, machte er mir den mehr als außergewöhnlichen Vorschlag, ich sollte die Artikel, welche der „Kurier“-Chefredaktion zu heiß wären, ganz einfach dieser SPÖ-Zeitschrift für einen Abdruck freigeben.

Mehr noch: Davon überzeugt, jede Veröffentlichung problemlos erwirken zu können, wettete er sogar mit mir um einige Flaschen Sekt, daß er auf diese Weise nicht bloß den einen oder anderen, sondern mindestens fünf der Beiträge von mir im sozialistischen Ideologie-Organ unterbringen werde. Um Heinz Fischer nicht gleich vom Start weg in arge Verlegenheit zu bringen, sandte ich ihm als erstes einen vom „Kurier“ zur Veröffentlichung nicht freigegebenen Artikel, dessen politischer Sprengstoff weniger augenscheinlich gewesen ist:

Meinen Demokratie-Reformplan der Einführung eines „Notenwahlrechts“, welches dem Wähler die Möglichkeit böte, nicht nur eine einzige Partei wählen, sondern alle Parteien, die auf dem Stimmzettel stehen, bewerten zu können.

Zu meiner Überraschung erschien diese Abhandlung schon kurz danach tatsächlich in diesem SPÖ-Magazin, weshalb ich keine Umstände mehr machte und Heinz Fischer bereits als nächstes den schonungslosen Aufdeckungsartikel „Österreich wirft 15 Milliarden Schilling beim Fenster hinaus“ zukommen ließ.

Den Versand eines dritten Beitrages konnte ich mir sparen, denn Heinz Fischer schien schon der zweite vollkommen zu reichen. Er schrieb mir nämlich nach dessen Erhalt einen Brief, in dem er außerordentlich bedauerte, mir die Mitteilung machen zu müssen, daß eine Veröffentlichung beim besten Willen nicht zu realisieren war, und er mich gleichermaßen freundlich wie bestimmt ersuchte, von einer weiteren Zusendung solcher Artikel unbedingt Abstand nehmen zu wollen.

In den vielen Jahren, die seither vergangen sind, bin ich noch öfter auf die Schweigemauer gestoßen, welche die geheime Bruderschaft zwischen diesem freimaurerischen Tabu-Thema und der Öffentlichkeit errichtet hat. Nicht nur bei allen maßgebenden Medien, sondern auch bei den Personen, die unmittelbare Zeugen dieser heimlichen Dauerausplünderung der österreichischen Staatsfinanzen sind: Die Führungskräfte der Nationalbank.

Eine Tatsache, die besonders paradox ist, denn das beharrliche Schweigen dieser Leute gleicht dem passiven Verhalten eines Bankpersonals, das den Überfall ihres Geldinstituts der Polizei nicht einmal im nachhinein meldet, damit die Bankräuber die

Plünderung der Kassen auch beim nächsten Mal unbehindert vornehmen können.

Aber selbst dieser krasse Vergleich reicht noch nicht aus, um die Schweigepflicht treffend zu charakterisieren, welche das Top-Management der geheimen Bruderschaft gegenüber offensichtlich zu erfüllen hat.

In Wirklichkeit verheimlicht die Leitung dieser Institution der Öffentlichkeit nämlich einen noch wesentlich schwerwiegenden Tatbestand: Den heimtückischen EG-Plan der obersten Führung der Geheimpartei der Freimaurerei, nach dem Vorbild der bewährten Volksausbeutungseinrichtung des amerikanischen Federal Reserve System eine eigene Zentralbank für Europa zu errichten, um auch europäische Landesnotenbanken wie die Österreichische Nationalbank unumschränkt beherrschen zu können.

Ein kühner Finanzhandstreich, der aber deshalb durchaus realistisch ist, weil die Installierung einer solchen Superzentralbank und die damit zusammenhängende Einführung des freimaurerischen „ECU“ als europäische Einheitswährung im Falle eines Beitritts Österreichs zur EG der heimischen Nationalbank unweigerlich auch noch den letzten Rest von eigenstaatlicher Geldkompetenz rauben würde.

Welche ungeheure Macht Österreich damit aus der Hand gäbe, und welche ungeheure Macht die geheime Bruderschaft dadurch über dieses Land gewänne, kann man am besten einem Ausspruch entnehmen, den eine bekannte Persönlichkeit getan hat, die wie kaum jemand anderer auf diesem Gebiet fundiert und erfahren erscheint: Mayer Anselm Rothschild.

So sagte dieser prominente Repräsentant der berühmtesten Geld-Dynastie der Welt auf die Frage, welche Bedeutung er der gesetzlichen Ermächtigung beimesse, das Geld eines Volkes emittieren, also die Banknoten eines Landes drucken und in Umlauf setzen zu dürfen, wörtlich: „Geben Sie mir das Recht, das Geld einer Nation zu emittieren, und es interessiert mich nicht mehr, wer die Gesetze macht!"

Mit anderen Worten: Wem die Banknotenpresse eines Staates zur privaten Verwendung in die Hand gegeben wird, der ist der eigentliche Gesetzgeber im Lande, weil er kraft seiner Geld-machtposition auch alle jene in der Hand hat, denen die Gesetzgebung offiziell obliegt.

Allein daraus ist klar zu erkennen, wie unentbehrlich ein verschwiegene Führungspersonal der Österreichischen Nationalbank für die Geheimpartei der Freimaurerei ist. Denn zur Verwirklichung ihres Planes, dieses ungemein wichtige Machtinstrument der Notenbank dem Volk unbemerkt wegzunehmen und ohne Aufsehen in ihre Verfügungsgewalt zu bringen, kann die geheime Bruderschaft alles nur keine Augenzeugen brauchen, die nicht davon abzuhalten sind, patriotisch Alarm zu schlagen, wenn aus deren Land etwas Wertvolles gestohlen wird.

Die für diesen Bereich zuständigen De-facto-Funktionäre der GPdFM interessiert daher überhaupt nicht, ob das Top-Management der Österreichischen Nationalbank fachlich auf der Höhe ist, also ausreichend qualifiziert erscheint, zumindest das branchenübliche Leistungsniveau zu halten. Ihnen kommt es nämlich ausschließlich darauf an, daß diese Leute etwas ganz und gar anderes halten können: Den Mund.

Zum Stopfen dieses Mundes verwendet die geheime Bruderschaft ein Mittel, das in diesem Zusammenhang und vor allem bei materiell motivierbaren Menschen noch nie seine Wirkung verfehlt hat: Viel Geld, ja sogar Unsummen von Geld.

Wieviel Geld das ist, konnte man dem verschwenderischen Besoldungsschema der Österreichischen Nationalbank entnehmen, in das ich Ihnen bereits kurz Einblick gegeben habe. Denn die exorbitant hohen Bezüge, welche die Spitzenverdiener dieses Unternehmens ohne Risiko und ohne sich sonderlich anstrengen zu müssen jährlich einstreifen, sind genau genommen lediglich am Papier zur Gänze echte Leistungsgehälter, in Wirklichkeit jedoch typische Schweigegelder.

Gelder, mit denen ein Schweigen erkauft wird, das ausschließlich der Geheimpartei der Freimaurerei Nutzen bringt, das diese selbst aber nicht zu bezahlen genötigt ist, da die Schweigegelder einer Geldbörse entnommen werden, die letztlich zum Vermögen des österreichischen Volkes gehört: Die Kasse der heimischen Nationalbank.

Das heißt: Die geheime Bruderschaft braucht für die Hehlerdienste, welche sie von ihren inoffiziellen Mitarbeitern in den Schlüsselpositionen des wichtigsten Geldinstituts Österreichs bei der Auslieferung des eigenen Unternehmens an eine fremde Macht in Anspruch nimmt, nicht einmal einen Schilling aus ihrem Portemonnaie zu bezahlen, weil die Entlohnung der Verräter auf Kosten des Volkes erfolgt.

Mit einem Wort: Die oberste Führung der Geheimpartei der Freimaurerei ist nicht nur in der Lage, sich die für ihre Zwecke

geeignetsten Volksverräter zu kaufen, sie hat darüber hinaus auch die Möglichkeit, für deren fürstliche Honorierung das Geld des verratenen Volkes zu verwenden.

Und das keineswegs bloß in der Österreichischen Nationalbank, sondern in allen staatlichen und parastaatlichen Organisationen und Institutionen, in denen De-facto-Funktionäre der GPdFM freimaurerisch - also landesverräterisch - tätig sind.

Dieses einmalige Privileg, den eigenen Mitarbeitern großzügig einträglichste Posten zuschanzen zu können, für deren sündteure Finanzierung das Volk aufkommen muß, ist auch der Grund dafür, warum sich die Geheimpartei der Freimaurerei niemals über Personalmangel zu beklagen braucht.

Mehr noch: Es ist auch die Erklärung dafür, daß sich immer mehr geltungsbedürftige und geldhungrige Menschen geradezu darum raufen, in den zwar durch und durch landesverräterischen, aber ungemein lukrativen Dienst der geheimen Bruderschaft einzutreten.

Und es ist zugleich auch die Antwort auf unsere Ausgangsfrage, wie das Phänomen zu erklären ist, daß alle Spitzenpolitiker des Landes, vom Bundespräsidenten angefangen bis zu den führenden Kammer- und Gewerkschaftsfunktionären, in solidarischer Einmütigkeit die rasche Eingliederung der Alpenrepublik in die Europäische Gemeinschaft vehement fordern, obwohl jeder einzelne von ihnen allen Grund hätte, mit ganzer patriotischer Kraft dafür zu kämpfen, damit Österreich die Auslieferung an die Fremdherrschaft der EG erspart bleibt.

Alle diese Politiker sind nämlich genauso gekauft wie das Top-Management der Österreichischen Nationalbank. Also gekauft von der Geheimpartei der Freimaurerei und gekauft durch attraktive Spitzenpositionen, welche die Inbesitzer - bei allem persönlichen Ehrgeiz und vielleicht auch vorhandenen Können - nie in ihrem Leben zu erklimmen imstande gewesen wären, wenn sie nicht die geheime Bruderschaft mit vereinten Kräften nach oben gehoben hätte.

Und alle diese freimaurerischen Protektionskinder wissen selbstverständlich ganz genau, was sie ihrem mächtigen und auf Kosten des Volkes großzügigen Förderer als immaterielle Gegenleistung schuldig sind.

Oder anders formuliert: Es ist ihnen jederzeit völlig klar, daß sie sofort wieder in die gesellschaftlichen Schichten abrutschen, aus denen sie gekommen sind, also in der Versenkung der Bedeutungslosigkeit verschwinden, wenn sie den folgenschweren Fehler begingen, damit aufzuhören, willfährige Erfüllungsgehilfen der GPdFM zu sein.

Das gilt freilich nicht nur für diese Politiker, sondern auch für alle jene Journalisten im Lande, deren Aufgabe es ist, die öffentliche Meinung zu machen, denn auch diese sind fast ausnahmslos von der geheimen Bruderschaft gekauft.

11. KAPITEL

Wie sehr Presse, Hörfunk und Fernsehen in Österreich von der obersten Führung der GPdFM auf diese Weise dominiert und kontrolliert werden, ist im Zusammenhang mit der extrem einseitigen Berichterstattung über die europäische Integration und deren Hintergründe besonders leicht zu durchschauen. So gibt es praktisch im ganzen Lande keinen einzigen führenden Journalisten, der sich nicht dazu hergibt, der Regierung bei ihrem freimaurerischen Bestreben, die Herrschaft der EG auf Österreich auszudehnen, die Medienmauer zu machen.

Wie von einer unsichtbaren Peitsche getrieben, sind vielmehr alle bereit, dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler sowie allen Bundesministern und deren Staatssekretären nach besten Kräften zu helfen, damit die entscheidende Volksabstimmung über einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft der Regierung den erwünschten Ausgang bringt.

Mehr noch: Selbst die kritikfreudigsten unter ihnen drücken sämtliche Augen zu, wenn die Regierung, wie sie es bereits getan hat, nicht einmal davor zurückschreckt, sich an rund 35 Millionen Schilling Steuergeldern zu vergreifen, um einen Pro-EG-Werbezug zu finanzieren, der eindeutig darauf hinausläuft, die Volksabstimmung in ihrem Sinne zu manipulieren.

Das einzige, was die Massenmedien, welche den öffentlichen Meinungsbildungsprozeß im Lande beherrschen, an dieser mißbräuchlichsten Verwendung von Steuergeldern auszusetzen hatten, war nämlich die Tatsache, daß dieser Werbeeinsatz der Regierung bisher keinen sichtbaren Erfolg brachte.

Eine Kritik, die letztlich nichts anderes beinhaltet als die ernüchternde Feststellung, daß die manipulative Kraft dieser mit öffentlichen Mitteln vorgenommene Stimmungsmache die angestrebte Wirkung vorläufig noch nicht zu erzielen imstande war.

Die besonders engagierten De-facto-Funktionäre der GPdFM in den Massenmedien scheinen inzwischen auch schon eine Vorstellung davon zu haben, was geschehen müßte, um die österreichische Bevölkerung mehrheitlich auf die Seite der EG-Befürworter bringen zu können: Ein wesentlich höheres EG-Werbebudget der Regierung, also ein bedeutend größerer Millionenbetrag von Steuergeldern zur Manipulation der öffentlichen Meinung.

Welche gigantonomische Finanzdimensionen eine in diesem Sinne erfolgreiche EG-Werbekampagne der Bundesregierung haben müßte, war einem Artikel zu entnehmen, den die freimaurerische Tageszeitung „Kurier“ in ihrer Ausgabe vom 3. August 1992 brachte.

Nach diesem Bericht stellte nämlich der neue Vorsitzende der Jungunternehmer in der Vereinigung Österreichischer Industrieller allen Ernstes die Forderung auf, es sollten nicht bloß 50 oder 100 Millionen Schilling Steuergelder für das EG-Werbe-Etat der Regierung zur Verfügung stehen, sondern ein Prozent vom gesamten Bundesbudget dafür veranschlagt werden.

Bei dem derzeitigen Budgetrahmen von rund 650 Milliarden Schilling, würde dieses ein Prozent die gigantische Summe von 6,5 Milliarden Schilling ausmachen. Das sind ausgeschrieben: Sechstausendfünfhundertmillionen Schilling.

Mir ist die Werbebranche nicht fremd, da ich gemeinsam mit dem PR-Fachmann Siegfried Gruber darüber das im deutschen „Verlag moderne industrie“ erschienene Buch „Public Motivations - die wirksamste Methode, das Interesse der Öffentlichkeit zu gewinnen“ geschrieben habe. Ich weiß daher auch, welche ungeheure Beeinflussungskapazität in einem Werbebudget dieser Größenordnung bezogen auf ein kleines Land wie Österreich steckt.

So könnte die Regierung mit einem solchen Finanzaufkommen sogar folgendes EG-Werbemammuthprogramm problemlos durchführen:

Täglicher Versand eines auf Hochglanzpapier vierfärbig gedruckten Magazins an jeden Haushalt in allen Bundesländern. Wöchentliche Affichierung eines jeweils aktuellen 24-Bogen-Plakats im ganzen Bundesgebiet. Tägliche mehrminütige Werbespots im Hörfunk und im Fernsehen. Darüber hinaus ein doppelseitiges Inserat in jeder Ausgabe aller österreichischen Tageszeitungen, Nachrichtenmagazinen, Illustrierten, Fachzeitschriften und sonstigen periodisch erscheinenden Publikationen.

Allein mit der Dauereinschaltung von Inseraten in diesem Umfang hätte die Regierung ein ungemein wirksames Druckmittel in der Hand, um alle Printmedien dazu bringen zu können, auch im redaktionellen Teil EG-freundliche Töne anzuschlagen, also versteckte Schleichwerbung für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft zu machen.

Denn sie brauchte lediglich zu veranlassen, daß alle jene Zeitungsverleger, die auf einer unabhängigen EG-Berichterstattung bestünden, mit einer plausibel erscheinenden Begründung von

der allgemeinen Aufteilung des begehrten Inseratenkuchens der Regierung ganz einfach ausgesperrt werden.

Eine effiziente Methode also, welche den Regierenden nicht nur Gelegenheit gäbe, einzelne unangenehme Kritiker auszuschalten, sondern sogar die Möglichkeit böte, der gesamten Presse Österreichs einen großen Maulkorb umzuhängen, wie er größer wohl kaum noch sein kann.

Man sollte daher meinen, daß eine Tageszeitung wie der „Kurier“, der schon aus Konkurrenzgründen bemüht sein muß, zumindest den Anschein einer Unabhängigkeit zu wahren, den kühnen Vorschlag, die Österreicher mit dem Riesenpropagandahammer einer milliardenschweren Werbekampagne von der Regierung EG-weich klopfen zu lassen, als das qualifiziert, was er in der Tat ist: Die völlig indiskutable Idee eines politischen Neulings, dem offensichtlich jeglicher Sinn für die Realität fehlt.

Das genaue Gegenteil war jedoch der Fall. In dem bereits erwähnten „Kurier“-Artikel wurde nämlich der neue Funktionär in der Industriellenvereinigung, der diese absolut absurde Forderung aufgestellt hatte, nicht als spleeniger Einzelgänger, sondern als bemerkenswerte Persönlichkeit vorgestellt, die in jeder Hinsicht ernst zu nehmen ist und sogar zu großen politischen Hoffnungen berechtigt.

Damit Sie selbst sehen, welchen Narren diese Zeitung an einer Person gefressen hat, die sich nicht zu schade ist, in aller Öffentlichkeit mit dem geradezu idiotischen Plan aufzukreuzen, die unvorstellbare Summe von 6.500 Millionen Schilling Steuer-gelder allein nur dafür einzusetzen, um aus Anti-EG-Österreichern Pro-EG-Österreicher zu machen, lese ich Ihnen von diesem „Kurier“-Bericht, der unter dem Titel „Ein Jungunternehmer,

der in die Politik drängt" erschien, am besten den ersten Teil ungekürzt vor, welcher folgenden Wortlaut hatte:

Seit letzter Woche hat die Junge Industrie einen neuen Vorsitzenden: Hanno Soravia (32), Unternehmer aus Spittal an der Drau, folgte dem steirischen VP-Nationalratsabgeordneten Martin Bartenstein nach. Die Junge Industrie (JI) ist eine Teilorganisation der Vereinigung Österreichischer Industrieller (VÖI). Rund tausend 20- bis 40jährige Unternehmer sind dort vertreten. Soravia hat bereits Erfahrungen als Funktionär gesammelt: Seit 10 Jahren leitet der Kärntner die JI-Gruppe Wien.

Zu dieser war er während seiner Studienzeit gestoßen. Nach mehreren Auslandspraktika trat der Baumeistersohn in eine Bauholding ein. Ein Jahr später machte sich der begeisterte Jäger und Petrijünger selbständig und gründete ein Unternehmen, das Kleinkraftwerke errichtet.

Die Junge Industrie sei als Meinungsbildner innerhalb der VÖI immer relevant gewesen, betont Soravia. 'Wir waren auch die ersten, die sich für einen EG-Beitritt ausgesprochen haben'. Die 'alten Granden' der Industriellenvereinigung hätten anfänglich die internationale Konkurrenz gefürchtet, die ein EG-Beitritt bringt. Jetzt sind sie auf den EG-Zug aufgesprungen.

Kritik übt Soravia an der EG-Werbekampagne der Regierung: 'Da wird viel zuwenig Geld ausgegeben. Diese simplen Pro-EG-Plakate sind vielleicht billig, aber kein Mensch kann sich dadurch informieren. Man sollte 1% des Bundesbudgets als Werbeetat veranschlagen'. Schließlich sei der EG-Beitritt für Österreichs Wirtschaft absolut notwendig. 'Wenn wir nicht beitreten, sind wir ein weißer Fleck auf der Landkarte....'

Diesen blanken Unsinn veröffentlichte der „Kurier“, ohne dazu auch nur eine einzige kritische Bemerkung zu machen. Den wahnwitzigen Vorschlag des Jungindustriellen-Funktionärs Soravia, ein Prozent des Gesamtbudgets, also 6,5 Milliarden Schilling, nur für eine durchschlagskräftige EG-Werbetrommel aufzuwenden, nahm jedoch nicht nur diese Zeitung kommentarlos zur Kenntnis.

Denn es fand sich im ganzen Land kein einziger führender Journalist, der daran Anstoß nahm. Und das ist keineswegs auf einen Zufall zurückzuführen. Ganz im Gegenteil. Es wäre ein Zufall gewesen, wenn sich auch nur einer dieser Macher der öffentlichen Meinung in Österreich darüber empört hätte.

Die Geheimpartei der Freimaurerei, deren verlässliche De-facto-Funktionäre diese Medienleute ausnahmslos sind, ist nämlich sehr daran interessiert, daß im Zusammenhang mit dem ungeheuren Skandal der verschwenderischen Verwendung von Steuergeldern zur Manipulation der EG-Volksabstimmung derartige Horrorzahlen in der Öffentlichkeit auftauchen, ohne einen Sturm der allgemeinen Entrüstung zu entfachen.

Und zwar aus einer einfachen massenpsychologischen Überlegung: Die drohende Gefahr eines solchen sündteuren EG-Propagandamonsters vor Augen, ist die Bevölkerung nämlich - wie Beispiele in ähnlichen Fällen zeigten - bereit, jede andere Variante eines EG-Werbefeldzuges der Regierung zu akzeptieren, die dem Steuerzahler wesentlich billiger kommt.

Das heißt konkret: Um eine aufkommende Empörung der Bevölkerung über eine derart unverfrorene Vergeudung öffentlicher Mittel wieder zum Abklingen zu bringen, brauchte die Regierung

bloß bekanntzugeben, daß ihre aufwendige Aufklärungsaktion über Vor- und Nachteile eines Beitritts Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft nicht wie befürchtet 6.500 Millionen Schilling kostet, sondern dafür nur ein Bruchteil davon unbedingt notwendig ist.

Zum Beispiel lediglich ein Zehntel der schockierenden Summe, also 650 Millionen Schilling. Oder gar bloß ein Zwanzigstel, das wäre dann nur noch der vergleichsweise geringe Betrag von 325 Millionen Schilling. Und falls es sich als erforderlich erweisen sollte, könnte die Regierung auch davon noch den einen oder anderen Abstrich machen.

Ich bin nicht nur davon überzeugt, daß die Regierung solche Tricks ohne Komplikationen anwenden könnte, ich halte es sogar für sehr wahrscheinlich, daß sie solche Tricks mit voller Unterstützung der De-facto-Funktionäre der GPdFM in den Massenmedien zur Anwendung bringen wird.

Mehr noch: Man kann sogar davon ausgehen, daß sich die Regierung auf Anraten der freimaurerischen Macher der öffentlichen Meinung auch noch wesentlich üblerer Tricks bedienen wird, um die Manipulation der EG-Volkabstimmung im großen Stil auf Kosten der Steuerzahler ungestört betreiben zu können.

Zum Beispiel die Zusage einer großzügigen Beteiligung von engagierten EG-Beitrittsgegnern an der Superkampagne der Regierung, wodurch in der breiten Öffentlichkeit zwangsläufig der Eindruck eines redlichen Bemühens zur Erreichung einer ausgewogenen Information entstünde.

Ein Eindruck, der jedoch an der Realität gänzlich vorbeiging. In Wirklichkeit würden nämlich dabei nur jene EG-Nein-Sager zum Zug und im Rahmen der öffentlichen Auftritte zu Wort kommen, von denen die Regierung nichts zu befürchten hätte, weil sie den gefinkelten Pro-EG-Agitatoren von Haus aus hoffnungslos unterlegen wären.

Denn ein Bürger, der imstande ist, die wirklichen Motive der gekauften EG-Hurra-Schreier in aller Öffentlichkeit bloßzustellen und die wahren Hintergründe der europäischen Integration schonungslos aufzudecken, bliebe garantiert auch von einer für alle EG-Beitrittsgegner scheinbar offenen Regierungskampagne ausgesperrt. Das glaube ich nicht nur, das weiß ich, und zwar aus eigener Erfahrung.

Als Sprecher des „Bürgerschutzkomitee“, das die parteiunabhängige Informationskampagne „EG nix OK“ österreichweit organisiert, habe ich nämlich den Versuch unternommen, für diese Aktion aus dem EG-Werbebudget der Regierung Förderungsmittel mit der Begründung zu bekommen, daß die Bevölkerung einen legitimen Anspruch darauf hat, nicht nur die Befürworter zu hören, sondern auch sämtliche Argumente zu erfahren, die gegen einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft sprechen.

Da mein schriftliches Ansuchen unerledigt blieb, setzte ich mich mit dem zuständigen Staatssekretariat persönlich in Verbindung und bekam dabei eine Auskunft, die gleichermaßen bezeichnend wie aufschlußreich war.

So gab mir ein Vertreter der Ressortchefin Brigitte Ederer in einem längeren Telefongespräch unmißverständlich zu verste-

hen, daß wohl die Absicht bestehe, im Rahmen der offiziellen EG-Werbekampagne auch Beitrittsgegnern Gehör in der Öffentlichkeit zu verschaffen, der Regierung es jedoch nicht einmal im Traum einfiele, ausgerechnet mir Gelegenheit zu geben, der Bevölkerung über die fatalen Auswirkungen eines EG-Beitritts für Österreich reinen Wein einzuschenken.

Ein scharfer Kritiker wie ich, meinte dieser Sprecher des Staatssekretariats abschließend, könne sich von der Regierung doch nicht erwarten, daß sie ihm auch noch dabei hilft, ihre EG-Pläne zu durchkreuzen, sondern sollte von Glück reden, daß er von ihr überhaupt noch toleriert werde.

Mit anderen Worten: Bei der kritischen Einstellung, die ich zur EG-Politik der Regierung habe, müßte ich schon froh darüber sein, daß mich diese in ihrem Herrschaftsbereich duldet und nicht - was mir offensichtlich gebührte - des Landes verweist. Ein Wink von oben, dem ich damals keine besondere Bedeutung beimaß und im Moment gar nicht so richtig begriff, und zwar deshalb, weil ich erst später Gelegenheit hatte, dahinter zu kommen, wie brandaktuell diese versteckte Warnung eigentlich gewesen ist.

Ein anderer EG-Beitrittsgegner, dessen fundiertes Wissen über den wahren Zweck der europäischen Integration der Regierung ebenfalls noch sehr unangenehm werden könnte, darf sich nämlich des keineswegs selbstverständlichen Glücks, in Österreich zu sein, bald nicht mehr erfreuen:

Der Schweizer Bürger Andres J.W.Studer, der zwar nach wie vor in der Eidgenossenschaft beheimatet ist, aber auch im Bundesland Salzburg in der kleinen Gemeinde Neumarkt am Wallersee seit einiger Zeit einen Wohnsitz hat.

Andres Studer droht die Vertreibung aus seinem Salzburger Domizil, weil Sicherheitsorgane der Republik Österreich gegen ihn am 15. September 1992 gemäß § 9 Fremdenpolizeigesetz eine „Einreise- bzw. Aufenthaltssperre“ verfügt haben, die vom Bundesministerium für Inneres bis dato nicht aufgehoben wurde.

Die Begründung der Verfügung dieser „Einreise- bzw. Aufenthaltssperre“ stützt sich auf die Behauptung, der Schweizer habe gegen das sogenannte „Verbotsgesetz“ verstoßen, also das Gesetz übertreten, welches eine Wiederbetätigung im Sinne des Nationalsozialismus verbietet und Freiheitsstrafen von einem bis zu zehn Jahren vorsieht.

Eine Behauptung, deren Widersinnigkeit jedoch allein schon aus der Tatsache eindeutig erkennbar ist, daß Andres Studer als Leiter des „Freien Instituts für Humanität + Kreativität“ keiner wie immer gearteten Wiederbetätigung im Sinne des Nationalsozialismus das Wort redet, sondern - ganz im Gegenteil - das Wiederaufleben typisch nationalsozialistischer Methoden wie die Unterdrückung der Meinungs- und Forschungsfreiheit aufs allerschärfste bekämpft.

In Wirklichkeit dient das Verbotsgesetz bloß als Vorwand, denn der wahre Grund, warum die österreichischen Behörden Andres Studer unbedingt loswerden möchten, ist eine ganz andere Tat des Schweizer. Eine Tat, die für Schlagzeilen prädestiniert wäre, von der die Öffentlichkeit jedoch nichts erfuhr, weil die De-facto-Funktionäre der Geheimpartei der Freimaurerei in den Massenmedien die Meldung darüber bewußt totschwiegen.

Es gab daher im ganzen Land nur eine Zeitung, die es wagte, über diese Tat zu berichten: Das „Pinzgau Journal“. Und zwar in

seiner Ausgabe vom 25.Juni 1992, wo unter dem Titel „Schweizer Regierung auf der Anklagebank“ folgender Artikel zu lesen war:

"Im Zusammenhang mit der Integration Europas hat der Schweizer Bürger, der Pädagoge und Ganzheitswissenschaftler Mag. Andres J.W. Studer, eine demokratische Tat gesetzt, die nicht nur für die Eidgenossenschaft von außergewöhnlicher Bedeutung ist: Er brachte bei der höchsten Rechtsinstanz der Schweiz, dem Bundesgericht, gegen die gesamte Bundesregierung eine Klage wegen 'Landesverrat' ein."

Das Bundesgericht muß sich mit dieser Beschwerde allein schon deshalb auseinandersetzen, weil in der Schweiz - zum Unterschied von Österreich - Bürger auch als Einzelpersonen beim Höchstgericht klagelegitimiert sind.

Darüber hinaus muß dieses Gericht die Klage auch deshalb ernst nehmen, weil laut Schweizer Verfassung die Bundesregierung bereits 'Landesverrat' begeht, wenn sie ohne Zustimmung des Volkes mit 'fremden Mächten' Verhandlungen aufnimmt, die auf eine Preisgabe der Souveränität des Landes hinauslaufen, wie das beim Antrag auf EG-Beitritt der Schweiz geschehen ist.

Nach dem Schweizer Grundgesetz sind nämlich die Bürger die Eigentümer des Landes und die Politiker nur deren weisungsgebundene Angestellte . Ganz im Gegensatz zu unserem Lande. Denn im Hause Österreich ist das Volk nicht der Eigentümer. Es ist nicht einmal der Hauptmieter, weil die Parteien der Hauptmieter sind und das Volk lediglich der Untermieter ist.

Diese traurige Tatsache ist auch der Grund dafür, warum die

mit Abstand wichtigste Informationsstätte des Landes, der ORF, nur über Nachbarstaaten ausführlichst berichtet, die noch weniger Demokratie haben als Österreich, hingegen die Nachricht aus der Schweiz bewußt totschrveigt, daß dort ein einfacher Bürger von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, eine Regierung auf die Anklagebank zu bringen, die sich anschickt, ein urdemokratisches Land an die diktatorische EG auszuliefern."

Wie sehr die österreichische Regierung offensichtlich daran interessiert ist, den Schweizer Wissenschaftler, der im Grunde genommen nichts anderes macht, als für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, außer Landes zu bringen, geht nicht nur aus diesem Bericht, sondern auch aus der Tatsache hervor, daß die dafür zuständigen Behörden mit dem Instrument der „Einreise- bzw. Aufenthaltssperre" keineswegs leichtfertig umgehen dürfen.

Ganz im Gegenteil. Sie haben strengsten Auftrag, jede diesbezügliche Verfügung zu unterlassen, die als Fremdenfeindlichkeit interpretiert werden könnte. So dürfen zum Beispiel selbst jene Scheinasylanten im Lande unbehindert Aufenthalt nehmen, die an der Grenze Wirtschaftsflüchtlingen Flugblätter in die Hand drücken, auf denen unter anderem zu lesen ist, daß in Österreich Ausländern Warendiebstähle bis zu 1.000 Schilling toleriert werden.

Mehr noch: Um auch die Warendiebe unter den Ausländern nicht wie Verbrecher des Landes verweisen zu müssen, bereitet die Regierung ein Gesetz vor, demzufolge einem auf frischer Tat ertappten ausländischen Ladendieb in dieser Größenordnung künftighin als „Strafe" nur noch ein Zahlschein in die Hand

gedrückt werden würde, mit dem er den Wert des gestohlenen Gutes wie eine korrekt gekaufte Ware bezahlen könnte.

Das heißt: Hätte der auch in Österreich wohnende Schweizer Andres Studer der Bevölkerung im Gastland irgendetwas gestohlen, dann wäre die Regierung wohl kaum auf die Idee gekommen, gegen ihn eine „Einreise- bzw. Aufenthaltssperre“ zu verfügen.

Denn ein ausländischer Dieb, der sich nur an den Gütern der einheimischen Bevölkerung vergreift, tut ihr überhaupt nicht weh. Einen Ausländer, der dem österreichischen Volk nichts nimmt, sondern ganz im Gegenteil mit der wichtigen Aufklärung über die wahren Hintergründe der EG sogar etwas gibt, kann die Regierung hingegen alles andere als im eigenen Lande brauchen.

Der wahrheitsliebende Schweizer könnte nämlich - wenn er weiterhin auch in der Alpenrepublik volksaufklärerisch tätig wäre - nur zu leicht viele Österreicher auf den naheliegenden Gedanken bringen, daß nicht nur die Mitglieder der Bundesregierung in Bern, sondern auch die Mitglieder der Bundesregierung in Wien mit ihrer EG-Politik nichts anderes machen, als das eigene Volk zu verraten und somit Landesverräter sind.

Möglicherweise keine De-jure-Landesverräter, ganz sicher aber De-facto-Landesverräter. Also nicht unbedingt Landesverräter im Sinne einer haarspalterischen Auslegung irgendeines wirklichkeitsfremden Paragraphen, sondern Landesverräter in der Tat.

Und mit der Verbreitung dieses Wissens würde sich zwangsläufig auch die Erkenntnis durchsetzen, daß die Tatsache des

Landesverrats der vermeintlichen Interessenvertreter des Volkes von der gesamten Presse nur deshalb verschwiegen wird, weil die Macher der öffentlichen Meinung ausnahmslos mit den Landesverrätern unter einer Decke stecken. Unter der gemeinsamen Decke einer Partei: Der Geheimpartei der Freimaurerei.

Mit einem Wort: Es wäre dann zumindest für die kritischen Geister der Nation nicht mehr schwer dahinterzukommen, daß sowohl die sogenannten Machtpolitiker als auch die sie angeblich kontrollierende Medienmacht in Wahrheit bloß landesverräterische Marionetten der freimaurerischen Supermacht sind. Und das nicht nur in dem kleinen Österreich, sondern mehr oder weniger in allen Ländern der Erde, also praktisch auf der ganzen Welt.

12. KAPITEL

In Abetracht einer derart souveränen Position ist selbstverständlich die Frage nicht unberechtigt, wie die geheime Bruderschaft zu einem solchen ungeheuren Machtmonopol gekommen ist. Oder anders gefragt: Welche außergewöhnlichen Strategien, Methoden und Mittel sie in den einzelnen Ländern angewendet hat, um an die Macht zu kommen.

Bevor ich darauf näher eingehe, möchte ich Ihnen jedoch ganz allgemein erklären, warum es der Geheimpartei der Freimaurerei um vieles leichter gefallen ist, die Macht in einem Lande an sich zu reißen, als allen Eroberern und Herrschern, die es vor ihr versuchten.

Da ist zunächst der ins Auge springende Vorteil, daß die geheime Bruderschaft zur Unterwerfung eines Volkes und zur Vereinahmung eines Landes keinen konventionellen Krieg führen muß, sondern sich einer Kriegsart bedienen kann, bei der jeder Feind von Haus aus auf verlorenem Posten steht: Dem Geheimkrieg.

Die Freimaurerei beendete alle ihre Schlachten zur Inbesitznahme eines Staates allein schon deshalb immer als eindeutiger Sieger, weil die Verlierer stets nur das für sie betrübliche Endresultat dieses Geheimkrieges vor sich sahen, aber niemals dessen tatsächliche Anstifter und wirklichen Gegner als Feindbild zu Gesicht bekamen.

Mehr noch: Die von der Freimaurerei besiegten Völker waren sich nicht einmal ihrer Niederlage bewußt, zumal sie selbst am Ende eines freimaurerischen Eroberungsfeldzuges nicht im min-

desten zu erkennen vermochten, daß ein solcher Geheimkrieg gegen sie überhaupt geführt worden ist.

Das heißt: Die von der unsichtbaren Armee der geheimen Bruderschaft Überfallenen Völker haben sich der Freimaurerei erst gar nicht zum Kampf gestellt, weil sie sich von dieser Organisation nicht einmal im entferntesten bedroht, geschweige denn in irgendeiner Form angegriffen fühlten.

Die einzigen ernstzunehmenden Gegner der Freimaurerei waren daher immer schon jene Einzelkämpfer, die wenigstens über deren Gefährlichkeit einigermaßen Bescheid wußten und auch den Mut aufbrachten, Widerstand zu leisten. Die oberste Führung der geheimen Bruderschaft hatte jedoch auch mit diesen politisch nichtblinden Feinden keine unüberwindbaren Schwierigkeiten. Und zwar aus einem sehr einleuchtenden Grund:

Auf ihrem geheimen Marsch zur Macht gibt es für die Freimaurerei nur ein Gesetz und das lautet: Der Zweck heiligt die Mittel. Im Klartext: Im Kampf gegen den Feind ist alles erlaubt. Und zwar wirklich alles. Also nicht nur List und Lüge, Intrige und Betrug, Verleumdung und Verrat, Diebstahl und Raub, sondern auch eine Tat, die nach jeder anderen Weltanschauung als das größte Verbrechen eines Menschen gilt: Mord.

Daß der Zweck der Freimaurerei, insbesondere die Ziele der Hochgradfreimaurerei, aus freimaurerischer Sicht sogar das Mittel eines Mordes heiligt, ist von Logenbrüdern verbürgt und keineswegs eine infame Unterstellung ihrer Gegner. So erklärte im Prozeß gegen die Attentäter von Sarajewo der Logenbruder und Bombenwerfer Cabrinovic freimütig, daß es in der Freimaurerei erlaubt sei zu töten und die Ermordung des

österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 bereits zwei Jahre vorher von französischen Hochgradfreimaurern beschlossen wurde.

Der Sohn des freimaurerischen Mitbegründers der Republik Österreich Viktor Adler, der Logenbruder Fritz Adler, ging in seiner öffentlichen Legitimierung der unbegrenzten freimaurerischen Skrupellosigkeit sogar noch weiter.

Zur Rechtfertigung seines Attentats auf den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh, den er in aller Öffentlichkeit am 22. Oktober 1916 ermordete, sagte er vor Gericht nämlich wörtlich: „Jeder Staatsbürger hat nicht nur das Recht zur Gewalt, sondern meiner Meinung nach sogar die Pflicht!“

Die freimaurerische Verpflichtung zur rücksichtslosen Gewaltanwendung gegenüber ihren Widersachern wird nicht einmal offiziell geleugnet. So schrieb das englische Freimaurer-Organ „The Freemasons Chronicle“ bereits im Jahre 1875 auf Seite 81 wörtlich folgendes:

„Wenn wir behaupten wollten, daß Freimaurer unter keinen Umständen gegen eine schlechtere Regierung zu den Waffen greifen dürften, so würden wir sie in gewissen Fällen dazu verurteilen, ihre höchste und heiligste Pflicht zu verletzen.“

Weniger umständlich ausgedrückt heißt das nämlich: Ein Freimaurer ist nicht nur berechtigt, sondern sogar im höchsten Maße verpflichtet, gegen jene, die dem freimaurerischen Traum von einer besseren Welt, also den Plänen der geheimen Bruderschaft im Wege stehen, erforderlichenfalls auch mit brutaler Gewalt vorzugehen.

Oder noch deutlicher gesagt: Selbst die blutigste Revolution ist für die Freimaurerei ein durchaus legitimes Mittel, um an die Macht zu kommen. Die geheime Bruderschaft sieht daher auch keinerlei Veranlassung, sich vielleicht gar dafür zu schämen, daß sie von einer solchen rücksichtslosen Gewaltanwendung Gebrauch macht und immer schon Gebrauch gemacht hat.

Ganz im Gegenteil. Sie rühmt sich sogar dieser freimaurerischen Bluttaten. Wie zum Beispiel der bekannte Angehörige der großen französischen Loge „Grand Orient“ Sicard de Plauzoles, der die Freimaurerei in Anerkennung ihrer umstürzlerischen Verdienste voller Stolz als „Mutter der Revolution“ bezeichnete.

Von der Masse ihrer Feinde gar nicht beachtet und von ihrer Führung zu allen Schandtaten berechtigt, war es für die dynamischen Kampftruppen der geheimen Bruderschaft nicht allzu schwer, die relativ wenigen Hindernisse zu beseitigen, die ihnen bei der Machtergreifung aus welchen Gründen auch immer im Wegestanden. Denn notfalls wurden die jeweiligen Gegner ohne Hinterlassung gefährlicher Spuren ganz einfach liquidiert.

Diese ungeheure Überlegenheit ist letztlich auch die Erklärung dafür, daß es dieser eiskalt über Leichen gehenden Geheimorganisation sogar gelang, die einst größte Macht der Erde in die Knie zu zwingen: Die Katholische Kirche, allen voran deren Machtzentrum, den Vatikan.

Wie sehr sich zumindest die irdische Spitze dieser Kirche bereits in fester Hand der geheimen Bruderschaft befindet, ist an einem freimaurerischen Meisterwerk der Verwirrungskunst besonders deutlich erkennbar: Den Beschlüssen des II.Vatikanischen Konzils, welches die Zerrissenheit und Orientierungslosigkeit be-

wirkte, die für den jämmerlichen Zustand, in dem sich diese Kirche heute befindet, geradezu charakteristisch ist.

Es ist auch sicherlich kein Zufall, daß es im Vatikan von Freimaurern nur so wimmelt und einer der Logenbrüder sogar schon zum Oberhaupt der Katholischen Kirche gewählt wurde: Papst Paul VI., der schon als Student in eine Loge eintrat und seine unverbrüchliche Verbundenheit mit dieser antichristlichen Organisation noch vor seinem Tode mit einer öffentlichen Geste dokumentierte, die bereits an Blasphemie grenzt.

So schenkte er seine päpstlichen Insignien, die „Tiara“, das „Brustkreuz“ und den „Ring“, demonstrativ ausgerechnet einer der größten freimaurerischen Institutionen: Den Vereinten Nationen in New York. Ein Akt, der offenkundig die kampflose Übergabe der Macht des Vatikans an die geheime Bruderschaft symbolisieren sollte.

Sein unmittelbarer Nachfolger Papst Johannes Paul I. dürfte den Vorstellungen der freimaurerischen Machthaber im Vatikan jedoch nicht entsprochen haben, denn er verstarb auf eine mehr als nur merkwürdige Weise bereits 33 Tage nach seinem Amtsantritt. Ohne Umschweife gesagt: Dieser Papst scheint keines natürlichen, sondern eines freimaurerischen Todes gestorben zu sein.

Für diesen Verdacht spricht vor allem die Tatsache, daß die Freimaurer, die seit der Machtübernahme im Vatikan das Sagen haben, die selbstverständlichs-te Sache in dieser Situation, eine Obduktion, mit der Begründung ablehnten, eine Öffnung des Leichnams eines Papstes widerspräche den vatikanischen Vorschriften.

In Wirklichkeit ist jedoch selbst beim höchsten kirchlichen Würdenträger der Katholiken eine Obduktion durchaus nichts Neues. So wurde der Leichnam von Papst Pius VIII. zur Untersuchung auf Mordverdacht freigegeben, als dieser unter ähnlich mysteriösen Umständen plötzlich das Zeitliche segnete.

Auch bei diesem unerklärlichen Tod war die Handschrift der Freimaurerei nicht zu übersehen. Papst Pius VIII. verstarb nämlich völlig unerwartet, nachdem er nur kurz zuvor eine geharnischte Enzyklika gegen die Freimaurerei herausgegeben hatte.

Zum Unterschied von heute war die geheime Bruderschaft damals im Vatikan wohl auch schon einflußreich genug, um einen Papst unverdächtig vorzeitig ins Jenseits zu befördern, aber offensichtlich noch nicht so mächtig, um in jeder Hinsicht ihren Willen durchzusetzen, ansonsten sie es sicherlich zustande gebracht hätte, auch die Obduktion der Leiche dieses antifreimaurerischen Papstes zu verhindern.

Selbstverständlich hat es auch Länder gegeben, bei deren Machtübernahme sich die Freimaurerei weit weniger anstrengen mußte als bei der Eroberung des kleinen Staates der großen Katholischen Kirche, des Vatikans.

Das gilt vor allem für neugegründete Staaten, in denen es noch keine gewachsenen Herrschaftsstrukturen gab, also noch keine politischen Machtzentren ausgeprägt vorhanden waren. In solchen Ländern fiel nämlich der geheimen Bruderschaft die Macht über das Volk förmlich in den Schoß. Wie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die USA waren von den großen und größeren Staaten wahrscheinlich sogar die leichteste Beute der Freimaurerei. Sie sind daher nicht nur deren Hochburg, sondern praktisch soviel wie deren Eigentum. Und das schon seit ihrer Entstehung. So waren von den 56 Gründungsmitgliedern der Vereinigten Staaten von Amerika nicht weniger als 50 Mitglieder einer Loge.

Eine eklatante Überlegenheit, die in der Praxis sogar noch um vieles größer gewesen ist, als es selbst in dem extrem ungleichen Zahlenverhältnis zum Ausdruck kommt. Und zwar deshalb, weil die kleine Minderheit der desorganisierten Nichtfreimaurer gegen die Übermacht der bestens geheimorganisierten Logenbrüder auch im günstigsten Fall nicht die Spur einer realistischen Chance hatte.

Diese krasse Waffenungleichheit führte zwangsläufig dazu, daß bereits in kürzester Zeit die bedeutendsten Gremien der politischen Entscheidungsträger in den USA von De-facto-Funktionären der Geheimpartei der Freimaurerei fast nach Belieben okkupiert und dominiert wurden. Allen voran das Repräsentantenhaus und der Senat, wo meist weit mehr als die Hälfte der Sitze von Freimaurern eingenommen werden.

Es wird auch niemand Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der nicht der geheimen Bruderschaft angehört bzw. einer der vielen politischen Vorfeldorganisationen wie zum Beispiel dem mächtigen Council on Foreign Relations (CFR) oder den einflußreichen „Bilderbergern“ gegenüber hörig ist.

Das gilt selbstverständlich auch für die Wahl, die im November dieses Jahres stattfindet. Denn wer von den beiden Kandidaten auch immer gewinnt, ob der hochgradige Logenbruder George

Bush oder der „Bilderberger“ Bill Clinton, der nächste Präsident der USA ist auf alle Fälle ein Mann, auf den sich die geheime Bruderschaft garantiert verlassen kann: Ein vielfach erprobter De-facto-Funktionär der Geheimpartei der Freimaurerei.

So leicht wie in den Vereinigten Staaten von Amerika hatte es diese Partei in Europa nicht, um an die Macht zu kommen. In der Zeit, als die Freimaurerei im heutigen Sinne nach ihrer Gründung in London im Jahre 1717 ihre ungeheuren Expansionsmöglichkeiten erst richtig entdeckte und entschlossen daranging, ein Land nach dem anderen unter ihre Kontrolle zu bringen, waren nämlich überall in Europa die entscheidenden Machtpositionen bereits in festen Händen.

In den Händen von christlichen Kaisern, christlichen Königen und christlichen Fürsten, die nie und nimmer daran dachten, ihre Herrschaft mit der unscheinbaren Vereinigung der geheimen Bruderschaft zu teilen oder gar an diese abzutreten.

Die oberste Führung der Freimaurerei war daher genötigt, sich eine ganz besonders schlaue Strategie einfallen zu lassen, um diese eingesessenen europäischen Häupter von der Macht verdrängen zu können.

Der erste Schritt in dieser Richtung bestand darin, das Interesse der jeweiligen Landesherren für die Loge zu wecken und diese mit allen erdenklichen Überredungskünsten als Mitglieder zu gewinnen. Zunächst natürlich nur als Angehörige der eher harmlosen Drei-Grad-Logen, um in einer unverdächtigen Atmosphäre Gelegenheit zu haben, geschickt herauszufinden, ob dem betreffenden Fürst, König oder Kaiser auch höhere freimaurerische Aufgaben zugemutet und zugetraut werden konnten.

Und wenn sich herausstellte, daß dieser solche Voraussetzungen erfüllte, dann stand nichts mehr im Wege, ihn auch in die eigentlichen Geheimnisse der Freimaurerei einzuweihen: In die perfekte Technik zur Erringung der totalen Macht nicht nur über das eigene Volk, sondern auch über fremde Völker.

Eine Verheißung, die vor allem bei den Herrschenden im damaligen imperialistischen England ihre faszinierende Wirkung nicht verfehlte. Diese erkannten nämlich sofort, daß die Freimaurerei als Wunderwaffe dazu eingesetzt werden konnte, ohne militärische Gewalt ganze Länder zu erobern.

Es dauerte daher nicht lange, bis in diesem Land nicht nur der König, sondern auch die meisten Angehörigen der Hocharistokratie und des aufsteigenden Bürgertums engagierteste Freimaurer waren. Logenbrüder also, die sich mit der geheimen Bruderschaft sowohl bedingungslos solidarisierten als auch hundertprozentig identifizierten.

Die freimaurerische Führung Englands war daher mit der Führung der Freimaurerei schon damals, was sie heute ist: Ein Herz und eine Seele. Diese vollkommene Interessenübereinstimmung ging sogar soweit, daß die geheime Bruderschaft auch bei ihren Aktivitäten im Ausland vom englischen Staat jegliche Unterstützung erhielt.

Mehr noch: Das freimaurerische England leistete den ausländischen Logenbrüdern auch Schützenhilfe dabei, in deren Ländern an die Macht zu kommen. Und das nicht nur finanziell, sondern auch in organisatorischer Hinsicht.

Eine Hilfe, welche die geheime Bruderschaft oftmals in Anspruch nehmen mußte. Denn - von den skandinavischen Ländern abgesehen - ging in den anderen Staaten die freimaurerische Machtübernahme keineswegs so reibungslos vonstatten wie in Großbritannien und in den USA.

Vor allem in den Ländern, in denen die Katholische Kirche auch machtpolitisch verankert war, gab es dabei erhebliche Komplikationen. Mitunter sogar schier unüberwindbar erscheinende Hindernisse in Form von unkontrollierbaren Widerstandsbewegungen.

Zum Unterschied von den politischen Repräsentanten der Anglikanischen Kirche gingen nämlich die meisten katholischen Herrscher der geheimen Bruderschaft jahrzehntelang nicht auf den freimaurerischen Leim. Die nach der Macht greifenden Logenbrüder konnten daher die Monarchen dieser christlichen Staaten nicht vor ihren Karren spannen.

Sie mußten sich vielmehr nach einem anderen Verbündeten im Lande umschauchen: Dem obersten Boß der Sicherheitsorgane. Mit dem Polizeichef auf ihrer Seite konnten sie nämlich im Untergrund ungestört das unternehmen, was notwendig war, um ihr Ziel zu erreichen: Einen Umsturz vorzubereiten, also eine Revolution zu organisieren.

Denn bei einer Polizei, an deren Spitze ein verlässlicher Freimaurer stand, war für die geheime Bruderschaft selbst dann nichts zu befürchten, wenn aus Unvorsichtigkeit oder anderen Gründen die eine oder andere Revolutionszelle im Lande aufflog, wo die freimaurerischen Bombenwerfer und sonstigen Terroristen für ihre Einsätze psychologisch aufgeheizt und technisch geschult

wurden. Der freimaurerische Polizeichef brauchte nämlich in einer solchen Situation nur eines zu tun:

Die von seinen Untergebenen in diesem Zusammenhang verhafteten Personen unter dem unverdächtigen Vorwand zu sich Kommen zu lassen, er möchte sie persönlich verhören, und sie danach mit der einleuchtenden Begründung wieder auf freien Fuß zu setzen, diese "kleinen Mitläufer" würden ihn eher in Freiheit als im Gefängnis an das Haupt der Verschwörung heranbringen.

Diese polizeiliche Rückendeckung ist auch die Erklärung dafür, daß fast alle umstürzlerischen Aktivitäten, die unter der unsichtbaren Regie der geheimen Bruderschaft erfolgten, selbst dann nicht vorzeitig aufgedeckt worden sind, wenn deren gründliche Vorbereitungen einen längeren Zeitraum in Anspruch nahmen. Wie zum Beispiel die Französische Revolution im Jahre 1789.

Das Problem der Freimaurerei war daher damals auch nicht die Revolution selbst, sondern die Schwierigkeit, das darauf folgende allgemeine Durcheinander in Frankreich zu nützen, um in diesem Land an die Macht zu kommen.

Dies war allein schon deshalb nicht einfach, weil die wortgewaltigen Führer der Revolution durch die massive Aufklärungsarbeit der logenbrüderlichen Philosophen Montesquieu, Condorcet, Diderot, Helvetius, D'Alembert und Voltaire wohl durchwegs freimaurerisch gesinnt, aber nur zum Teil ausreichend freimaurerisch instruiert gewesen sind.

So waren viele von ihnen der irrümlichen Auffassung, es ginge bei dieser Revolution darum, die Monarchie für alle Zeiten

abzuschaffen und an deren Stelle die Republik zu installieren. Die geheime Bruderschaft wollte hingegen zunächst nur die Dynastie der Bourbonen beseitigen und statt Ludwig XVI. den Großmeister der französischen Freimaurerei Louis Philipp Herzog von Orleans zum König von Frankreich ausrufen lassen.

Nach gelungener Revolution war die Freimaurerei daher hauptsächlich damit beschäftigt, den Mann auszuschalten, welcher der Verwirklichung ihres aktuellen Planes am meisten im Wege stand: König Ludwig XVI. Ein Vorhaben, das - trotz der aufgewiegelten Volksmenge - gar nicht so leicht in die Tat umzusetzen gewesen ist.

Der französische König war nämlich im Juni 1791 nach Varennes geflüchtet, wo ihm sein Verbündeter, der Schwedenkönig Gustav III. mit dessen Armee bis an die Grenze entgegenkommen und beschützend in Empfang nehmen hätte sollen.

Obwohl Gustav III. dazu fest entschlossen war, ist es zu dieser Rettungsaktion nicht gekommen. Denn der Schwedenkönig wurde noch rechtzeitig vorher, genau am 16. März 1792, ermordet. Und zwar im Auftrag des Logen-Großmeisters Herzog von Südermanland, der den Freimaurer Ankarström zum Mord anstiftete.

König Ludwig XVI. wurde gemeinsam mit seiner österreichischen Gemahlin Maria Antoinette ein Jahr später hingerichtet. Sein Tod ebnete der geheimen Bruderschaft wohl den Weg zu vielen Schlüsselpositionen in Frankreich, aber er brachte sie in diesem Land noch nicht an die Macht.

Dieser freimaurerische Traum wurde zunächst vor allem durch den permanenten Streit zwischen den Republikanern und Roya-

listen vereitelt, welcher auch die noch nicht gefestigte französische Freimaurerei in zwei Lager spaltete.

Auch Napoleon I. verhalf ihr noch nicht zur Macht, obwohl er ein Freimaurer war. Er teilte nämlich die eroberte Supermacht nicht mit der geheimen Bruderschaft, sondern nützte sie nur für sich und seinen Familienclan. Die Freimaurerei sah sich deshalb sogar genötigt, an seinem Sturz tatkräftigst mitzuwirken.

An dieser freimaurerisch ungünstigen Situation änderte sich auch nicht viel, als nach einem kurzen republikanischen Zwischenspiel im Jahre 1852 Napoleon III. den Thron bestieg. Wie der große Korse ging nämlich auch er trotz Logenzugehörigkeit seine eigenen Wege.

Der Durchbruch zur Macht gelang der geheimen Bruderschaft erst im Jahre 1870 mit der Errichtung der Dritten Republik. Das allerdings total, denn von da an war die tatsächliche Herrschaft in Frankreich nur noch die Hegemonie einer einzigen Partei: Der Geheimpartei der Freimaurerei.

Eine Feststellung, die auch auf das Frankreich von heute zutrifft. Es kommt daher kein Politiker dieses Landes auch nur in die Nähe der Macht, der eines nicht ist: Ein brav dienender De-facto-Funktionär der GPdFM. Das gilt nicht nur für Sozialisten wie Jacques Delors und Francois Mitterand, sondern auch für nicht-sozialistische Politiker wie Jacques Chirac und Giscard d'Estaing.

13. KAPITEL

Nicht nur in Frankreich, auch in anderen Ländern war der Aufstieg zur Macht für die geheime Bruderschaft unvergleichlich schwerer als in England und den USA. Das lag nicht zuletzt auch daran, daß viele Herrscher in Europa durch die Französische Revolution hellhörig geworden sind und Warnungen vor der Freimaurerei zum Unterschied von früheren Zeiten nicht mehr so leichtfertig in den Wind schlugen.

Wie zum Beispiel die Denkschrift, die der preußische Ministerpräsident Graf Haugwitz im Jahre 1822 an den Fürstenkongreß in Verona richtete und in der er unter anderem folgende schwere Anschuldigungen gegen die geheime Bruderschaft öffentlich erhob:

„Ich erlangte die feste Überzeugung, daß das Drama, welches in den Jahren 1788 und 1789 begonnen hatte, nämlich die französische Revolution und der Königsmord mit all seinen Greueln, nicht nur (von der obersten Leitung des Freimaurerordens) beschlossen worden waren, sondern auch, daß sie das eigentliche Resultat der Vereinstätigkeit und und der dort geleisteten Schwüre gewesen sind.“

Eine ähnliche Warnung enthält auch ein Brief, den Maria Antoinette über ihre französischen Einblicke in die Freimaurerei ihren Bruder Kaiser Leopold II. geschrieben hat und in dem es wörtlich hieß:

„Nehmen Sie sich dort unten gut in acht vor jeder Freimaurerverbindung; man wird Sie schon davon benachrichtigt haben. Die hiesigen Ungeheuer rechnen darauf, auf diesem Wege in allen

Ländern das gleiche Ziel zu erreichen. O Gott! Schütze mein Vaterland und Sie vor solchem Unglück!"

Die Freimaurerei fühlte sich auch durch derart dramatische Alarmsignale der Gegner, die sie durchschaut hatten, nicht veranlaßt, von ihren Expansionsbestrebungen zumindest solange Abstand zu nehmen, bis über die Französische Revolution genügend Gras gewachsen wäre.

Ganz im Gegenteil. Sie griff sogar noch gieriger nach der Herrschaft in ganz Europa. Dieser unbändige Drang zur Macht war im 9.Jahrhundert vor allem einem Freimaurer zuzuschreiben, der ein terroristisches Organisationsgenie besonderer Art gewesen ist: Der 1805 in Genua geborene Giuseppe Mazzini.

Dieser italienische Publizist und Politiker war nämlich der Spiritus rector und Oberregisseur fast aller freimaurerischen Revolutionen, die in seiner Aktivzeit in Europa über die Bühne gingen. Mazzini verfügte auch über das hohe Maß an Skrupellosigkeit und Kaltblütigkeit, das nötig ist, um alle rücksichtslos zu vernichten, die der geheimen Bruderschaft den Zugriff zur Macht blockierten.

Dafür zeugt allein schon sein Ausspruch: „Aus Rache töten , ist allerdings ein Verbrechen, aber einen Tyrannen den Garaus machen, von dessen Tod das Wohl des Volkes abhängt, ist Kriegestat und -Tugend!"

Zu den „Tyrannen" Europas, die zu töten für ihn eine Ehre gewesen wäre, zählte Giuseppe Mazzini auch Kaiser Franz Josef, weshalb er es außerordentlich bedauerte, daß das Bom-

benannt, welches der Triestiner Wilhelm Oberdank auf den österreichischen Monarchen verübt hatte, mißlang. Um die Freimaurerei auch in seinem Land an die Macht zu bringen, schreckte der Logenbruder Mazzini auch vor der Ermordung eines italienischen Monarchen nicht zurück. So verurteilte sein terroristisches Komitee König Ferdinand II. von Neapel zum Tode und verteilte danach in ganz Italien Flugblätter, in denen der politische Mord als erlaubte Tat hingestellt worden ist und eine Belohnung von 100.000 Dukaten demjenigen versprochen wurde, der diesen „Tyannen“ aus dem Wege räumte.

Mit welcher Brutalität die freimaurerischen Revolutionäre unter der Führung Mazzinis in Italien an die Macht zu kommen versuchten, zeigte sich besonders deutlich im Jahre 1854. Damals starb nämlich nicht nur der Herzog von Parma eines gewaltsamen Todes, sondern es wurden auch die Richter, welche die freimaurerischen Verschwörer verurteilt hatten, einer nach dem anderen ermordet.

Giuseppe Mazzini war sicherlich einer der größten freimaurerischen Terroristen Italiens, aber keineswegs der letzte, denn die geheime Bruderschaft setzte auch nach seinem Tode den Kampf um die Macht in diesem Land mit der Mordwaffe in der Hand fort.

Und sie beauftragte damit solange geeignete Killer, bis auch in Italien ihr größtes Hindernis auf ihrem Weg zur Macht beseitigt war: König Humbert II., der 1902 in Monza von dem Freimaurer Angelo Pressi ermordet wurde.

Kurzen Prozeß mit den Monarchen, die sich ihr nicht freiwillig unterwarfen, machte die Geheimpartei der Freimaurerei auch in

einem anderen südlichen Land Europas: In Portugal. Dort fiel nämlich König Carlos einem ihrer Mordanschläge zum Opfer. Eine Tat, vor welcher der wegen seiner Gegnerschaft zur geheimen Bruderschaft bekannt gewordene Abbe Tourmentin schon zehn Wochen vorher öffentlich gewarnt hatte. Dieser anti-freimaurerische Geistliche verfügte keineswegs über irgendwelche hellseherischen Fähigkeiten. Er sah das drohende Attentat auf den nicht unbeliebten König vielmehr aus einem ganz und gar anderen Grund voraus.

So hatte der damalige Führer der portugiesischen Logenbruderschaft, der international hochgeachtete Senator und Minister Sebastiao Magalhaes da Lima, vor einem freimaurerischen Kreis in Paris einen Vortrag unter dem Titel „Niedergang der Monarchie in Portugal, die bevorstehende Errichtung der Republik" in einer Zeit gehalten, zu der nur die eingeweihten De-facto-Funktionäre der GPdFM von der geplanten Ermordung des Königs wissen konnten.

Offensichtlich in der Absicht, sich einen zusätzlichen Mordanschlag zu ersparen, haben die damaligen Attentäter mit König Carlos einfachheitshalber auch gleich dessen ältesten Sohn Prinz Louis gewaltsam ins Jenseits befördert.

Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte die geheime Bruderschaft auch bei dem Nachfolger von König Carlos, seinem jüngeren Sohn Manuel, dessen natürlichen Abgang von dieser Erde nicht abgewartet, wenn ihr nicht eine wesentlich humanere und vor allem viel elegantere Lösung eingefallen wäre, ihn auf Nimmerwiedersehen loszuwerden.

Diese Lösung bestand aus einem Trick, der ein Paradebeispiel dafür ist, auf welche unkonventionellen Ideen die Freimaurerei zu kommen vermag, wenn es darum geht, ihr Machtziel zu erreichen. Die gefinkelte Ausschaltung des noch unerfahrenen Königs lief nämlich nach folgenden abenteuerlichen Freimaurerplan geradezu filmreif ab:

Er wurde zu einem pompösen Fest eingeladen, dem er sich allein schon deshalb nicht entziehen konnte, weil es zu Ehren des Präsidenten der brasilianischen Republik, dem Marschall und Freimaurer Hermes da Fonseca, gegeben wurde, der damals gerade in Lissabon weilte.

Zum echten Entsetzen des Königs und zum gespielten Entsetzen der vielen Logenbrüder unter den geladenen Gästen verbreitete sich zu vorgerückter Stunde wie ein Lauffeuer das ausgestreute Gerücht, eine Revolution sei ausgebrochen und habe bereits das ganze Land erfaßt.

Eine erfundene Schreckensnachricht jagte die andere, so daß der König den Eindruck gewinnen mußte, die Revolutionäre könnten jeden Augenblick bei der Tür hereinkommen und ihn festnehmen. Einkreist von Freimaurern, die sich augenfällig um seine Sicherheit besorgt zeigten, vermochte der verängstigte König aus dem allgemeinen Stimmengewirr nur noch die dringliche Warnung herauszuhören, daß es in dieser dramatischen Situation nur eine Chance für ihn gäbe: Die Flucht!

Nichts ahnend, daß er sich damit als König selbst abgesetzt hatte, ließ sich der junge Monarch in der vermeintlichen Vorstellung, mit dem Leben gerade noch davon gekommen zu sein, von zwei vertrauenserweckenden „Rettern“ in höchster Eile aus dem

Festsaal über einen Hinterausgang und dunkle Gassen zu einem Fluchtschiff geleiten, das im Hafen bereits vor Anker lag und nur noch darauf wartete, ihn auf schnellstem Wege nach England zu bringen.

So leicht wie in diesem Beispiel in Portugal ist die geheime Bruderschaft in einem am anderen Ende Europas liegenden Land beileibe nicht an die Macht gekommen: In Rußland. Dies obwohl der erste Freimaurer dieses gewaltigen Reiches kein Geringerer als der Zar persönlich gewesen ist. Sogar einer der bedeutendsten Zaren überhaupt: Peter der Große.

Der Freimaurerei gelang auch dann noch nicht der Sprung an die Macht, als fast schon die gesamte männliche Prominenz des Landes einer Loge angehörte. Wie zum Beispiel in der Zeit der Zarin Katharina II. Von wieviel Freimaurern ein Herrscher im damaligen Rußland umgeben war, veranschaulicht am besten ein Gespräch, das Katharina II. mit ihrem Polizeiminister geführt haben soll.

So wollte die Zarin von diesem erfahren, wer denn eigentlich an der Spitze der Freimaurerei in Rußland stünde, worauf sie zur Antwort bekam: „Den Chef kenne ich genau, wenn Majestät befehlen, soll er sofort hier sein!“ Auf die Frage der Zarin, woher er dies denn überhaupt wisse, erwiderte der Polizeiminister in einer Weise, als sei seine Feststellung die selbstverständlichste Sache der Welt: „Wie soll ich es nicht wissen, wenn ich doch selbst zu dieser Gesellschaft gehöre!“

Für die Ungereimtheit, daß der geheimen Bruderschaft trotz dieser hochkarätigen freimaurerischen Präsenz in Rußland die Übernahme der Macht im Lande noch versagt blieb, gibt es eine einfache Erklärung.

Zum Unterschied von England waren nämlich die Monarchen in Rußland trotz ihrer Zugehörigkeit zur Loge letztlich nicht bereit, ihre Seele der Freimaurerei zu verkaufen. Davon hielt sie nicht nur ihr fest verankerter Glaube, sondern auch ihr stark ausgeprägter Patriotismus ab.

Das heißt: Ihr Herz gehörte Rußland und ihrer christlichen Religion, und der Freimaurerei gehörte lediglich ihr Hirn. Und wenn sie einen tieferen Einblick in die Organisation der geheimen Bruderschaft gewinnen sowie deren ungeheure Macht und hintergründige Gefährlichkeit erkennen konnten, dann gehörte der Loge nicht einmal ihr Hirn.

So war es zum Beispiel beim Sohn Katharinas II., dem Zaren Paul I. Er war zunächst ein unkritischer Freimaurer, kehrte jedoch der geheimen Bruderschaft nach einiger Zeit den Rücken und erließ gegen diese sogar ein strenges Verbotsgesetz, worauf das eintrat, das in solchen Fällen mit erstaunlicher Verlässlichkeit einzutreten pflegte: Er wurde ermordet.

Das hinderte seinen Sohn und Nachfolger Alexander I. aber nicht, die Freimaurerei wieder zuzulassen und ihr selbst sogar beizutreten, worauf der Run auf die Logen neuerlich losging und in kürzester Zeit in der geheimen Bruderschaft des Landes alles präsent war, was im damaligen Rußland Rang und Namen hatte.

Eines Tages merkte jedoch auch dieser aufgeschlossene und vorurteilsfreie Zar, daß sich hinter der Freimaurerei nicht nur eine heimliche, sondern auch eine in jeder Hinsicht unheimliche Gesellschaft verbarg. Er entschloß sich daher, alle Geheimorganisationen im ganzen Reich striktest zu untersagen und alle Übertretungen mit strengen Strafen zu ahnden.

Das Verbot kostete auch ihm das Leben, denn er wurde von der Verschwörergruppe getötet, die nur nach außen hin unter der unverfänglichen Bezeichnung „Bund des öffentlichen Wohles“ in Erscheinung trat, an deren Spitze jedoch lauter Freimaurer standen. Darunter sogar Vertreter der Hocharistokratie wie Fürst Trubezkoi und Fürst Chakowskoi.

Sein Nachfolger Nikolaus I. ließ sich auf ein freundschaftliches Verhältnis mit der geheimen Bruderschaft erst gar nicht ein. Ganz im Gegenteil. Er ging vom ersten Tag seiner Herrschaft mit eiserner Faust gegen sie vor. Vor allem gegen die freimaurerische Mörderbande, die das Leben seines Vorgängers auf dem Gewissen hatte.

Die der Tat überführten Verschwörer wurden nämlich - ganz gleich, ob sie hauptschuldig oder nur mitschuldig waren - entweder am Schaffot hingerichtet oder unter qualvollsten Bedingungen in die trostlosesten Gebiete Sibiriens gebracht.

14. KAPITEL

Die Brutalität, mit der Nikolaus I. vorging, um jede Aktivität der geheimen Bruderschaft schon im Keime zu ersticken, reichte wohl aus, um die eine oder andere freimaurerische Revolutionszelle auszuheben und zu vernichten, sie genügte aber keineswegs, die Freimaurerei in Rußland als Ganzes zu zerschlagen.

Die russischen Logen existierten nämlich weiter, auch wenn deren Existenz unter Androhung drakonischer Strafen verboten gewesen ist. Und zwar im Untergrund. In einem sogar durchaus vornehmen Untergrund.

Denn die Freimaurer des damaligen Rußlands gehörten fast ausnahmslos der obersten Schicht der Gesellschaft an. Sie waren daher meist in jeder Weise vermögend. Also nicht nur reich an Geld, sondern auch einflußreich.

Das heißt: Sie hatten auch die Mittel, die höchsten Beamten der Behörden zu bestechen, welche für die rigorose Überwachung der strikten Einhaltung des strengen Verbots der Freimaurerei verantwortlich gewesen sind.

Ein auch im zaristischen Rußland bewährtes Mittel, dessen Einsatz sich in den meisten Fällen sogar erübrigte. Und zwar deshalb, weil viele der leitenden Amtsträger in Polizei und Justiz selbst Freimaurer waren und somit keiner finanziellen Nachhilfe bedurften, um ein eventuell anhängiges Verfahren gegen einen der Logenbrüder einzustellen.

Darüber hinaus wußte die geheime Bruderschaft auch in Rußland einen Weg, um die Aufdeckung einer freimaurerischen

Verschwörung wesentlich zu erschweren: Die Verlegung der Planung und Vorbereitung der brisantesten Revolutionstätigkeit ins Ausland, konkret in ein Land, in dem die Freimaurerei weder verboten ist noch sonstwie bekämpft wird.

Eine solche Umdisposition haben im vorigen Jahrhundert vor allem die Drahtzieher der revolutionären Bewegung in Ungarn mit bestem Erfolg vorgenommen, die aus Sicherheitsgründen nicht heimischen, sondern ausländischen Logen angehörten, in denen sie risikolos umstürzlerisch aktiv sein konnten.

Wie zum Beispiel der Vertraute von Kaiserin Elisabeth, Julius Graf Andrassy, der im Jahre 1854 der Pariser Loge „Mont Sinai“ beitrug. Oder Georg Klapka, der auf die Turiner Loge „Dante Alighieri“ auswich. Die Bischöfe Hyazinth Rönay und Michael Horvath wählten zur Verschleierung ihrer Freimaurerzugehörigkeit hingegen eine Loge in London bzw. in der Schweiz, während der bekannteste Revolutionär Ungarns, Ludwig von Kossuth, bei Logenbrüdern im amerikanischen Cincinnati Aufnahme fand.

Zum Unterschied von diesen Köpfen des ungarischen Aufstands besaßen die maßgebendsten russischen Revolutionäre sogar noch den Vorteil, daß sie nicht nur ihren Logensitz, sondern auch ihren jeweiligen Wohnsitz im gesicherten Ausland hatten, von wo aus sie den entscheidenden Umsturz in Rußland in aller Ruhe strategisch planen und in Angriff nehmen konnten.

Das trifft vor allem auf die herausragendsten Agitatoren und Organisatoren der Russischen Revolution zu: Auf den Freimaurer Wladimir Iljitsch Lenin, der über die französische Loge „Art et Travail“ zur geheimen Bruderschaft kam und Leo Trotzki, der darüber hinaus auch einer B'nai B'rith-Loge angehörte.

Beide waren nämlich jahrelang im Exil, bevor sie zum tödlichen Schlag gegen das Zarenregime und zur Übernahme der totalen Macht in Rußland ansetzten. Lenin vorwiegend in England und der Schweiz, Troztkij in erster Linie in New York.

Lenin und Troztkij sind bei ihrer unbehinderten Vorbereitung der Russischen Revolution im Ausland auch keineswegs allein gewesen, denn es standen praktisch alle emigrierten russischen Freimaurer zur Verfügung, die wegen ihrer Beteiligung an der gescheiterten Revolution in den Jahren 1904 bis 1906 ihre Heimat verlassen mußten.

Darüber hinaus wurde Lenin und Troztkij noch von einer ganz anderen und vor allem unvergleichlich durchschlagskräftigeren Seite jede erdenkliche Hilfe zuteil: Von der obersten Führung der Geheimpartei der Freimaurerei.

Im Führerhauptquartier der GPdFM war man nämlich in dieser Zeit an nichts mehr interessiert als am Gelingen der Russischen Revolution, denn die Strategen der geheimen Bruderschaft standen damals vor folgender Situation:

Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika war der Freimaurer Woodrow Wilson, Ministerpräsident von Frankreich der Freimaurer Georges Clemenceau und Premierminister von England der Freimaurer George Lloyd.

Die großen Machtzentren Washington, Paris und London waren also bereits in freimaurerischer Hand. In ihrer Sammlung erbeuteter Großstaaten fehlten der Geheimpartei der Freimaurerei daher nur noch drei weltpolitisch bedeutende Reiche: Das Deut-

sche Reich, die Habsburgermonarchie Österreich-Ungarn und das riesige Zarenreich Rußland.

Um auch nur eine dieser in jeder Hinsicht starken Mächte in ihre vollständige Gewalt zu bringen, brauchte die geheime Bruderschaft unbedingt mindestens einen der Herrscher der genannten Länder als absolut verlässlichen Bundesgenossen.

Der greise Kaiser Franz Josef I. in Wien kam dafür ebensowenig in Frage wie der deutsche Kaiser Wilhelm II., und zwar allein schon deshalb, weil beide spätestens seit den Ereignissen, die zum Ersten Weltkrieg führten, ein abgrundtiefes Mißtrauen vor allem gegenüber der Weltfreimaurerei hatten.

Es blieb somit für diese Rolle nur der Machthaber in Rußland übrig. In der damaligen russischen Hauptstadt Peterburg residierte jedoch ein Herrscher, der wohl dem Geheimbund beigetreten war, aber nie ein echter Logenbruder, also ein bedingungslos gehorchender Freimaurer geworden ist: Zar Nikolaus II.

Wie die meisten seiner Vorgänger vermochte nämlich auch dieser Monarch Rußlands nicht zu erfassen, daß er der geheimen Bruderschaft nur dann wirklich dienlich gewesen wäre, wenn er sein eigenes Land verraten hätte, wozu er jedoch in keiner Phase seiner Herrschaft eine Bereitschaft zeigte.

So hütete er beispielsweise die dem Zarenhaus gehörende russische Notenbank, die mit ihren mehr als tausend im ganzen Land verteilten Zweigstellen die aufstrebende heimische Industrie ohne jegliche Inflation ausreichend mit Geld versorgte, wie seinen Augapfel, statt es den von der Freimaurerei kontrollierten Staaten gleichzutun, die nichts dagegen hatten, sich währungs-

und finanzpolitisch von der legalisierten Banknotenfälscherbande des logenbrüderlichen Federal Reserve System, das 1913 in den USA eingeführt wurde, total abhängig machen zu lassen.

Trotz seiner Zugehörigkeit zur Loge war Zar Nikolaus II. auch in allen anderen Bereichen der Politik in keiner wie immer gearteten Weise bereit, von seinem eigenen Land auch nur einen Zipfel der Macht auf dem Fremdaltar der geheimen Bruderschaft zu opfern.

Denn die einzige Konzession, die er seinen Logenbrüdern machte, indem er auf der Seite der freimaurerischen Staaten England und Frankreich gegen die christlichen Länder Österreich und Deutschland in den Krieg zog, erfolgte auch ausschließlich aus einem patriotischen Motiv.

Auf Grund der Spekulation nämlich, daß für sein Rußland ein wesentlich größerer Landgewinn zu erwarten war, wenn - was dann auch geschehen ist - nicht die Regierungen in London und Paris, sondern die verantwortlichen Politiker in Berlin und Wien als Verlierer der militärischen Auseinandersetzung auf große Teile des Territoriums ihrer Länder verzichten müssen.

Die oberste Führung der Geheimpartei der Freimaurerei war jedoch überhaupt nicht daran interessiert, daß Rußland immer größer und dessen Machthaber immer mächtiger wurden. Ganz im Gegenteil. Ihr ging es allein darum, die Mächtigen dieses Landes zu entmachten, um selbst an die Macht zu kommen.

Da alle Erfahrungen, die sie mit den Zaren machten, eindeutig zeigten, daß ihr diese dabei nur den Weg versperrten, stand für die Spitze der GPdFM eines fest: Nicht nur der Zar Nikolaus II.,

sondern das ganze zaristische Herrschaftssystem mußte vernichtet werden. Und zwar von Grund auf.

Mehr noch: Die restlose Beseitigung der in Jahrhunderten gewachsenen und in der Seele des russischen Volkes tief eingegrabenen Autoritätsstrukturen des Zarenregimes setzten außer einer totalen Veränderung der Machtverhältnisse in diesem Lande auch eine fundamentale Umfunktionierung des erzkonservativen Staates in eine extremsozialistische Gesellschaft in Rußland voraus.

Ein gewaltiges freimaurerisches Vorhaben also, für dessen praktische Ausführung kaum jemand so prädestiniert erschien als die beiden russischen Emigranten Wladimir Iljitsch Lenin und Leo Trotzki. Denn jeder von ihnen war nicht nur ein vor revolutionärem Tatendrang strotzender freimaurerischer Anarchist, sondern auch ein ohne die geringsten Skrupel über Millionen Menschenleichen gehender Radikalsozialist. Es lag daher auf der Hand, daß die zuständigen De-facto-Funktionäre der GPdFM die Geheiminstruktion erhielten, alle freimaurerischen Hebel in Bewegung zu setzen, um den beiden Exil-Russen bei ihrem gigantischen Unternehmen nach besten Kräften unter die Arme greifen zu können.

Wie groß das Interesse der höchsten Führung der geheimen Bruderschaft am Gelingen der Freimaurerischen Revolution in Rußland - wie die Russische Revolution richtigerweise heißen müßte - gewesen ist, beweist wohl am besten die Tatsache, daß zur generalstabsmäßigen Vorbereitung dieser politischen Großoperation sogar ein eigenes Büro errichtet wurde. Und zwar in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen.

Mit der Leitung dieses Revolutionsbüros wurde der akademisch gebildete und in subversiver Tätigkeit erfahrene Alexander Helphand beauftragt, der zur Tarnung seiner Identität den Decknamen „Parvus“ benützte.

Helphand alias Parvus war der geheime Verbindungsmann nicht nur zu freimaurerischen Spitzenpolitikern wie US-Präsident Woodrow Wilson, sondern auch zu den führenden Repräsentanten der freimaurerischen Hochfinanz wie Max Warburg.

Er ist daher auch in der Lage gewesen, dafür zu sorgen, daß die Revolution nicht am mangelnden Geld scheiterte, was bei den Unsummen, die für diesen Zweck aufgebracht wurden, geradezu unmöglich war. So erhielt Lenin allein aus Helphands Hand sechs Millionen Dollar in Gold.

Dieser für damalige Begriffe immens hohe Betrag ist jedoch keineswegs das gesamte Budget gewesen, welches zur Finanzierung der Liquidation des Zarenregimes und der Errichtung einer Freimaurerherrschaft in Rußland zur Verfügung stand.

Lenins Revolutionspartner Trotzki wurde nämlich eine noch größere Summe ausgehändigt. Und zwar nicht weniger als 20 Millionen Dollar. Sein Geldgeber war der amerikanische Großbankier Jakob Schiff, der sogar öffentlich zugab, daß die Revolution in Rußland nicht zuletzt auf seine großzügige finanzielle Förderung zurückzuführen war.

Darüber hinaus flossen ansehnlichste Beträge auf Grund freimaurerischer Interventionen sowohl vom Rheinisch-Westfälischen Syndikat als auch von der Frankfurter Rothschild-Familienbank in die große Kasse der Revolutionäre.

Die ausreichende Ausrüstung der exilrussischen Revolutionäre mit Geld und Propagandamaterial war jedoch nicht die einzige Leistung, mit welcher die Führung der GPdFM zum Gelingen des Umsturzes in Rußland beitrug, denn die Entscheidungsträger dieser Geheimpartei trafen noch wesentlich umfassendere Vorkehrungen, damit der freimaurerische Generalangriff auf das Zarenreich auf keinen Fall mehr schiefgehen konnte.

Dazu gehörte unter anderem vor allem die geheime Etablierung einer Verschwörergruppe, die völlig unabhängig von den Exil-Revolutionstruppen Lenins und Trotzkijs agieren und auch schon viel früher als diese zum Einsatz kommen sollte. Und zwar direkt am Tatort, also dort, wo Zar Nikolaus II. residierte: In der damaligen russischen Hauptstadt Petersburg.

Das heißt: Zu dem Zeitpunkt, als Lenin und Trotzki bestens gerüstet mit ihren emigrierten Kampfgefährten nach Rußland aufbrachen, der eine in einem plombierten Eisenbahnwagon von der Schweiz aus und der andere mit dem Dampfer „Christiania“ von New York aus, hatte die oberste Führung der Geheimpartei der Freimaurerei in der Residenzstadt des Zaren bereits eine verschworene Gemeinschaft russischer Revolutionäre zur Verfügung, die jederzeit losschlagen konnten.

Der herausragende Kopf dieses Revolutionskomitees war der Freimaurer und Rechtsanwalt Alexander Fjodorowitsch Kerenskij. Sein geheimer Verbindungsmann zu den führenden Logenbrüdern in London, Paris und Washington war der Freimaurer und englische Botschafter in Petersburg Buchanan. Über diesen erhielten Kerenskij und sein Revolutionskomitee daher auch die freimaurerischen Geheiminstruktionen aus dem Westen.

Zunächst die Aufforderung, alles daranzusetzen, um eine Abdankung von Zar Nikolaus II. zu erwirken. Ein Auftrag, der schwieriger erschien, als er tatsächlich gewesen ist. Der Zar war zu dieser Zeit nämlich bei weitem nicht mehr so mächtig, wie er sich vermutlich selbst wähnte.

So dürfte er wahrscheinlich davon überzeugt gewesen sein, daß es zumindest eine Machtinstitution im Lande gab, auf die er sich im Ernstfall verlassen konnte: Die zaristische Geheimpolizei. Die Realität sah jedoch ganz anders aus, denn in Wirklichkeit waren die russischen Logen auch in die Organisation dieser Superleibwache des Zaren personell dermaßen eingedrungen, daß der Monarch offensichtlich bereits mehr von potentiellen Verrätern als von verlässlichen Beschützern umgeben zu sein schien.

Ähnlich gründlich freimaurerisch unterwandert war auch das russische Reichsparlament, was allein schon aus der Tatsache hervorging, daß sogar dessen Präsident Rodzianlo dem Führungsstab des Revolutionskomitees angehörte.

Die russischen Logenbrüder hatten darüber hinaus auch in der Heeresführung des Landes ganze Arbeit geleistet und dafür gesorgt, daß sich immer mehr hochrangige Offiziere vom Zaren ab- und den freimaurerischen Umstürzern zuwandten. Wie zum Beispiel General Gutschkow, der ebenfalls eine führende Funktion im Revolutionskomitee Kerenskijs ausübte.

Von der Weltmacht der geheimen Bruderschaft international umzingelt und von der Freimaurerei im eigenen Land total eingekreist, war Zar Nikolaus II. mit seiner ganzen Dynastie bereits ein Gefangener, noch ehe er gefangen genommen wurde.

Um ihn sichtbar schachmatt zu setzen, bedurfte es daher nur noch der freimaurerischen Nutzung eines Ereignisses, das im März 1917 in Rußland eintrat: Der kriegsbedingte Ausfall des russischen Transportsystems und der dadurch ausgelöste Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung in Petersburg.

In Anbetracht dieser tristen Situation brauchten nämlich die freimaurerisch revolutionären Verschwörer in der russischen Hauptstadt die Bevölkerung nur entsprechend gegen den Monarchen und die ganze Monarchie aufzuwiegeln, um den Zaren zum Rücktritt zu zwingen und nach dessen Abdankung die Regierungsmacht in Rußland zu übernehmen.

Damit hatte die geheime Bruderschaft jedoch nur die erste Etappe ihres Feldzuges zur Eroberung dieses Landes hinter sich, denn zur Errichtung einer unumschränkten Freimaurerherrschaft in Rußland war noch ein wesentlich größerer revolutionärer Schritt erforderlich: Die Entmachtung des Volkes, also die Ausschaltung der Menschen im Lande, die außer dem Zaren noch Macht hatten.

Das waren vor allem die reichen Leute, insbesondere die Großgrundbesitzer und Eigentümer kapitalkräftiger Unternehmen. Die nächste freimaurerische Aufgabe, welche auf die Revolutionäre in Rußland wartete, bestand daher darin, der vermögenden Bevölkerungsschicht des Landes diesen Besitz wegzunehmen.

Das hieß konkret: Alle, die mehr hatten, als sie zum Leben brauchten, ganz einfach zu enteignen. Ein revolutionärer Akt, der eine politische Gesinnung voraussetzt, welche die freimaur-

erischen Revolutionäre, die das Zarenregime gestürzt hatten, jedoch nicht besaßen.

Der neue Mann an der Spitze der russischen Regierung, der bereits erwähnte Kerenskij, war nämlich wie die meisten der Mitglieder des Revolutionskomitees ein Menschewik, was so viel hieß wie Angehöriger einer Minderheit.

Diese wurden so genannt, weil sie die Repräsentanten der gemäßigten Sozialisten gewesen sind, die am weichenstellenden Parteitag der russischen Sozialdemokratie, welcher im Jahre 1903 in London stattfand, in der Minderheit blieben. Zum Unterschied von Lenin und seinen Anhängern, die als Radikalsozialisten damals die Majorität schafften und deshalb die russische Bezeichnung für die Angehörigen einer Mehrheit bekamen: Bolschewiki.

Man könnte auch sagen: Die Bolschewiki sind Kommunisten gewesen, nach deren extremmarxistisch perverser Auffassung Eigentum als Diebstahl galt und aus dieser Sicht abzuschaffen war, während die Menschewiki eine sozialdemokratische Richtung vertraten, die auch den Privatbesitz an Produktionsmitteln sowie Grund und Boden prinzipiell respektierte.

Man konnte daher von den revolutionären Logenbrüdern der Menschewiki nicht gut erwarten, daß sie so ohne weiters bereit gewesen wären, bei der brutalen Enteignung der Reichen im Lande mitzumachen, nur um der geheimen Bruderschaft zu einer totalitären Diktatur in Rußland zu verhelfen.

Für die oberste Führung der Geheimpartei der Freimaurerei wäre es zwar kein Problem gewesen, Kerenskij und seine mensche-

wikischen Revolutionäre zu zwingen, über deren sozialdemokratischen Schatten zu springen, sie machte jedoch von dieser Möglichkeit ganz bewußt keinen Gebrauch. Und zwar aus einem sehr einsichtigen Grund:

Wie fast alle Zaren, die der geheimen Bruderschaft beitraten, waren nämlich auch die Logenbrüder, welche dem Revolutionskomitee angehörten, das die Abdankung des Monarchen erwirkte, keine echten Freimaurer, also Menschen, die nur eine Bindung kannten: Die Bindung an die Freimaurerei.

Vor allem die Großgrundbesitzer und Kapitalisten unter ihnen fühlten sich an ihren Reichtum mitunter sogar um vieles mehr als an die Loge gebunden. Sie waren daher in diesem Sinne nie Vollfreimaurer, sondern bestenfalls Halb- und Viertelfreimaurer.

Und sie wären garantiert nicht einmal das geblieben, wenn sie rechtzeitig durchschauen hätten können, daß der radikale Umsturz, den ihre Führung für Rußland ins Auge faßte, eine freimaurerische Revolution mit kommunistischer Stoßrichtung gewesen ist.

Also eine gezielt gegen sie gerichtete Veränderung der Machtverhältnisse im Lande, die nicht einmal ihr Leben, geschweige denn ihren Besitz verschonte. Ein politischer Selbstmord somit, an dem sie sich sicherlich nie und nimmer wissentlich beteiligt hätten.

Ganz im Gegenteil. Über die wahren Opfer dieser Revolution bei Zeiten unterrichtet, wären sie zur Rettung ihres Besitzes und ihrer Heimat Rußland trotz Logenzugehörigkeit wahrscheinlich

sogar als Gegenrevolutionäre aufgetreten und auf die Barrikaden gestiegen.

Der höchsten Führung der geheimen Bruderschaft war daher von Haus aus klar, daß diese Halb- und Viertelfreimaurer - so freimaurerisch wertvoll deren Beitrag zum revolutionären Auftakt im März 1917 auch gewesen ist - im Zusammenhang mit der kommunistischen Revolution, die erst im Oktober des gleichen Jahres stattfand, auf keinen Fall zu gebrauchen waren.

Ein Umstand, welcher die geheime Bruderschaft jedoch nicht im geringsten störte, denn mit den emigrierten Bolschewiki, die inzwischen sicher in Rußland gelandet waren, stand eine Revolutionstruppe zum Einsatz bereit, bei der es derlei Komplikationen nicht einmal in Ansätzen gab.

Diese revolutionären Logenbrüder waren nämlich fast ausnahmslos dialektisch geschulte Aktivisten, die dem Kommunismus nicht nur von der Theorie her bestens kannten, sondern auch in der Praxis beinhart anzuwenden wußten.

Allen voran ihr großer Anführer Wladimir Iljitsch Lenin, der mit grenzenloser Brutalität vorging und selbst vor den ärgsten Gewaltverbrechen nicht zurückschreckte, um seinem eigenen Volk das kommunistische Herrschaftssystem aufzuzwingen.

Mit welcher ungeheuren fanatischen Konsequenz und grauenhafter Mitleidslosigkeit Lenin dieses Ziel verfolgte, bezeugt am anschaulichsten ein überlieferter Ausspruch, den ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. So sagte er im Zusammenhang mit einer Massenexekution wörtlich folgendes:

„Was bedeutet der Verlust von 90 Prozent durch Hinrichtungen, wenn doch noch 10 Prozent Kommunisten übrig bleiben! Der Bolschewismus ist kein Pensionat für junge Damen. Die Kinder sollten alle den Hinrichtungen beiwohnen und sich freuen über den Tod ihrer Feinde.“

15. KAPITEL

Trotz seines bedingungslosen Engagements für den Kommunismus ist Lenin Zeit seines Lebens eines geblieben: Ein Freimaurer. Sogar ein lupenreiner Freimaurer. Also ein Vollfreimaurer. Und zwar deshalb, weil er auch nach dem kommunistischen Triumph der Machtergreifung in Rußland das allerwesentlichste Faktum nie aus den Augen verloren hat.

Die Tatsache nämlich, daß der Kommunismus kein Endzweck gewesen ist, sondern lediglich und ausschließlich als freimaurerisches Mittel eingesetzt wurde, das russische Volk gänzlich zu entmachten, um eine totalitäre Freimaurerherrschaft in Rußland errichten zu können.

Mit anderen Worten: Nicht Lenin und seine Bolschewiki haben sich der geheimen Bruderschaft bedient, um nach der freimaurerischen Revolution ein kommunistisches Regime in Rußland zu installieren, es hat sich vielmehr die geheime Bruderschaft dieser kommunistischen Revolutionäre bedient, um aus dem Zarenreich ein Freimaurerreich zu machen.

Lenin und den anderen bolschewikischen Logenbrüdern war auch vollkommen klar, daß sie diesem Sachverhalt auch dann Rechnung tragen mußten, als sie die Führung der einzigen Partei im Lande, der KPdSU, übernahmen und dadurch die sichtbaren Machthaber der Sowjetunion wurden.

Denn hätten sie diese Tatsache jemals außer acht gelassen, dann wäre es ihnen genauso ergangen wie ihren menschenwinkischen Revolutionskollegen Kerenskij und dessen logenbrüderlicher Gefolgschaft, welche die Machtzentrale der Ge-

heimpartei der Freimaurerei im Westen in dem von ihr beherrschten Rußland nicht mehr brauchen konnte.

Gleich diesen wären sie dann nämlich selbst aus den höchsten Ämtern über Nacht in der Versenkung der politischen Bedeutungslosigkeit verschwunden und hätten schon froh sein müssen, durch eine rechtzeitige Flucht ins Ausland wenigstens ihre Haut zu retten.

Das heißt im Klartext: Der eigentliche Machthaber in der scheinbar kommunistisch beherrschten UdSSR war nicht die Kommunistische Partei der Sowjetunion, also die KPdSU, sondern die Geheimpartei der Freimaurerei, die GPdFM.

Lenin, Trotzki und Genossen sind daher nur nach außenhin als die mächtigen Männer im Kreml in Erscheinung getreten, denn in Wirklichkeit waren sie alle bloß Erfüllungsgehilfen der höchsten Führung der geheimen Bruderschaft. Also nichts anderes als De-facto-Funktionäre der GPdFM. Das galt nicht nur für die Spitzenpositionen in der Politik, das galt praktisch für alle wichtigen Schaltstellen im Staate. Wie zum Beispiel den Führungsstab des KGB und der personellen Spitze der „Roten Armee“.

Der KGB war daher genau genommen kein kommunistischer, aber auch kein sowjetischer und schon gar nicht ein russischer, sondern ausschließlich ein freimaurerischer Geheimdienst. Ebenso stand die „Rote Armee“ weder im Dienste der Sowjetischen Republiken oder gar deren Völkern, denn in Wirklichkeit ist sie eine freimaurerische Armee mit russischen Soldaten gewesen.

Wem diese Einrichtungen der UdSSR tatsächlich gehörten, war sogar an dem symbolhaften Merkmal deutlich erkennbar, das sie

alle an auffallender Stelle trugen: An dem Hoheitszeichen der Geheimpartei der Freimaurerei, dem fünfzackigen Stern, mit dem auch die USA verschlüsselt, aber unmißverständlich demonstrativ zum Ausdruck bringen, daß niemand anderer als die geheime Bruderschaft ihr wahrer Besitzer ist.

Auch nach Lenins Tod blieb die KPdSU im festen Griff der GPdFM. Der neue Führer der diktatorischen Partei entsprach nämlich genau dem, was sich die geheime Bruderschaft von einem freimaurerischen Vasallen erwartete: Ihr gegenüber untätigst devot, dem Volk gegenüber jedoch barbarisch despotisch.

Sein Name: Josef Wissarionowitsch Stalin. Wie sehr dieser scheinbar starrköpfige Dikator Wachs in den Händen der Freimaurerei war, läßt sich allein schon an der Dauerhaftigkeit seiner Herrschaft erkennen. Sie währte nämlich länger als die Regentschaft der meisten Monarchen in Rußland, also jener Potentaten, deren Regierungszeit nicht durch Abwahl, sondern in der Regel erst durch Eintritt des Todes endete.

Zum Vergleich nur einige Daten über die Amtsperiode der Zaren, die im 19. und 20. Jahrhundert den russischen Thron bestiegen. Das war die Zeit, in der das Haus Romanow-Holstein-Gottorp Rußland beherrschte. Und zwar: Zar Paul I. von 1796 bis 1801. Zar Alexander I. von 1801 bis 1825. Zar Nikolaus I. von 1825 bis 1855. Zar Alexander II. von 1855 bis 1881. Zar Alexander III. von 1881 bis 1894 und der letzte Monarch Rußlands Zar Nikolaus II. von 1894 bis 1917. Demnach waren Paul I. 5 Jahre, Alexander III. 13 Jahre, Nikolaus II. 23 Jahre, Alexander I. 24 Jahre, Alexander II. 26 Jahre und Nikolaus I. 30 Jahre lang an der Macht.

Rußlands freimaurerischer „Zar“ Josef Stalin wurde nach dieser Aufstellung der russischen Langzeitregenten lediglich von dem 30 Jahre lang regierenden Nikolaus I. übertroffen, denn er beherrschte die Sowjetunion ohne Unterbrechung von 1924 bis zu seinem Tode im Jahre 1953.

Das waren insgesamt 29 Jahre. Eine Zeitspanne, die für die geheime Bruderschaft sicherlich ausreichend gewesen wäre, um einen widerspenstigen Stalin ähnlich wie dessen zaristische Vorgänger vor Ablauf der Lebensuhr unter die Erde zu bringen, wenn sie dies gewollt hätte.

Die oberste Führung der Geheimpartei der Freimaurerei sah sich dazu jedoch in keiner Weise veranlaßt. Ganz im Gegenteil. Sein Wirken war in all den Jahren für die geheime Bruderschaft von einem derartigen Nutzen, daß ihm diese nur ein möglichst langes Leben wünschen konnte.

Josef Stalin, der möglicherweise gar keiner Loge angehörte, also das gewesen sein könnte, was man einen „Freimaurer ohne Schurz“ nennt, war in der Zentrale der GPdFM als tüchtiger und vertrauenswürdiger De-facto-Funktionär offensichtlich sogar besser angeschrieben als der Logenbruder Leo Trotzki. Das zeigte allein schon die Tatsache, daß ihm die geheime Bruderschaft dessen Ermordung gar nicht übel nahm.

Das zeigte aber auch die Wertschätzung, welche der kommunistische Diktator bei führenden Logenbrüdern in der angeblich freien Welt genoß. Allen voran bei dem damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, dem Freimaurer Franklin Delano Roosevelt, sowie dem damaligen Premierminister Englands und Freimaurer Sir Winston Spencer Churchill.

Und das zeigte noch um vieles deutlicher die Großzügigkeit, mit der ihn die geheime Bruderschaft an der kollektiven Siegerbeute des Zweiten Weltkrieges beteiligte und damit zu dem machte, was er aus eigener kommunistischer Kraft nie und nimmer geworden wäre: Der große Führer der zweiten Supermacht in der Welt.

Die oberste Leitung der GPdFM ging dabei überhaupt kein Risiko ein, denn Josef Stalin war immer nur ihr Statthalter, ihr politischer Strohhalm im Osten. Alles, was sie ihm übergab, vermehrte daher nicht die Macht der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, sondern den Besitzstand der Geheimpartei der Freimaurerei.

Daran änderte sich auch nichts, als Stalin starb und ihm Georgi Maximilianowitsch Malenkow nachfolgte. Die geheime Bruderschaft konnte sich nämlich auch auf ihn verlassen. Eine Feststellung, die auch auf die Machthaber im Kreml zutraf, die nach Malenkow die Führung der KPdSU übernahmen.

Und zwar auf alle. Auf ausnahmslos alle. Also nicht nur auf den KPdSU-Apparatschik Nikita Chruschtschow, nicht nur auf den KPdSU-Doktrinär Leonid Breschnew und nicht nur auf den KPdSU-Bürokraten Yuri Andropow, sondern auch auf den KPdSU-Superreformer, den die ganze Welt als heldenhaften Befreier vom sowjetischen Kommunismus feierte: Michail Gorbatschow.

Das heißt, die Demokratiewelle, welcher dieser Mann mit seiner sogenannten „Perestrojka“ auslöste und die zu einer revolutionären Entwicklung führte, deren sichtbares Ergebnis das Ende der kommunistischen Herrschaft im ganzen Ostblock gewesen ist, erfolgte mit ausdrücklicher Zustimmung der wirklichen Macht-

haber in Moskau: Der höchsten Führer der Geheimpartei der Freimaurerei.

Es bestand daher nicht die geringste revolutionäre Absicht, die tatsächlich Mächtigen in der Sowjetunion und deren Satellitenstaaten zu stürzen. Mehr noch: Die Revolution, welche angeblich die kommunistischen Regimes in diesen Ländern förmlich weglegte, war - was immer man darunter auch versteht - gar keine Revolution.

Sie ist nämlich nur ein pseudorevolutionäres Theater gewesen, das die politischen Oberregisseure der geheimen Bruderschaft mit Hilfe ihrer Menschenrechtsorganisationen wie der „Charta 77“ und massiver Unterstützung der freimaurerischen Massenmedien weltweit inszenierten, um einen Abbruch des Kommunismus in Osteuropa vortäuschen zu können.

Denn in Wirklichkeit fand nur das statt, was es in diesem kommunistischen Freimaurerimperium in gewissen Zeitabständen immer schon gegeben hat: Personelle Säuberungsaktionen, die allein dem Zweck dienten, die Halb- und Viertelfreimaurer in den Reihen der De-facto-Funktionäre der GPdFM durch Vollfreimaurer zu ersetzen.

Der einzige Unterschied bestand dabei lediglich darin, daß die eingewechselten Vollfreimaurer in den einzelnen Ländern nicht mehr als Funktionäre der aufgelösten kommunistischen Einheitspartei, sondern als Vertreter der neuen freimaurerischen Parteien offiziell in Erscheinung traten, die überall wie Pilze aus dem Boden wuchsen.

Wie sich das in der Praxis abspielte und vor allem wie freimaurerisch gründlich ein solcher Szenenwechsel vorbereitet worden ist, möchte ich Ihnen nun zeigen. Und zwar am Beispiel der Tschechoslowakei.

Ich verwende dabei eine Hintergrundinformation, die auf den tschechischen Schriftsteller Miroslav Dolejš zurückgeht und die angeblichen Machtveränderung in Osteuropa in einem ganz und gar anderen Licht erscheinen läßt.

So schreibt dieser Autor, der jahrelang aus politischen Gründen inhaftiert war, über die „Charta 77“, in der die gleichen freimaurerischen Kräfte als Befreier vom Kommunismus auftraten, die dem tschechischen und dem slowakischen Volk dieses unmenschlichste aller Herrschaftssysteme aufoktroziert hatten, unter anderem folgendes:

„Unter den ersten 217 Signataren der Charta 77 waren mit Stichtag 1.Jänner 1977 nicht weniger als 156 ehemalige Kommunisten, darunter auch Personen, die sich an Terroraktionen beteiligt hatten wie zum Beispiel:

Der Leiter der Kaderabteilung der Volksmiliz Frantisek Kriger. Der ehemalige Vizepräsident des Tschechischen Jugendverbandes CSM und Funktionär der Gewerkschaft ROH Ladislav Lis. Das Mitglied mehrerer KP-Regierungen Ludmila Janovcová. Die Vertreterin des Außenministers Gertrude Sekaninová-Cekrlová. Der ehemalige Unterrichts- und Außenminister Jiri Hajek.

Der frühere Sekretär des KPC-Stadtausschusses und jetzige Rektor der Universität Vanek Silhan. Der ehemalige Leiter der ideologischen Abteilung der Kommunistischen Partei der Slowa-

kei und derzeitige Rektor an der Universität Bratislava Miroslav Kusy. Die seinerzeitige Direktorin der Kaderabteilung des Zentralkomitees der KPC Jarmila Taussigova.

Der Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes Rudolf Slansky, dessen gleichnamiger Vater Generalsekretär der KPC gewesen ist. Der Schriftsteller und überzeugte Kommunist Pavel Kohout. Der Marxist Jaroslav Sabata, der in den 50er Jahren sehr viele Studenten vom Studium ausgeschlossen und in die Besserungsanstalt nach Brno geschickt hatte. Der Leiter der Jugendorganisation Ludek Pachman.

Die Charta 77, die von Anfang an den Charakter einer Freimaurerloge hatte, erklärte am 1. Jänner 1977 sinngemäß folgendes: Sie möchte dem KP-Regime nicht schaden, sondern mit diesem einen konstruktiven Dialog führen. Erstaunlicherweise stieg die KPC darauf ein, weshalb die Charta 77 die ganze Zeit über mit der Zustimmung und wohlwollenden Kontrolle von STB und KGB arbeiten konnte.

Es war ihr sogar möglich, nicht nur kritische Publikationen herauszubringen, sondern auch ausländischen Sendern wie Radio Free Europa, Stimme Amerikas und BBC laufend Interviews zu geben, ohne daß die polizeilichen Behörden - wie in solchen Fällen üblich - nach § 112 des Strafgesetzbuches gegen sie vorgingen, der ähnliche Aktivitäten als strafbaren Tatbestand der Schädigung von Staatsinteressen im Ausland einstufte.

In den letzten Monaten vor dem 'Umsturz' reisten Mitglieder der Charta 77 sogar unbehindert aus der CSR aus, um im Ausland politische Gespräche zu führen. Die Finanzierung des privaten Aufwands der Charta-Funktionäre im Ausland organisierte der

eifrige Kommunist und ehemalige Direktor der Tschechischen Akademie der Wissenschaften Frantisek Janouch.

Janouch richtete in Schweden eigene Fonds für die Charta 71 ein, deren Gelder von jüdischen und freimaurerischen Organisationen stammten wie zum Beispiel vom PEN-Club, vom Rotary-Club oder von der Guggenheim-Stiftung.

Zusammen mit 23 Politologen und Soziologen besuchte der Kernphysiker Janouch 1988 Moskau, wo er im Kreml von Gorbatschow empfangen wurde. Danach konferierte er als Repräsentant der antikommunistischen Emigration mit Sacharow und Bonnevon. 1990 brachte er Unterstützungsgelder für die Charta 77 in die CSR und wurde von Vaclav Havel zum Außenpolitischen Berater ernannt.

Die Charta 77 wurde von etwa 70 bis 85 Personen geleitet, welche die Funktion eines Charta-Sprechers hatten. Dieser Personenkreis setzte sich vor allem aus Funktionären zusammen, die untereinander verwandt und verschwägert sowie Freimaurer und ehemalige Kommunisten waren. Zu ihnen gehörten die Familien Havel, Dienstbier, Uhl, Caslavská und Palouch.

Da sich die Charta 77 mit Rücksicht auf den kommunistischen Staat nur in einem beschränkten Maße betätigen konnte, wurden die eigentlichen Vorbereitungen der politischen Veränderungen in Europa - einschließlich CSSR- von STB, KGB, CIA und ähnlichen Organisationen getroffen. Die Aufgabe der Charta 77 bestand daher zunächst in erster Linie darin geeignete Personen für die Machtübernahme zu finden und zu sammeln, die eine Kontinuität der weltkommunistischen Bewegung gewährleisteten.

Die Verurteilung und vorübergehende Inhaftierung einiger Charta-Mitglieder erfüllte dabei sowohl einen erzieherischen als auch einen propagandistischen Zweck. Der Aufenthalt im Gefängnis war nämlich - auch wenn er nur ein paar Stunden währte - nicht nur ein erzwungener Anlaß, sich in Geduld zu fassen und in Disziplin zu üben, sondern auch eine willkommene Gelegenheit, die politisch 'Verfolgten' der Weltöffentlichkeit als Helden und Märtyrer präsentieren zu können.

In den USA wurde sogar ein eigenes Personal eingesetzt, welches die Aufgabe hatte, dafür zu sorgen, daß solche Meldungen aus der CSSR von den ausländischen Rundfunkstationen bereitwilligst aufgenommen und international ausgestrahlt worden sind.

Auf diese Weise wurden Mitglieder der Charta 77 weltweit bekannt gemacht, von denen vorher niemand etwas wußte. Demselben Zweck diente die Vergabe verschiedener literarischer Preise und die Verleihung von Ehrendoktoraten ausländischer Universitäten an bestimmte Mitglieder der Charta 77."

Diese Ausführungen über den angeblichen Machtwechsel in der Tschechoslowakei sind nur ein Teil der aufschlußreichen Hintergrundinformation des Schriftstellers Miroslav Dolejsi, denn der Autor beschäftigt sich an anderer Stelle auch ausführlichst mit der Hauptperson der Charta 77:

Mit dem von der internationalen Freimaurerpresse zum anti-kommunistischen Rebellen und genialen Staatsmann hoch-stilisierten Vaclav Havel. Über diesen tschechischen Gorbatschow schreibt Dolejsi unter anderem folgendes:

"Vaclav Havel wurde im Jahre 1968 während seines Aufenthaltes in den USA Hochgradfreimaurer. Als Zeremonienmeister bei der Aufnahme in die Loge fungierte der Präsident des PEN-Clubs und ehemalige Kommunist Arthur Willer. Wie einst der Staatspräsident der ersten CSRT.G.Masaryk, wurde auch Vaclav Havel in den 30.Freimaurergrad 'Ritual of Knight Kadosch' aufgenommen.

Unmittelbar nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten im Jahre 1989 rehabilitierte Vaclav Havel die vorher verpönten Freimaurerlogen, denen fast alle Mitglieder der Charta 77 und des 'Bürgerforums' angehörten. Außerdem nahm er die gesamte KP-Organisation einschließlich ihrer Mitglieder in Schutz und ließ kurz danach vom Parlament ein Gesetz verabschieden, welches der Kommunistischen Partei die Legalität und die Wählbarkeit sicherte.

Ganz in diesem Sinne stellte Havel seinen engsten Mitarbeiterstab zusammen, das sogenannte Präsidialregime, bestehend aus 43 bis 52 Beratern, zu deren Chef eine Person ernannt wurde, die immer schon ein wichtiger Verbindungsmann der Charta 77 zum Ausland gewesen ist: Fürst Johannes Karl Schwarzenberg.

Das zu einem Hotel und Spielcasino umgebaute Schloß Schwarzenbergs in Wien war nämlich der internationale Treffpunkt für führende Mitglieder der Charta 77. Dort wurden auch die Personen ausgesucht und bestimmt, die später Ministerposten erhielten.

Dort wurden aber auch Kontakte mit der tschechischen Emigranten-Organisation 'Rada slobodneho CSR v USA', dem Rat der

freien CSR in den USA, gepflogen, in dem unter der Leitung des derzeitigen Havel-Beraters Povolny das Programm für die zukünftigen Änderungen in Europa vorbereitet worden sind.

Die wichtigsten außenpolitischen Funktionen übertrug Staatspräsident Havel lauter ehemaligen Kommunisten: Den Außenministerposten Dienstbier, den Botschafterposten in Moskau Slansky und den Botschafterposten in den USA Klimova.

Schlüsselpositionen im Parlament erhielten die ehemaligen Kommunisten Lis, Sabata und Dubcek. Diesen zugeteilt wurden die Freimaurer Zeman, Kucera, Stanek und viele andere. Die öffentliche Verwaltung übernahm das frühere Mitglied des Zentralkomitee der KPC, und Premier der tschechischen Republik wurde Petr Pithard, ein ehemaliger Kommunist und Freimaurer..."

16. KAPITEL

Wie Sie aus diesem Bericht des tschechischen Autors Miroslav Dolejsi erkennen können, hat die geheime Bruderschaft weder die Absicht, auf die Macht zu verzichten, mit der sie ein Volk beherrscht, noch trägt sie sich mit dem Gedanken, das Instrument aus der Hand zu geben, das ihr zu dieser Macht verhalf: Den Kommunismus.

Das gilt nicht nur für die Tschechei und die Slowakei, sondern für alle Länder des ehemaligen Ostblocks. Also auch für die frühere DDR, in der sich der „tiefgreifende“ Machtwechsel ebenfalls darin erschöpfte, daß die freimaurerischen Kommunisten bloß von kommunistischen Freimauern abgelöst wurden. Oder personifiziert formuliert: Daß die Erich Honeckers lediglich mit den deutschen Vaclav Havels Platz getauscht haben.

Das heißt, der östliche Teil Deutschlands ist auch nach der Wiedervereinigung das geblieben, was er vorher war: Eine kommunistische Freimaurerhochburg. Und es ist keineswegs von der Hand zu weisen, daß auch dem westlichen Teil des wiedervereinigten Deutschlands schon in absehbarer Zeit ein ähnliches Schicksal widerfährt.

Denn es hindert niemand und nichts die geheime Bruderschaft daran, nach dem sowjetischen Politmodell in ganz Deutschland eine kommunistische Freimaurerdiktatur zu errichten. Sie war sogar schon einmal nahe daran, dies auch tatsächlich zu tun.

Und zwar nach dem Ersten Weltkrieg, als in Deutschland nicht zuletzt auf Grund des freimaurerischen Friedensdiktats von Versailles die Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende wirt-

schaftliche Not immer größer und der Zulauf zu den radikalen Parteien zwangsläufig immer stärker wurden.

Eine Radikalisierung der Politik, deren Gewinner vor allem zwei Parteien waren: Die Kommunistische Partei Deutschlands und die NSDAP des machtgierigen Adolf Hitler, dem es nicht genügte, nur Anführer einer Partei zu sein, weil er der Führer eines Großdeutschen Reiches werden wollte.

Die geheime Bruderschaft hätte die Realisierung dieses ehrgeizigen Vorhabens damals leicht verhindern können. Aber sie wollte dies offensichtlich nicht. Denn sie gab nicht der Kommunistischen Partei, sondern der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Hitlers grünes Licht für die Machtergreifung in Deutschland.

Auf Veranlassung der obersten Führung der Geheimpartei der Freimaurerei erhielten Adolf Hitler und seine NSDAP sogar noch mehr als nur grünes Licht, nämlich Geld. Und zwar über die gleichen freimaurerischen Bankierkreise, die auch die Revolution in Rußland finanzierten. Der Unterschied lag allein darin, daß der große Förderer des Kommunismus Jakob Schiff gewesen ist, während der Nationalsozialismus durch den Großbankier James P. Warburg zu einer kräftigen Finanzhilfe kam.

Wie dieser freimaurerische Geldtransfer erfolgte, beschreibt Heinz Pfeifer in seinem aufschlußreichen Buch „Brüder des Schattens“ sehr detailliert, in dem auf Seite 130 unter anderem folgendes zu lesen ist:

„Ein erstes Treffen zwischen Warburg und Hitler fand 1929 in München statt. Hitler forderte 100 Millionen Mark. Schließlich

einigte man sich auf 10 Millionen Dollar, zu hinterlegen bei den Bankiers Mendelsohn & Co. in Amsterdam.

Dieses Bankhaus hatte zehn Schecks über je eine Million Dollar auf zehn deutsche Städte verteilt auszustellen und auf zehn verschiedene Namen zu indossieren. In Gegenwart von James P. Warburg wurden die Schecks in Amsterdam dem Beauftragten Hitlers, von der Heydt, übergeben.

1931 fand die zweite Unterredung mit Hitler statt. Diesmal verlangte er 200 Millionen Mark und nachdem sich New York weigerte, begnügte er sich mit 15 Millionen Dollar. Die Auszahlung erfolgte mit fünf Millionen bei Mendelsohn & Co., mit weiteren fünf Millionen bei der Rotterdamschen Bankenvereinigung und mit den restlichen fünf Millionen bei der Banca Italiana in Rom. In Rotterdam war unter anderem Gregor Strasser bei der Geldübernahme zugegen, und in Rom erhielt Hermann Göring das Geld.

Noch ein drittes Mal traf sich Warburg mit Hitler, diesmal 1933 kurz nach dem Reichstagsbrand. Anstatt der geforderten 100 Millionen Mark wurden 7 Millionen Dollar ausgezahlt: fünf Millionen bei der Banca Italiana und zwei Millionen zahlte die Rhenania AG, Düsseldorf, Filiale der Royal Dutch in 15 gleichwertigen Schecks auf den Namen Goebbels."

Selbstverständlich hatte die geheime Bruderschaft ein Motiv dafür, daß sie ihre Bankverbindungen spielen ließ, um Adolf Hitler und seiner Partei dermaßen kräftig finanziell unter die Arme zu greifen. Und dieser Beweggrund war das Programm der NSDAP.

Nicht das ganze Programm, sondern nur ein Teil davon. Genau genommen waren es sogar nur zwei Punkte dieses Programms, die den höchsten Logenbrüdern in die Augen stachen: Die Abschaffung der Zinsknechtschaft und der Antisemitismus.

An der Abschaffung der Zinsherrschaft waren die freimaurerischen Bankiers, die von arbeitslosen Erträgen der Geldverleihung alles andere denn schlecht leben, natürlich in keiner Weise interessiert, weshalb dieser Punkt im NSDAP-Programm sofort gestrichen wurde, als Hitler und seine Partei die freimaurerische Finanzhilfe in Anspruch genommen hatten.

Zum Unterschied vom Antisemitismus, der auch nach der großen Geldspende aus Freimaurerhand ein programmatischer Schwerpunkt der NSDAP blieb. Die Aufrechterhaltung des antisemitischen Kurses der Hitler-Partei störte nämlich die oberste Führung der GPdFM überhaupt nicht.

Denn dem Antisemitismus des Nationalsozialismus fielen ja nur die Juden zum Opfer, welche der geheimen Bruderschaft genauso wenig bedeuteten wie die meisten Deutschen. Also die überwältigende Mehrheit der Juden, die keine Logenbrüder waren.

Einem richtigen Freimaurer, also einem Vollfreimaurer, störte der nationalsozialistische Antisemitismus selbst dann nicht, falls er selbst jüdischer Abstammung gewesen ist, weil er sich nur mit der Loge verbunden fühlte und ihm daher auch jegliche Bindung zu seinem eigenen Volk fehlte.

Das heißt: Auch den Juden, die im Führerhauptquartier der GPdFM irgendwo in Amerika, England oder Frankreich saßen,

ließ es völlig kalt, als Hitlers Schreibtischmörder im Hauptquartier der NSDAP in Berlin beschlossen, die deutschen Juden in Massen in die tödlichen Konzentrationslager zu schicken.

Mehr noch: Auch den jüdischen De-facto-Funktionären in den höchsten Gremien der Geheimpartei der Freimaurerei konnten es sogar nicht genug Juden sein, die den antisemitischen Schergen im nationalsozialistischen Deutschland auf grausamste Weise zum Opfer fielen.

Denn je größer die Zahl der tatsächlich ermordeten Juden war, desto weniger bestand die Notwendigkeit, Horrorzahlen von jüdischen Opfern des Nationalsozialismus zu erfinden, um das deutsche Volk nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches des größten Verbrechens aller Zeiten beschuldigen zu können.

Das große Interesse an möglichst vielen jüdischen Todesopfern war auch der Grund, warum die geheime Bruderschaft den Massenmörder Adolf Hitler so lange am Leben ließ, statt ihn nach bewährter freimaurerischer Methode durch einen logen-brüderlichen Todesengel vorzeitig zur Strecke zu bringen.

Es ist auch die Erklärung dafür, daß der Krieg, den die freimaurerischen Alliierten gegen Deutschland führten, künstlich in die Länge gezogen worden ist, und die geheime Bruderschaft in England von blankem Entsetzen befallen wurde, als dort plötzlich Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß schon im Jahre 1941 auftauchte, um im Namen des Dritten Reiches Friedensbereitschaft zu bekunden.

Wie richtig aus freimaurerischer Sicht die Entscheidung war, auf das Kriegsbeendigungsangebot von Rudolf Heß erst gar nicht

einzugehen, sondern diesen unbequemen Zeitzeugen sofort festzunehmen und bis zu seinem Lebensende nicht mehr auszulassen, zeigte sich nämlich spätestens nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Jahre 1945.

Mit dem ständigen Hinweis auf die unzähligen Juden, welche das mörderische Hitler-Regime in seinen industrialisierten Menschenmassenvernichtungsstätten in den Jahren nach 1941 im Schnellverfahren noch umkommen lassen konnte, war es für die Entscheidungsträger der GPdFM nämlich kein Problem, dem ganzen deutschen Volk einen dauerhaften Schuldkomplex anzuzüchten.

Mehr noch: Die oberste Führung der Geheimpartei der Freimaurerei ist nach dem Desaster, das verbrecherische Nazis angerichtet hatten, sogar in der Lage gewesen, dem deutschen Volk nicht nur den Nationalsozialismus, sondern jegliche Form von Nationalismus, also auch den Patriotismus ein für alle Mal auszutreiben.

Dermaßen gründlich auszutreiben, daß zum Beispiel die Bevölkerung im Deutschland von heute in ihren gefährlichsten Verführern, den De-facto-Funktionären der GPdFM, die nicht einmal davor zurückschrecken, das eigene Land zu verraten, ihre richtigen Führer zu erkennen glaubt.

Dazu umerzogen, an die Wahrung nationaler Interessen nicht einmal zu denken, geschweige denn danach zu handeln, ist das deutsche Volk auch nicht mehr fähig, im vollen Umfang zu erfassen, in welche politische Richtung eine Organisation wie die EG letztlich tendiert.

pie meisten Deutschen haben nämlich die naive Vorstellung, die Europäische Gemeinschaft ist dabei, so etwas ähnliches zu werden, wie es die Vereinigten Staaten von Amerika heute sind. Also eine Art Festung, zu der sich einzelne europäische Länder enger zusammenschließen, um gegenüber anderen Weltmächten sowohl politisch und wirtschaftlich als auch militärisch besser gerüstet zu sein.

Mit einem Wort: Sie sehen in der künftigen EG eine Art „Freiheitsnation Europa“. In Wirklichkeit hat jedoch das, was bei der europäischen Integration in Richtung EG herauskommt, weder mit der Freiheit noch mit einer Nation noch mit Europa etwas gemein.

Die Endstation der EG ist nämlich eine Super-UdSSR. Also eine extrem-kommunistische Freimaurerdiktatur. Und zwar nicht nur deshalb, weil die geheime Bruderschaft eine solche totalitäre Beherrschung der europäischen Völker zielstrebig anpeilt, sondern weil eine solche freimaurerische Entwicklung in der Organisationsstruktur der EG bereits eingeplant ist.

Um das zu erkennen, braucht man sich nur die Grundrechte der Europäischen Gemeinschaft einmal etwas genauer anzusehen. Sie bestehen in erster Linie aus den vier Freiheiten: Dem Recht auf freien Austausch von Waren, dem Recht auf freien Austausch von Dienstleistungen, dem Recht auf freien Kapitalverkehr und dem Recht auf freien Personenverkehr.

Oder anders formuliert: Die vier Freiheiten der EG umfassen die Handelsfreiheit, die Arbeitsfreiheit, die Devisenfreiheit und die Niederlassungsfreiheit. Das hört sich durchaus nicht schlecht an. Ganz im Gegenteil. Diese vier Freiheiten hören sich sogar

ausnehmend gut an. Allerdings nur in den Ohren von Menschen, die sich von wohlklingenden politischen Schlagworten beeindrucken lassen.

In Wirklichkeit sind nämlich diese vier EG-Freiheiten nichts anderes als eine Kurzfassung des „Kommunistischen Manifests“ von Karl Marx in der Formulierung eines kapitalistischen Vokabulars. Denn alle diese vier Freiheiten bewirken in der Praxis genau das, worauf der Kommunismus marxistischer Prägung letztlich hinausläuft:

Auf totale Sozialisierung, also auf Staatsmonopolisierung der Wirtschaft. Auf totale Nivellierung, also auf Gleichmacherei der ganzen Gesellschaft. Und auf totale Zentralisierung, also auf völlige Entmachtung des Volkes.

Diese tödliche Kausalität zwischen den vier Freiheiten der EG und dem vollendeten Kommunismus als deren Endstation wird selbst von blitzgescheiten Menschen deshalb übersehen, weil bei einer nur oberflächlichen Betrachtung die gravierende Tatsache unentdeckt bleibt, daß es in der Politik etwas gibt, das mindestens so wertvoll und unentbehrlich ist wie die Freiheit: Der Schutz.

Und zwar der Schutz nicht nur vor den Verbrechern, sondern auch gegenüber Kräften, die in anderer Weise für den einzelnen Bürger gefährdend, ja sogar existenzgefährdend werden können. Zum Beispiel die Starken, die ihre Stärke noch dadurch verstärken, daß sich organisieren und damit übermächtig werden.

Von einem solchen Schutz ist in der EG jedoch weit und breit nichts zu sehen. Ganz im Gegenteil. In vielen Bereichen gibt es sogar ein ausdrückliches Schutzverbot wie zum Beispiel in der Wirtschaft innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Dort darf weder ein leistungsschwächeres Unternehmen noch ein leistungsschwächerer Wirtschaftszweig noch ein wirtschaftlich leistungsschwächeres Land geschützt werden. Denn in der EG ist die absolute Wettbewerbsfreiheit Gesetz. Da gibt es keine wie immer gearteten Sicherheitsnetze gegenüber der beinhalten Konkurrenz. Also keinerlei Schutzzölle und auch keinerlei Schutzsubventionen.

Das heißt: In der EG sind die einzelnen Unternehmen und die einzelnen Volkswirtschaften einer stärkeren Konkurrenz schutzlos ausgeliefert. Oder noch krasser ausgedrückt: Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft herrscht der Vernichtungswettbewerb. Welcher wirtschaftspolitische Wahnsinn in einem solchen Wettbewerbssystem steckt, das die ruinöse Konkurrenz nicht nur toleriert, sondern praktisch institutionalisiert, läßt sich am deutlichsten bei einem Vergleich mit dem Sport erkennen.

Zur nachhaltigen Veranschaulichung wähle ich eine Sportart, die als besonders brutal gilt: Den Boxsport. In dieser wahrlich nicht zimperlichen Sportdisziplin wäre zum Beispiel ein Vernichtungswettbewerb, wie ihn die EG zuläßt, einfach undenkbar. Er würde nämlich bedeuten, daß ein Boxer auf seinen Gegner solange einschlagen darf, bis dieser tot ist.

Wie unentbehrlich selbst eine solche rohe Sportart den Schutz des Schwächeren erachtet, kann man auch an der Einteilung der Boxer in Gewichtsklassen erkennen. So gibt es nicht nur die

Trennung der Boxkämpfer in Fliegen-, Feder-, Leicht-, Bantam, Halbschwer- und Schwergewichtler, sondern auch in allen diesen Gewichtsklassen eigene Landes-, Europa- und Weltmeister.

Zum Unterschied vom wirtschaftlichen Vernichtungswettbewerb in der EG, wo ein Fliegengewichtsunternehmen in keiner Berufssparte einen Meistertitel erringen kann, weil es schon in der ersten Runde der Konfrontation von dem Schwergewichtsunternehmen der Branche geschlagen wird. Und zwar nicht nur k.o., also bewußtlos, sondern so schwer, daß es aus seiner Bewußtlosigkeit gar nicht mehr aufwacht.

Die unvermeidliche Folge dieses Vernichtungswettbewerbs besteht daher darin, daß die kleinen von den größeren, die größeren von den noch größeren, die noch größeren von den größten und die größten von den allergrößten Unternehmen im schlimmsten Fall vernichtet und im günstigsten Fall als Konkursmasse geschluckt werden.

Wie weit dieser Prozeß in der heutigen Europäischen Gemeinschaft bereits fortgeschritten ist, entnehme ich einem Artikel, den der Wirtschaftsjournalist Hanswerner Mackwitz unter dem Titel „EG - Supermarkt“ in Lebensmittelzeitungen veröffentlicht hat. Darin heißt es unter anderem:

„Das Europa der Giganten rückt täglich näher. Der Binnenmarkt kommt vor allem den Multis zugute, die schon jetzt über ein europaweites Netz von Betrieben verfügen. Nestle kauft unter anderem den britischen Süßwarenhersteller Rowntree und den größten deutschen Fleischwarenhersteller Herta ein.

Per britische Getränke-riesen Grandmet übernahm 'Burgerking', 'Wienerwald' und Fertiggerichtshersteller. Die französische BSN-Gruppe (Gervais-Danone, Kronenbourg-Bier, Pommery) vereinigte die größten Teigwarenproduzenten der BRD Sonnen-Bassermann und Birkel. Die dänische Großbrauerei Tuborg schlug bei Hannen zu.

Der Italomulti Ferruzzi macht europaweit Jagd auf Zucker, Stärke und Speiseöl. Der Unilever-Konzern macht mit 350.000.000.000,- Schilling Jahresumsatz so hohe Gewinne, daß diese zur Übernahme fast jeden Unternehmens befähigen."

Dieser Trend zur Konzentration ist natürlich nicht nur für die Lebensmittelbranche, sondern für alle Wirtschaftszweige in der EG typisch, denn er reicht vom Hersteller des Zeitungspapiers bis zu den Printmedien, welche dieses Papier bedrucken. Und das Resultat sind immer weniger Unternehmen, die auf eigenen Füßen zu stehen vermögen.

Das ist aber nur das Zwischenergebnis einer Entwicklung, die sich nach Inkrafttreten der Maastrichter Verträge sowie der sich abzeichnenden Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft noch wesentlich verschärfen und eines Tages zwangsläufig dazu führen wird, daß nur die größten aller größten Wirtschaftseinheiten, also die Multis unter den Konzernen, diesen Vernichtungswettbewerb überleben.

Diese dramatische Dezimierung ist auch aus einem anderen Grunde sehr wahrscheinlich. Die EG-Kommissare in Brüssel werden nämlich mit ihrem derzeitigen Budget von etwa 1.000 Milliarden Schilling nicht lange ihr Auslangen finden, und zwar selbst dann, wenn sie die Hälfte davon nicht mehr - wie bisher -

zum finanziellen Mundstopfen der EG-verdrossenen Bauern verwenden, sondern anderen Zwecken zuführen. Zum Beispiel dem Verkehr.

Denn der Verkehrsmoloch der EG wird in den nächsten Jahren allein ein Vielfaches davon verschlingen. Welche ungeheuren Summen notwendig sein werden, um die Verkehrswege in der künftigen Europäischen Gemeinschaft an den gigantischen EG-Transportbedarf anzupassen, kann sich jeder ausrechnen, der das Buch „Europa Entscheid“ gelesen hat, welches der Schweizer Nationalrat Rudolf H. Strahm schrieb.

In diesem Buch wird nämlich schonungslos aufgezeigt, wie viele Lastkraftwagen Tag für Tag völlig widersinnig nur deshalb durch halb Europa fahren, weil in der EG nicht einmal die Güter des täglichen Bedarfs in den Verbrauchsländern, sondern in den Regionen erzeugt werden, in denen die Produktion am billigsten ist.

Dazu nur ein Beispiel, das ich dem zitierten Buch entnommen habe: „Spanische Landwirtschaftsprodukte werden mit holländischen Lastkraftwagen nach Deutschland gebracht; von dort werden sie zwecks Ausnützung des tieferen Lohnniveaus zur Verarbeitung nach Italien transportiert. Abgepackt und abgefüllt gelangen sie schließlich wieder nach Deutschland in die Shopping-Center.“

Außer für den Verkehr zeichnet sich auch noch für einen anderen EG-Zweck ein Budget ab, das sich über kurz oder lang zu einem Faß ohne Boden entwickeln wird: Der Kohäsionsfonds der Europäischen Gemeinschaft.

Er hat den Zweck, die finanziellen Mitteln bereitzustellen, die notwendig sind, zur Stärkung des Zusammenhalts der einzelnen

EG-Mitglieder das Wohlstandsgefälle zwischen den armen und den reichen Ländern in der Europäischen Gemeinschaft auszugleichen.

Eine Funktion also, die nichts anderes ist als eine sozialistische Umverteilungspolitik auf Staatenebene. Oder anders formuliert: Nutznießer dieses Umverteilungssozialismus sind nicht arme Bürger, sondern arme Länder und Regionen.

Das zur Erfüllung dieser Umverteilungsfunktion des Kohäsionsfonds notwendigen Gelder wird sich die EG wie jede sozialistische Einrichtung unter anderem auch von den wenigen noch vorhandenen Privatbetrieben holen, die gut gehen. Und zwar solange, solange sie noch gut gehen.

Das heißt: Der letzte Rest von Privatunternehmen, die den Vernichtungswettbewerb in der Europäischen Gemeinschaft überleben, werden vom EG-Sozialismus steuerlich solange zur Ader gelassen, bis auch sie aufhören zu existieren und einer kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaft Platz machen.

Mit dem Wegfall der Privatwirtschaft würde selbstverständlich auch der Wohlstand spürbar zurückgehen und mit der Zeit selbst in den reichsten EG-Ländern auf das bescheidene Niveau der armen EG-Länder absacken. Das brauchte die Machthaber der Europäischen Gemeinschaft jedoch nicht sonderlich zu stören.

Denn sie hätten bis dahin längst ein wirksames Instrument zur Verfügung, um alle unzufriedenen EG-Bürger jederzeit in Schach halten zu können: Das Datenmonster in Brüssel, an dessen Errichtung schon eifrig gearbeitet wird.

17. KAPITEL

Wie dieses Datenmonster praktisch zum Einsatz kommen soll, habe ich als Sprecher des „Bürgerschutzkomitees“ in einem Flugblatt veröffentlicht, das schon seit längerer Zeit in größerer Auflage im Umlauf ist und folgenden Inhalt hat:

„Das verschweigen die Massenmedien. Im Hauptquartier der EG in Brüssel wird die Errichtung eines elektronischen Datenmonsters zur geheimen Überwachung aller Bürger Europas vorbereitet. Lückenlose Bürgerbespitzelung durch unsichtbare Tätowierung einer 18stelligen Codeziffer.

Unter dem Vorwand der Einführung eines bargeldlosen Zahlungsverkehrs wird hinter den Kulissen des EG-Machtzentrums in Brüssel die Errichtung eines elektronischen Datenmonsters vorbereitet, dessen Überwachungskapazität alle bisherigen Horrorvisionen obrigkeitsstaatlicher Registrierbarkeit von Menschen bei weitem übertrifft.

Dieses perfekte Kontrollsystem ermöglicht eine lückenlose Bespitzelung der Bevölkerung, weil auch persönlichste Daten über eine 18stellige Codeziffer - als unsichtbare Laserkennzeichnung in der Hand eines jeden Bürgers tätowiert - vom Superdatenspeicher jederzeit abrufbar sind.

Bezeichnenderweise wird die Ungeheuerlichkeit dieser drohenden EG-Diktatur auch von jenen Massenmedien verschwiegen, die bekannt dafür sind, daß sie keine Gelegenheit auslassen, um den Menschen Angst zu machen.

Die Bevölkerung der beitriftswilligen Staaten soll nämlich den wahren Zweck des elektronischen Datenmonsters erst dann erfahren, wenn ihr Anschluß an die Europäische Gemeinschaft vollzogen ist und sie der EG-Superbürokratie restlos ausgeliefert sind."

Obwohl alle maßgebenden Stellen in Österreich diese Information erhielten, rührte sich monatelang nichts. Da das Flugblatt, wie wir den unzähligen Anrufen in unserem Bürgerschutzbüro in der Wiener Gardegasse entnehmen konnten, viele Bürger wachrüttelte, war es für die Massenmedien schwer, dessen brisanten Inhalt einer breiteren Öffentlichkeit gänzlich vorzuenthalten.

Offensichtlich aus diesem Grunde erschien am 6.Oktober 1992 in der Tageszeitung „Die Presse" unter dem Titel „Brüssel dementiert Datenmonster - Flugblatt über tätowierten Code verunsichert Österreicher" folgenden Bericht:

„WIEN/BRÜSSEL. 'Die EG baut ein Fahndungssystem auf, das die Verbrechensbekämpfung nach dem Wegfallen der Binnengrenzkontrolle erleichtern soll, eine Gesamterfassung aller EG-Bürger ist nicht vorgesehen.'

Die zuständige Abteilung der EG-Kommission, die zur Vorbereitung eines grenzenlosen Europas mit Sicherheitsfragen betraut ist, dementiert gegenüber der 'Presse' Gerüchte, daß Brüssel ein 'Datenmonster' einführen will, das über einen unsichtbar eintätowierten Code alle EG-Bürger erfassen soll.

Bereits zum zweiten Mal hat das 'Bürgerschutzkomitee, überparteiliche Interessensvertretung österreichischer Bürger' unter der Führung von Karl Steinhauser in einer Aussendung an die

heimischen Haushalte die Behauptung aufgestellt, die EG bereite eine lückenlose Bürgerbespitzelung vor.

Im Text des Flugblattes heißt es: 'Dieses perfekte Kontrollsystem ermöglicht eine lückenlose Bespitzelung der Bevölkerung, weil auch persönliche Daten über eine 18stellige Codeziffer - als unsichtbare Laserkennzeichnung in die Hand eines jeden Bürgers tätowiert - vom Superdatenspeicher jederzeit abrufbar sind.'

In Brüssel herrscht über solche 'Gerüchte' Verwunderung. Die Tätowierung sei absurd. Außerdem sei es technisch heute noch immer unvorstellbar, alle EG-Bürger in einem Zentralcomputer zu erfassen. Das Fahndungssystem für die Zeit der offenen Grenzen, das höchstens in ferner Verwandtschaft dieser Gerüchte angesiedelt werden kann, wird nur erfassen, die in einem der Mitgliedstaaten Verbrechen begangen haben.

Lange Debatten gab es im zuständigen Ausschuß der Kommission über die Mindestanforderungen für eine Aufnahme in die Datei. In Diskussionen waren Personen, die eine Strafe von einem Jahr verbüßt haben.

Eine computergeschützte Erfassung ist auch für die Visa-Erteilung vorgesehen. Mit der Abschaffung der Grenzkontrolle innerhalb der EG wird es notwendig, die Visavergabe der Mitgliedstaaten zu koordinieren. Personen, die in einem der EG-Staaten ein Einreiseverbot haben, dürfen dann nicht ohneweiters in eines der anderen EG-Länder einreisen."

Faßt man die Einwände der EG-Beamten in Brüssel zusammen, dann lautet deren Stellungnahme zum drohenden Bürgerüberwachungsstaat nach diesem Bericht kurz so: Es existiert wohl

etwas ähnliches wie das Datenmonster, doch werde dieses nur zur Kontrollierbarkeit von Personen eingesetzt, die eine Strafe von mindestens einem Jahr verbüßt haben. Außerdem sei es technisch heute noch nicht möglich, alle EG-Bürger in einem Zentralcomputer zu erfassen.

Zum ersten Einwand kann man nur sagen: Wer kann überprüfen, daß die Volkskontrolloren in der EG-Machtzentrale in Brüssel das elektronische Superhirn nur dazu benützen, vorbestrafte Verbrecher zu überwachen und nicht auch dafür verwenden, um politisch unbequeme Bürger auf Schritt und Tritt verfolgen zu können?

Und zum zweiten Einwand: Es ist vielleicht noch nicht heute, aber sicherlich schon in nahester Zukunft technisch möglich, die Bürger in ganz Europa lückenlos zu bespitzeln. Und zwar nicht nur mit tätowierten Codeziffern, sondern mit noch viel schockierenden datenelektronischen Hilfsmitteln.

Um Ihnen einen Einblick zu gewähren, was auf diesem revolutionärsten Bereich der Technik alles möglich ist und in Riesenschritten auf die Menschheit zukommt, möchte ich Ihnen auszugsweise einen Artikel wiedergeben, den die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 30.Juli 1991 unter dem Titel „Der implantierte Personalausweis und die Folgen“ veröffentlichte und den der in Bielefeld lehrende Professor Dietmar Dietrich verfaßt hat. Darin heißt es wörtlich:

„Man stelle sich folgendes vor: Ein Mikroprozessor wird mit Speicher in den notwendigen peripheren Bausteinen so hochintegriert wie möglich hergestellt und in eine kleine Kapsel eingeschlossen, nicht größer als ein Medikament zum Schlucken.

Diese Kapsel kann jedem neugeborenen Kind so eingepflanzt werden, daß sie nach wenigen Wochen verwachsen und weder spürbar noch sichtbar ist. Das für den Prozessor integrierte Programm könnte die Angaben eines Personalausweises, zusätzlich Daten eines Gesundheitspasses, eines Kontos und vieles mehr enthalten.

Man stelle sich doch all die Vorteile vor: Sind am Prozessor die richtigen Sensoren angebracht, können Erkrankungen schneller erkannt werden, als der Patient sie am Symptom registriert. Wenn in jedem Haus, in allen öffentlichen Verkehrsmitteln und flächen, in jedem Auto Empfänger installiert sind, kann der Prozessor Notrufe über Funk absetzen, die von ambulanten Stationen gehört werden der Rettungshubschrauber ist da, bevor der Patient weiß, daß er krank ist.

Ältere und chronisch kranke Menschen können rund um die Uhr über zentrale Rechner ärztlich überwacht werden. Personalausweis-Kontrollen sind dann nur noch ein Bild der Vergangenheit. Überschreitet man die Grenze, wird wiederum automatisch von einem Rechner aus der körperintegrierte Prozessor aufgefordert, sich zu identifizieren. Seine Daten werden übermittelt und können überprüft werden, ohne daß eine Person aktiv daran beteiligt ist.

Schwarzfahren in öffentlichen Verkehrsmitteln ist nicht mehr möglich. Gleichgültig, von wo man telefoniert, die Kosten werden direkt vom eigenen Konto abgebucht. Man betrachte auch das Gebiet der Kontoführung und konzentriere sich beispielhaft auf die Problematik des Scheckkartendiebstahls. Wird das Konto über den integrierten Prozessor geführt, wäre ein Diebstahl allenfalls durch eine Operation möglich.

Gutgeschrieben und belastet wird automatisch beim Schlafen. Man betritt einen Laden, lädt sich den Einkaufswagen voll, läßt sich an der Kasse die Waren registrieren - und beim Hinausgehen wird schon automatisch abgebucht.

Die Peinlichkeit einer Überweisung von Geldstrafen über die eigene Bank, wo jeder jeden kennt, gibt es nicht mehr. Schon im Moment, da man beim zu schnellen Fahren geblitzt wird, wird ein entsprechender Betrag vom Konto abgebucht. Das bekommt man später über Telex von seinem hauseigenen PC mitgeteilt - anonym, was nicht ganz so schmerzlich ist.

Die Liste ließe sich nahezu endlos fortsetzen. Der Mensch stünde vor einer gesellschaftlichen Umwälzung ohnegleichen. Nicht nur der drastisch reduzierte bürokratische Aufwand und die damit verbundene Personalreduzierung im öffentlichen Dienst wären zu erwähnen.

Technisch gesehen ist diese Vision nicht Zukunftsmusik, sondern könnte sofort realisiert werden. Taschenrechner haben Scheckkartengröße, und das auch nur, weil die Tastatur wegen der klobigen Finger so groß sein muß. In modernen Schlüsseln sind Mikroprozessoren enthalten, die eine erhöhte Zuverlässigkeit garantieren und es erlauben, unterschiedliche Zutrittsberechtigungen einzuprogrammieren.

In Norddeutschland pflanzt ein Schweinezüchter Jungferkeln Mikroprozessorpillen ein: Sie garantieren, daß das Tier am Trog auch die ihm zugeordnete Futtermenge erhält - nicht mehr und nicht weniger. Würde man also ein vernünftiges Forschungsprojekt ansetzen, hätte man spätestens in vier bis fünf Jahren die gewünschten Ergebnisse: Den implantierten Personalausweis."

Der Autor befaßt sich in diesem Artikel auch noch mit der Frage, wie weit es realistisch ist anzunehmen, daß sich selbst Bürger, die allen staatlichen Überwachungssystemen gegenüber argwöhnisch sind, einen solchen Mikroprozessor einpflanzen werden lassen. Und er kommt dabei zu der Schlußfolgerung, daß sie es nur dann tun werden, wenn sie darin für sich persönlich mehr Vorteile als Nachteile vermuten.

Damit sich auch mißtrauische Bürger mit einer solchen Zentralisierung ihrer intimsten Daten anfreunden, brauchten die De-facto-Funktionäre der GPdFM in Europa daher nur ähnlich vorgehen wie bei ihrer Stimmungsmache für einen EG-Beitritt:

Die geballte Suggestivkraft der freimaurerischen Medien gezielt einsetzen, um der Bevölkerung einzureden, daß die Nachteile der Einführung eines derart perfekten Überwachungssystems auf alle Fälle wesentlich geringer als die Nachteile einer Nichteinführung sind.

Dabei würde es vollkommen genügen, immer wieder darauf hinzuweisen, daß nach Wegfall der Grenzkontrollen in allen Staaten der Europäischen Gemeinschaft vor allem das organisierte Verbrechen nur mit Hilfe eines solchen datenelektronischen Superauges flächendeckend und lückenlos bekämpft werden könne.

Ein Argument, welches gar nicht leicht von der Hand zu weisen wäre, denn es ist mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß innerhalb der grenzschutzlosen EG der sogenannte Kriminaltourismus sich wie eine Seuche ausbreiten und zur Volksplage Nr.1 werden wird. Und zwar

überall, also nicht nur in den Städten, sondern auch im ländlichen Raum.

Man braucht daher nicht viel Phantasie zu haben, um sich vorstellen zu können, daß die Bürger aller EG-Länder in Anbetracht einer derartigen Bedrohung seitens des organisierten Verbrechens ihre anfängliche Aversion gegen eine kontrollsichere Überwachung des gesamten Territoriums der Europäischen Gemeinschaft mittels eines zentralgesteuerten Datensupercomputers bald ablegen würden.

In Ermangelung jeglicher Demokratie in der Organisation der EG hätten sie auch gar keine Möglichkeit, die Errichtung eines solchen Datenmonsters zu verhindern. Die selbstherrlichen EG-Kommissare in Brüssel werden die Bürger der Europäischen Gemeinschaft daher erst gar nicht fragen, ob sie tätowiert oder implantiert kontrolliert werden möchten, sondern eines von beiden ganz einfach tun.

Sogar tun müssen. Und zwar aus folgendem Grund: Den eigentlichen Machthabern der EG, der höchsten Führung der Geheimpartei der Freimaurerei, geht es nicht nur um die europäische Integration, denn ihr Endziel ist die Integration aller Völker, Rassen und Nationen zu einem Welteinheitsstaat. Sie sind daher nicht nur für eine Verschmelzung der europäischen Völker, sondern für eine weltweite Völkervermischung.

Es genügt ihnen daher nicht, alle Grenzen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft abzuschaffen, um eine Völkerwanderbewegung zwischen den einzelnen EG-Ländern zu erleichtern. Sie müssen vielmehr auch die Außengrenzen der Europäischen

Gemeinschaft so weit öffnen, daß Zuwanderer aus aller Welt in die EG in Massen einströmen können.

Welche ungeheuren Menschenlawinen dadurch auf die EG einstürzen werden, ist besonders deutlich einem Bericht zu entnehmen, den der internationale Hintergrundinformationsdienst für Politik, Wirtschaft und Wehrwesen „interinfo“ in seiner Mai-Nummer 1992 veröffentlicht hat. Darin heißt es:

„Auf Europa rollt eine Einwanderungswelle unvorstellbaren Ausmaßes zu. Das Londoner Institut für europäische Verteidigungs- und strategische Studien schreibt: 'Kein Imperium der Geschichte ist je zusammengebrochen, ohne daß dies eine große Völkerwanderung ausgelöst hätte, und Osteuropa wird dabei keine Ausnahme machen. Westeuropa scheint sich dieser Gefahr bisher nicht genug bewußt zu sein, Und die gerade befreiten osteuropäischen Nationen werden in das bevorstehende Chaos mit hineingerissen werden.'“

Die brasilianische Zeitung 'Diario' berichtete bereits am 27.12.1990, daß 41 Millionen Bürger der ehemaligen Sowjetunion zur Einwanderung in den Westen bereitstünden. Auch Chinas kommunistischer Staatschef Deng Xiaoping kündigte an, daß er 100 Millionen Chinesen nach Europa schicken werde, wenn sich die Wirtschaft des Landes verschlechtern sollte.

Zu den notleidenden Massen aus dem Osten kommt die Invasion der moslemischen Einwanderer. Der Direktor des französischen Instituts für Internationale Beziehungen Thierry de Montbrial erwartet nach einer Studie, daß Europa bis zum Jahre 2025 mit 50 Millionen fundamentalistischer moslemischer Einwanderer zu rechnen habe, was zu schweren kulturellen Reibungen führen

und das Gesicht und die Kultur Europas grundlegend verändern würde.

'Es wird zum ersten Weltkrieg der Kulturen kommen', erklärte ein marokkanischer Intellektueller. Die große Masse der Einwanderer wird sich in Deutschland, dem reichsten Land Europas, niederlassen.

In Anbetracht der Gefahr der Islamisierung Europas und der stagnierenden Geburtenrate in Deutschland warnte der italienische Erzbischof Ersilio Tonini davor, daß Fachleute voraussagen, daß es im Jahre 2050 in Deutschland nur noch 10 Millionen Deutsche, dafür aber 50 Millionen Afro-Asiaten geben wird."

Obwohl er es nicht direkt ausspricht, sagt dieser Bericht über die europäische Integration mehr aus als alle Bücher, die bisher darüber geschrieben wurden, denn er verrät, was die EG in Wahrheit ist:

Ein totalitäres Herrschaftssystem, welches bewirken soll, daß sich alle Völker, die an diese Organisation festgebunden sind, ganz ruhig halten, wenn die eigentlichen Machthaber der Europäischen Gemeinschaft, die höchsten Funktionäre der Geheimpartei der Freimaurerei, an ihnen einen operativen Eingriff vornehmen, wie es ihn noch nie gegeben hat: Die größte Rassenvermischung in der Geschichte der Menschheit.

Und damit sich diese Völker dabei auch wirklich ruhig halten und dagegen nicht auflehnen, bekommen die sichtbaren Herrscher der Europäischen Gemeinschaft, die EG-Kommissare, ein Machtinstrument in die Hand, wie es noch keiner Diktatur der Welt zur Verfügung stand: Das Datenmonster in Brüssel.

DER AUTOR

Karl Steinhauser, Dr.rer.pol., Jahrgang 1936, von Beruf Journalist, Publizist und Politologe, Studien an der Hochschule für Welthandel in Wien, an der Hochschule für Politik in München und an der Juridischen Fakultät der Universitäten Wien und Graz, von 1967 bis 1971 innenpolitischer Redakteur und Parlamentsberichterstatte der österreichischen Tageszeitung "Kurier", danach Leiter des Instituts für Politische Konzepte und Vorsitzender des "Corps Economique", Vereinigung für politische Solidarisierung der Privatwirtschaft, derzeit Sprecher des "Bürgerschutzkomitees" und der Aktionsgemeinschaft patriotischer Bürger "SOS Österreich".

SEINE AKTUELLSTEN BÜCHER

DIE LEGALE MAFIA

Tatsachenbericht über die internationale Verflechtung der Macht in Regierung, Partei, Gewerkschaft, Kirche, Kunst und Medien. 320 Seiten. Erschienen 1990.

DES TEUFELS FUNKTIONÄRE

Tatsachenbericht über Geheimverbindungen führender Politiker zur legalen Mafia der Weltfreimaurerei und die antichristliche Konspiration hoher kirchlicher Würdenträger mit den Machern der öffentlichen Meinung. 272 Seiten. Erschienen 1991.

WHO IS WHO OHNE MASKE

Tatsachenbericht über die geheime Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirche, Kunst und Medien an verschwörerischen Aktivitäten zur Auslieferung des eigenen Landes an eine anonyme Weltmacht. 346 Seiten. Erschienen 1992.

EG - DIE SUPER-UDSSR VON MORGEN Tatsachenbericht über die totalitäre Machterfreifung der Geheimpartei der Freimaurerei in Europa. 240 Seiten. Erschienen 1992.

SEINE BISHERIGEN KONZEPTE

DIE SOZIALBANK, Modell eines populären Leistungsstaates mit optimaler sozialer Sicherheit trotz minimaler Steuerbelastung.

DIE DELIKTSTEUER, Konzept für ein leistungsfreundliches Lohn- und Einkommensteuersystem.

DER VOLKSANWALT, Modell einer Staats- und parteiunabhängigen Institution als Gegenstück zum weisungsgebundenen Staatsanwalt.

DAS NOTENWAHLRECHT, Methode zur Ermittlung der wahren Meinung des Wählers.

DER FREIE SCHULMARKT, Ausbildungssystem auf der Basis der vollkommenen Konkurrenz.

DER WELTKURSTAAT, Modell zur größtmöglichen Nutzung der einmaligen Zukunftschancen von Österreichs Fremdenverkehr und Landwirtschaft.

DIE FRIEDENSARMEE, Modell einer umfassenden Landesverteidigung mittels multidifferenzierter Truppen. DIE SUPERHANDELSGESELLSCHAFT, Modell einer versicherten Marktwirtschaft zur Mobilisierung aller brachliegenden Substanzen.

DER DORFINTENDANT, Reformplan einer Freizeitpolitik für den ländlichen Raum.

SEIN POLITISCHES PROGRAMM

Arbeit statt Arbeitslosengeld
Deliktsteuern statt Leistungssteuern
Nullzinsenkredite statt Gratissubventionen
Sozialbank statt Profitnotenbank
Schutzzollgrenzen statt Weltfreihandel
Naturbauernhöfe statt Agrarchemiefabriken
Gartenheime statt Wohnsilos
Aufbaukultur statt Fäkalienkunst
Adoption statt Abtreibung
Sozialerziehung statt Sexualunterricht
Disziplin statt Drogen
Sozialdienstpflicht statt Wehrdienstpflicht
Bürgerschutz statt Wegwerfgesellschaft
Informationsfreiheit statt Medienwillkür
Volksvertreter statt Parteien
Politiker statt Funktionäre
Gemeinschaft statt Menschenmassen
Patriotismus statt Fremdenkult
Gerechtigkeit statt Gleichheit
Nächstenliebe statt Toleranz
Christentum statt Freimaurerei